

(Beginn: 14.10 Uhr - Ende: 18:43 Uhr)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 30. Sitzung des Rates in der Wahlperiode 2009/2014. Wie üblich begrüße ich unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister und natürlich Sie, die Mitglieder des Rates, ganz herzlich.

Mein ganz besonderer Gruß gilt unserem Altersvorsitzenden Alfred Schultz. Wie ich erfahren habe, haben Sie gestern Ihr Ratsmandat zum 13. Februar kommenden Jahres niedergelegt und treten dann in den wohlverdienten Ratsruhestand, sodass diese Sitzung, lieber Alfred Schultz, Ihre letzte Ratssitzung ist. Ich möchte mich bereits jetzt im Namen aller Mitglieder des Rates bei Ihnen für Ihre engagierte Arbeit, vor allem im Wirtschaftsausschuss, ganz herzlich bedanken.

(Beifall)

Sie haben auch einen Nachfolger. Ich schaue mich um. Wer könnte es sein? - Ihr Nachfolger als Altersvorsitzender wird Herr Alfred Kaske sein.

(Zurufe: Alfred? - Martin Börschel  
[SPD]: Das ist eine Metamorphose!)

- Axel Kaske! Liebe Kolleginnen und Kollegen, auf Ihren Tischen finden Sie auch einige Weihnachtspräsentate, nämlich einen Kalender mit ungewohnten Perspektiven der Bezirksratshäuser, eine hoffentlich nützliche Übersicht der Sitzungsdaten von Rat und Ausschüssen im nächsten Jahr und einen Kölner Pfennig. Es handelt sich hierbei - das kennen Sie sicherlich schon - um eine Reproduktion einer mittelalterlichen Kölner Münze. Damals konnte Köln noch eigenes Geld prägen. Wäre es doch heute auch so! Ich kann nur sagen: Wer den Pfennig nicht ehrt, ist des Euro nicht wert.

Nach den mir vorliegenden Meldungen sind heute Herr Hoffmann und Frau Welcker entschuldigt.

Als Stimmzähler benenne ich Frau dos Santos Herrmann, Frau Henk-Hollstein und Frau Schlitt, also eine reine Damenriege.

Bevor wir zur Festlegung der Tagesordnung kommen, möchte ich Sie alle bereits jetzt auf das Ende unserer heutigen Sitzung aufmerksam

machen. Wie nach der letzten Sitzung vor dem Jahreswechsel üblich, darf ich Sie auch dieses Jahr zu einem Getränk im Foyer einladen. Ich würde mich sehr freuen, wenn Sie dort anwesend sein könnten.

Bevor wir die Beratungen aufnehmen, müssen wir die heutige Tagesordnung festlegen. Der Entwurf liegt Ihnen vor. Die nachträglichen Zu- und Absetzungen sind im Entwurf wie immer gesondert gekennzeichnet. Die nachträglich eingegangenen Änderungsanträge finden Sie bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten.

Es gibt eine Reihe von Zusetzungen und eine Vielzahl von Absetzungen. Ich bitte um Ihre Aufmerksamkeit. Die Verwaltung schlägt die Zusetzung folgender Tagesordnungspunkte vor: 4.1, 12.6, 12.7, 12.8, 17.2, 17.3 und 17.4

(Winrich Granitzka [CDU]: Der steht da gar nicht drauf! - Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Was ist denn 17.4?)

- es handelt sich um die Wahl eines Vertreters der FDP; die Tischvorlage erhalten Sie gleich - sowie im nichtöffentlichen Teil 23.14 und 24.3. - So weit die Zusetzungen.

Wir kommen zu den Absetzungen. Abgesetzt werden folgende Tagesordnungspunkte: 6.2.3, 10.2, 10.3, 10.6, 10.7, 10.16, 10.22, 10.23, 10.25, 10.35, 10.37, 10.42, 10.43, 12.5

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:  
12.5 ist wirklich zurückgezogen?)

- ja, 12.5, Poller Damm, ist runter - sowie im nichtöffentlichen Teil 23.1 und 23.3. Die Punkte 10.2, 10.3, 10.7, 10.25 und 10.43 werden in die Haushaltsplanberatungen geschoben.

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Herr Granitzka.

**Winrich Granitzka** (CDU): Herr Oberbürgermeister! Wir hatten einen Dringlichkeitsantrag unter 3.10. Nachdem die StEB erfreulicherweise auf unser Anliegen, das wir auch öffentlich gemacht haben, reagiert hat und die Bürger nun nicht länger mit Bußgeldern oder Ähnlichem bedroht, können wir mit frohen Herzen diesen Antrag zurückziehen. Also: Der Antrag zu 3.10 wird zurückgezogen; auch über die Dringlichkeit muss nicht abgestimmt werden.

Wir würden Sie bitten, die Tagesordnungspunkte 3.1.7 und 3.1.12 gemeinsam zu behandeln; denn sie hängen thematisch unmittelbar zusammen. 3.1.7 trägt den Titel „Sanierung der Schulen

weiter vorantreiben“, bei 3.1.12 geht es um die Reinigung von städtischen Schulgebäuden. Deshalb unser Vorschlag, das zusammen zu behandeln. - Danke sehr.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Okay. - Herr Frank, bitte.

**Jörg Frank** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich möchte beantragen, den Tagesordnungspunkt 6.4.1, Änderung der Zuständigkeitsordnung der Stadt Köln, in die nächste Sitzung des Rates zu vertragen.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine Wortmeldungen. Dann wird das so vertagt. - Herr Detjen, bitte.

**Jörg Detjen** (Die Linke.): Herr Oberbürgermeister! Es sind zahlreiche Vorlagen, die den Haushalt betreffen, zurückgezogen worden. Das hat zu vielen empörten Anrufen von Betroffenen geführt, denen Mittel zukommen sollten. Ich bitte die Verwaltung, zu prüfen, inwiefern sich Maßnahmen negativ erledigen würden, wenn sie nicht vor dem Haushalt abgewickelt werden. Sollte dem so sein, wären für die jeweiligen Vorlagen Dringlichkeitsentscheidungen zu treffen. Das Problem ist Ihnen von Rot-Grün ja nicht ganz unbekannt, haben Sie doch von sich aus einen Antrag mit dem Titel „Abschlagszahlungen für das 1. Quartal 2012“ gestellt. Diesen werden wir auch unterstützen; das ist nicht das Problem. Aber dann sollte man bitte auch so konsequent sein, die betreffenden Verwaltungsvorlagen unter diesem Gesichtspunkt zu überprüfen. Das ist ein Appell von meiner Seite.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Das ist geprüft worden.

Wir kommen zu den Dringlichkeitsanträgen. Der Antrag zu 3.1.10 ist gerade zurückgezogen worden.

Unter 3.1.11 liegt ein weiterer Dringlichkeitsantrag der Fraktion der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 19. Dezember mit dem Titel „Abschlagszahlungen für das 1. Quartal 2012“ vor. Bestehen Bedenken gegen die Dringlichkeit? - Wer enthält sich? - Damit angenommen.

Die Dringlichkeit des Antrags der CDU-Fraktion mit dem Titel „Reinigung von städtischen Schulgebäuden und Kindertageseinrichtungen“ wurde eben schon begründet. Auch da sehe ich Dringlichkeit. Dieser Antrag wird zusammen mit dem zum Thema Schulsanierung behandelt.

Nun zur Reihenfolge der Tagesordnung. Ich schlage vor, den Tagesordnungspunkt 4.1, Anfrage von Herrn Hoffmann, und die Verwaltungsvorlage unter 10.18, Rettungshubschrauberstation auf dem Kalkberg, gemeinsam zu beraten, und zwar unter Tagesordnungspunkt 4.1. - Ich sehe, das trifft allgemein auf Zustimmung.

Da es keine weiteren Wortmeldungen zur Tagesordnung gibt, lasse ich über die Änderungsvorschläge zur Tagesordnung abstimmen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist die Tagesordnung so beschlossen.

Wir treten jetzt in die Tagesordnung ein. Ein Antrag auf Durchführung einer Aktuellen Stunde liegt nicht vor. Daher beginnen wir mit Tagesordnungspunkt 3:

### **3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen**

#### **3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

Zu Tagesordnungspunkt 3.1.1:

##### **3.1.1 Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion betreffend "Nord-Süd-Stadtbahn, 1. Baustufe, Haltestelle Rathaus" AN/2218/2011**

##### **Änderungs- bzw. Zusatzantrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion AN/2304/2011**

Lassen Sie mich noch zwei Sätze vorweg sagen. Diese Verwaltungsvorlage habe ich zurückgezogen, weil sich seit Wochen abzeichnet, dass sich die Haushaltssituation deutlich verschlechtert. Noch gestern hat die Kämmerin im Finanzausschuss darauf hingewiesen, dass die Gewerbesteuerereinnahmen um 60 Millionen Euro hinter den Erwartungen zurückgeblieben sind. Hinzu kommen gedämpfte Konjunkturaussichten. Vor dem Hintergrund der prekären Haushaltssituation habe ich den Beigeordneten Streitberger gebeten, zu prüfen, ob es

Alternativlösungen zum sogenannten Roten Haus gibt. Dazu liegen bisher noch keine Zahlen und Fakten vor. Deswegen bin ich der Auffassung, dass es richtig war, diese Vorlage zunächst zurückzuziehen.

Wir kommen zur Aussprache. - Herr Möring, bitte.

**Karsten Möring** (CDU): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor sechs Jahren und einer Woche hat der Rat den Beschluss gefasst, die Verwaltung zu beauftragen, eine Planung vorzulegen, den Aufzug, der sich bis dahin auf dem Alter Markt 2,50 Meter vor der Häuserfront und leicht versetzt gegenüber dem jetzigen Standort befand, in das Rote Haus zu verlegen und bis in die Rathausebene hochzuziehen, um einen behindertengerechten Zugang dieser Ebene zu erreichen. Ich zitiere aus dem letzten Absatz dieses Beschlusses, der aufgrund der Verwaltungsvorlage damals mit besonderer Dringlichkeit gefasst wurde:

Um weitere Folgekosten, die aus der vor Ort laufenden Baumaßnahme resultieren würden, zu vermeiden und den Zeitpunkt der Baumaßnahme nicht zu gefährden, ergibt sich eine besondere Dringlichkeit, die eine kurzfristige Entscheidung erfordert.

Sechs Jahre und eine Woche!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei der Entscheidung damals haben wir Mehrkosten, die die Stadt Köln tragen muss, in Kauf genommen, um zu einer Lösung zu kommen, die unter vielen Gesichtspunkten deutlich besser war als die zu diesem Zeitpunkt geplante. Es hat Jahre gedauert, bis wir uns vor knapp einem Jahr in einer interfraktionellen Runde abschließend über die Gestaltung verständigen konnten. Bis dahin war es den Beteiligten, dem Amt 69 - Gebäudewirtschaft - und der KVB, nicht möglich, Einvernehmen darüber herzustellen, wie dieses Projekt zu realisieren ist.

Bei dem Beschluss vor sechs Jahren und einer Woche stand auch fest, dass das Rote Haus abgerissen werden soll, weil ein Neubau preiswerter ist. Der Wert des Hauses war damals mit null beziffert. Das war ja mehr oder weniger eine Bruchbude, die noch dazu, wie ich meine, leer stand.

(Zuruf)

- Nein, das waren nicht die Grünen, die das verursacht haben, sondern das war wahrscheinlich der Leerstand anschließend.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Das war die Mentalität!)

- Ja, oder das Alter oder die fehlende Unterhaltung oder was auch immer.

Jedenfalls haben wir damals diesen Beschluss gefasst. Seither wird das Vorhaben hin- und hergeschoben, ohne dass die Politik im großen Umfang daran beteiligt worden ist. Wir kritisieren, dass es trotz dieses langen Planungszeitraums offensichtlich nicht möglich war, den Baubeginn zwischen der Gebäudewirtschaft und der KVB abzustimmen. Deshalb mussten der Aufzug und der Ausgang - die Treppe war sowieso im Roten Haus geplant - begonnen werden, ehe klar war, was mit dem Haus passiert. Dass auf diese Weise Mehrkosten entstehen, liegt auf der Hand.

Nachdem nun sechs Jahre und eine Woche vergangen sind, haben wir ein bisschen Probleme mit der Begründung der Verwaltung, ein Blick in die Kasse einen Tag oder wenige Stunden vor der letzten Ratssitzung in diesem Jahr sei der ausschlaggebende Punkt gewesen, die Vorlage erneut zurückzuziehen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Die Behindertenverbände haben damals wie heute gefordert, den Aufzug bis auf die Rathausvorplatzebene zu bauen. Aus städtebaulichen Gründen gab und gibt es eigentlich auch keine andere vernünftige Lösung. Das ist heute nicht anders als vor sechs Jahren und einer Woche. Da die Dringlichkeit ja nicht abgenommen hat, müssen wir jetzt endlich entscheiden, wie dieses Vorhaben realisiert werden soll.

Es wird damit gerechnet, dass wir es hier mit insgesamt 6 Millionen Euro plus Wiederaufbaukosten des Hauses zu tun haben. Die Wiederaufbaukosten des Hauses sind sowohl für dessen spätere Nutzung als auch aus städtebaulichen Gründen notwendig; denn dieses Haus, das denkmalgeschützt war, war mit dem Versprechen abgerissen worden, es später wieder aufzubauen. Das kommt also noch hinzu.

Man kann auch nicht sagen: Eben weil so viel Zeit vergangen ist, sind wir klüger geworden. - Nein, klüger sind wir nicht geworden, nur das Projekt ist teurer geworden. Das ist bedauerlich, aber nichts, was dieser Rat zu verantworten hat. Vielmehr müssen sich das die Beteiligten an die

Fahne heften. Wenn man sich in einem späten Stadium von der Polizei sagen lassen muss, dass der Gang zu schmal ist, und dann wieder neu planen muss, wenn man sich nicht verständigen kann, ob der Keller nun halb oder ganz gebaut oder ob die Gründung so oder so gemacht werden soll, dann hat das nichts mit politischen Entscheidungen zu tun, sondern mit Abläufen, an denen die entsprechenden Planer beteiligt sind.

Deswegen sind wir der Auffassung: Die damals von uns getroffene Entscheidung ist nach wie vor richtig. Wir wollen diese Infrastrukturbauten im Roten Haus unterbringen, den Alter Markt in seiner ganzen Schönheit und Platzfläche erhalten und den behindertengerechten Zugang schaffen. Wir wollen, dass dieses Bauwerk, das schon 3 Millionen Euro oder mehr verschlungen hat und bei dem man, würde es nicht realisiert, höchstens noch ein paar Hunderttausend Euro einsparen könnte, zu Ende gebaut wird. Denn, liebe Kolleginnen und Kollegen, jede Alternative, die jetzt aufgezeigt wird - wir haben in den Jahren erlebt, dass die Fachleute so tolle Alternativen nicht zustande gebracht haben -, mag zwar ein paar Hunderttausend Euro sparen, aber sie würde zu nichts Gutem führen und eine Ruine hinterlassen, die viele Millionen Euro teuer war. Deswegen appelliere ich an Sie: Stimmen Sie unserem Antrag zu! Wir haben den Antrag der Behindertenverbände mit aufgenommen, um klarzustellen, dass deren Forderung auf diese Weise mit erfüllt wird. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Herr Sterck, bitte.

**Ralph Sterck (FDP):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann im Grunde nahtlos anschließen an das, was Kollege Möring hier gesagt hat. Er hat eben noch einmal den Zeitablauf dargestellt. In diesen sechs Jahren und einer Woche, wie du genau ausgerechnet hast, ist, jedenfalls ganz überwiegend, nichts passiert. Das ist das Tragische angesichts eines so zeitkritischen Projektes wie dem Wiederaufbau des Roten Hauses, das im Zuge der Errichtung der Nord-Süd-Stadtbahn und der Eröffnung der Haltestelle Rathaus realisiert werden sollte.

Als die Pläne dazu vorlagen, gab es sofort Kritik. Es gab Kritik aus den Reihen der Politik. Es gab Kritik vonseiten des Gestaltungsbeirats. Es gab aber auch Kritik vonseiten der Polizei, die natürlich schon im Vorfeld prüft, ob dadurch neue Angsträume entstehen könnten, um, falls ja, noch rechtzeitig auf Architektur und Städtebau einzuwirken. Das ist eine sehr gute Einrichtung der Polizei; denn so kann man später, wenn es gebaut ist, nicht sagen: Hätten wir das bloß anders entschieden. Hier war ein Schlauch geplant, im Grunde an den Wänden der Nachbargebäude vorbei, der sich dann auch noch verjüngte. Man würde also, wenn man vorne an der Bürgerstraße reingeht, gar nicht sehen, wo man hinten am Alter Markt wieder herauskommt. Daran hat es berechtigte Kritik vonseiten der Polizei gegeben.

Leider ist die Verwaltung nicht darauf eingegangen und hat die Pläne nicht von sich aus geändert. Vielmehr mussten wir vonseiten der Politik relativ drastisch dort einsteigen. Es hat Treffen gegeben; Kollege Möring hat es schon angesprochen. Es gab auch sehr abenteuerliche Lösungsvorschläge. Beispielsweise wurde angeregt, die Rathauptreppe zu verschmälern, damit daneben noch ein zweiter Aufzug passt. Das hätte bedeutet, mit einem Aufzug käme man aus der U-Bahn hoch und müsste sich noch einmal draußen ins Freie begeben, um dort, wo uns die Gebäudewirtschaft schon einmal eine schöne Lüftungsanlage für das Rathaus hinsetzen wollte - anscheinend hat sich irgendjemand in diese Stelle verliebt -, in einen zweiten Aufzug umzusteigen.

Sie sehen, diese Sache hat eine ganze Menge Blüten getrieben. Die Politik hat gewissermaßen selbst den Zeichenstift in die Hand nehmen müssen, um diese Lösung, die heute Teil der Beschlusslage ist, hier durchzusetzen. Uns ging es um einen möglichst geradlinigen Durchgang vom Rathausplatz in Richtung Aufzug. Es sollte keine dunklen Ecken geben, damit sowohl die objektive als auch die subjektive Sicherheit gegeben sind. Uns ging es darum, dass ein Laubengang geschaffen wird, der belichtet und transparent ist und den man zu jeder Tages- und Nachtzeit angstfrei durchqueren kann. Schließlich ging es uns auch darum, maximale Barrierefreiheit zu schaffen, damit gerade der Rathausplatz mit seinen öffentlichen Einrichtungen wie dem Historischen Rathaus und dem Spanischen Bau direkt von der U-Bahn zu erreichen ist. Letzteres ist auch Bestandteil der Resolution des Arbeitskreises „Barrierefreies

Köln“, die wir hier jetzt als Änderungsantrag einbringen. Es ist schon ungewöhnlich, dass die antragstellenden Fraktionen noch einen eigenen Änderungsantrag dazusetzen.

Wenn jetzt, vor der letzten Ratssitzung dieses Jahres, auffällt, das Vorhaben sei möglicherweise auf dieser Rathausebene nicht mehr rentierlich genug, dann werden im Grunde - das muss ich so sagen - nur Krokodilstränen vergossen; denn die Planung liegt seit langem vor. Auch uns ist bewusst und klar, dass diese eine Ebene in diesem Haus eben nicht die Rentierlichkeit, eben nicht die Flächen bringt, die sich die Gebäudewirtschaft vielleicht vorstellt. Aber es ist, wie ich glaube, eine gute Investition, die wir in die Erschließung des Rathauses tätigen.

Jetzt gibt es ja allerhand Aktivitäten. Es gibt neue Ideen auch vonseiten der SPD, beispielsweise auf den Bau möglicherweise ganz zu verzichten oder vielleicht dort eine größere Treppe zu bauen.

(Zuruf)

- Ja, den Denkmalschutz müssen wir an dieser einen Stelle beachten. Aber zu beachten ist hier auch die städtebauliche Situation; Herr Möring hat es angesprochen. Es kann nicht sein, dass wir anstelle des Roten Hauses nun eine rote Wand bekommen und

(Beifall bei der FDP, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

- Frau Moritz, ich freue mich insbesondere über Ihren Applaus an dieser Stelle - für die nächsten Jahrzehnte auf den Wiederaufbau verzichten.

Ehrlich gesagt, ich habe eher das Gefühl, dass es hier gar nicht um die Sachfrage Wiederaufbau des Roten Hauses geht, sondern um eine Machtfrage. Die Kolleginnen und Kollegen der SPD können es nicht ertragen, dass hier etwas entschieden wird, woran sie nicht mitgewirkt haben. Ich finde es schade, dass ihr nicht auf diese gute Lösung aufgesprungen seid. Gegenüber den ersten Ideen in diese Richtung hat sie sich nämlich sehr verbessert. Deswegen würde ich mich freuen, wenn wir heute entscheiden könnten.

(Michael Zimmermann [SPD]: Doppelt so teuer!)

- Herr Zimmermann, die Sache wird, wenn wir sie heute noch einmal vertagen, nicht besser und nicht billiger. Im Gegenteil: Jeden Tag, den wir

diese Entscheidung hinauszögern, wird es teurer.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Wir riskieren damit, dass, wenn die Haltestelle in Betrieb genommen wird, der Aufzug im Grunde auf dieser Baulücke herauskommt. Deshalb hoffe ich, dass wir heute eine Mehrheit in diesem Rat für eine sachgerechte Lösung bekommen, nämlich den Wiederaufbau des Roten Hauses verbunden mit der barrierefreien Erschließung des Rathausplatzes. - Danke sehr.

(Beifall bei der FDP, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Herr Kron, bitte.

**Peter Kron (SPD):** Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer unter euch ohne Sünde ist, der werfe den ersten Stein. Diesen Spruch werdet ihr doch kennen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU.

Mit Ihrem Antrag fordern Sie den Rat auf, Mehrkosten für die Verlegung des Aufzugs der Haltestelle Rathaus in das Rote Haus zu billigen. Herr Möring hat ja eben die Geschichte des Beschlusses dargelegt. Ich habe mehrfach nachgerechnet. Sie sagten ja mehrfach, dieser sei vor sechs Jahren und einer Woche gefasst worden. Beschlossen wurde das am 14. Februar 2006. Aber egal, das ist eine mathematische Aufgabe, die Sie ja noch einmal nachrechnen können.

Herr Möring hat eben auch mit drastischen Worten geschildert, wer diese Verzögerung verursacht hat, nämlich nicht die Politik, sondern die Verwaltung. Ich darf Sie darauf aufmerksam machen, dass meine Fraktion schon bei der Beschlussfassung Anfang 2006 die Übernahme dieser Mehrkosten kategorisch abgelehnt hat. Diese Kosten waren damals mit rund 3,8 Millionen beziffert. Sie sind nun gewaltig gestiegen, und zwar um 2 215 000 Euro. Diese Steigerung um 60 Prozent soll nun mal eben so beschlossen werden.

In diesem Zusammenhang darf ich Sie auch an das erinnern, was - das hat der Herr Oberbürgermeister eingangs schon erwähnt - die Frau Kämmerin gestern im Finanzausschuss und auch bei Einbringung des Haushalts gesagt. Ich

will hier einmal festhalten, wie teuer die Neuerrichtung des Roten Hauses selbst wird. Anfang 2006 waren Baukosten in Höhe von etwa 2 Millionen Euro veranschlagt. Mittlerweile werden die Baukosten auf rund 4 Millionen Euro geschätzt. Diese Steigerung schrammt die 100-Prozent-Marke. Das bedeutet, das Rote Haus wird insgesamt rund 10 Millionen Euro kosten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist eine ganze Menge Geld für eine Aufzugsverkleidung; denn eines zeigen die vorliegenden Planungen deutlich: Wirklich nutzbar wird das Rote Haus nicht sein. Nicht nur, dass das frühere Kellergeschoss vollständig wegfällt, durch die Verkehrsflächen zu den KVB-Aufzügen fällt die verbleibende Fläche auch recht mickrig aus. Ich glaube daher nicht, dass dieser Torso vermarktet sein wird. Woran ich aber glaube, ist, dass durch die langen Gänge innerhalb des Roten Hauses Angsträume und Ekelecken entstehen, und das inmitten der historischen Altstadt. Ich interpretiere jetzt einmal, was ich unter „Ekelecken“ verstehe: Das wird die teuerste öffentliche Bedürfnisanstalt Kölns werden.

Meiner Meinung nach bedarf es stattdessen einer transparenten Lösung, die den Fahrgästen einen angstfreien Zugang zur Haltestelle Rathaus ermöglicht. Genau aus diesem Grund unterstützen wir die Initiative des Kölner Haus- und Grundbesitzervereins und der Fachhochschule Köln, die Gestaltung an dieser zentralen Stelle der historischen Altstadt neu zu denken. Der ausgelobte Wettbewerb ist auf dieses Semester begrenzt; das heißt, das Ergebnis wird zügig vorliegen.

Meine Bitte: Lassen Sie uns dieses Ergebnis abwarten und dann eine städtebaulich hochwertige und überzeugende Lösung finden!

(Karsten Möring [CDU]: Wer zahlt die Mehrkosten?)

- Wenn das jetzt schon sechs Jahre und eine Woche dauert, dann kann es doch noch drei Monate länger sein.

(Manfred Wolf [FDP]: Die U-Bahn fährt nicht!)

- Die U-Bahn fährt übrigens nicht über das Rote Haus. - Hierbei darf es keine Denkverbote geben. Die Neuerrichtung des Roten Hauses ist ein Kann, kein Muss.

Meine Fraktion unterstützt selbstverständlich die Forderung der Stadtarbeitsgemeinschaft

Behindertenpolitik nach einem barrierefreien Zugang zum Rathaus; denn es wäre ein Hohn, wenn das Rathaus von der U-Bahn-Haltestelle aus, dessen Namen sie trägt, nicht barrierefrei zu erreichen wäre.

Zusammenfassend ist zu sagen: Wie schon 2006 lehnt meine Fraktion die immensen und zudem immens gestiegenen Kosten für die Neuerrichtung des Roten Hauses sowie die Verlegung des U-Bahn-Aufzugs ab. Wir verschließen uns aber nicht einer überzeugenden Lösung für den Alter Markt. Wir sprechen uns daher dafür aus, dass die Entscheidung nicht heute, sondern nach Vorliegen des Wettbewerbsergebnisses in der ersten Hälfte des nächsten Jahres getroffen wird. Da durch den provisorischen Aufzug am Alter Markt der Fortgang der Arbeiten an der Haltestelle gewährleistet ist, bitte ich Sie: Lassen Sie uns diese Zeit nehmen, um dann eine wirklich überzeugende Lösung für den Aufzug der Haltestelle Rathaus zu finden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD - Karsten Möring [CDU]: Wenn Sie das vor drei Jahren gesagt hätten, hätten wir darüber nachgedacht!)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Danke, Herr Kron. - Dann hatte sich Herr Waddey gemeldet. Bitte schön.

**Manfred Waddey** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Allen Ideen, anstelle des Roten Hauses eine Lücke zu lassen, muss man allein aus städtebaulichen Gründen widersprechen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei der FDP)

Die Westseite des Alter Markts war bis zum Zweiten Weltkrieg vollständig geschlossen. Auch die Treppe, die es heute neben dem Ratsturm gibt, gab es damals nicht. Die Treppe in der jetzigen Breite ist aber durchaus akzeptabel und unter Berücksichtigung von Entfluchtung sowohl des Alter Markts als auch des Rathausplatzes sicherlich grundsätzlich zu begrüßen. Das Rote Haus, ein Nachkriegsbau, war in seiner damaligen Form passend für die gesamte Umgebung und sollte deshalb auch in dieser äußeren Form wiederhergestellt werden.

Dass nicht vornherein eine barrierefreie Anbindung des Rathausplatzes an die U-Bahn-

Haltestelle eingeplant wurde, muss man allerdings der Verwaltung anlasten, die das damals bei den Plänen, die zur Planfeststellung eingereicht worden sind, schlicht und einfach vergessen hat. Hätte sie das nämlich damals gemacht, wäre dieser Aufzug planfestgestellt und damit auch zuschussfähig geworden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,  
bei der CDU und bei der FDP)

Die damals handelnden Personen sind heute alle nicht mehr im Amt. Trotzdem muss man das heute noch einmal ganz deutlich feststellen.

Das, was 2006 beschlossen worden ist, war die notwendige Reparatur dieses Versäumnisses. Leider gingen von vornherein die Kosten vollständig zu unseren Lasten. Das war uns damals klar. Aber bei dem Milliardenprojekt Nord-Süd-U-Bahn muss man das einfach in Kauf nehmen, um nicht an dieser, wie auch an anderen Stellen Torsi entstehen zu lassen.

(Michael Zimmermann [SPD]: Darauf kommt es auch nicht mehr an!)

Deshalb finde ich, dass wir auf jeden Fall bei dem damaligen Beschluss bleiben sollten, zumal die seitdem entstandenen Mehrkosten aufgrund verschiedener Umstände zwangsläufig aufgetreten sind; das steht alles in der Vorlage drin. Sie sind zum größten Teil sowieso schon entstanden und können gar nicht mehr rückgängig gemacht werden.

(Zurufe von der FDP: So ist es!)

Ein Haus wieder zu errichten, das aufgrund seiner Fläche sicherlich nicht so vermarktbar ist, wie es ein Haus ohne Aufzug wäre - völlig klar -, ist allemal besser, als jetzt irgendetwas dort hinzustellen, das überhaupt keine vermarktbareren Nutzflächen hat.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,  
bei der CDU und bei der FDP)

Es kann ja auch aus wirtschaftlichen Gründen nicht sinnvoll sein, den notwendigen Aufzug in ein potemkinsches Haus zu setzen, ein Haus, das zwar so ähnlich aussieht wie das frühere Rote Haus, aber innen überhaupt keine Nutzfläche mehr hat.

Deshalb: Bleiben wir bei unserem 2006 gefassten Beschluss, dass das Rote Haus wieder aufgebaut werden und der Aufzug in dieses Haus integriert werden soll!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,  
bei der CDU und bei der FDP)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Schiele, bitte.

**Karel Schiele** (pro Köln): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Gäste auf der Tribüne! Ich will dazu Folgendes sagen: Die Stadt Köln hat sich in der Vergangenheit das Wort „Barrierefreiheit“ auf die Fahne geschrieben. Für die Versäumnisse der Verwaltung der vergangenen Jahre dürfen nicht die Behinderten die Rechnung tragen; das ist völlig ausgeschlossen.

(Beifall auf der Zuschauertribüne)

Für meine Fraktion möchte ich mich für diesen Antrag aussprechen, obwohl gegenüber den ersten Planungen die Kosten jetzt schon um über 6 Millionen Euro überschritten werden. Wir dürfen bei unserer Entscheidung nicht vergessen, dass wir, wenn die Aufzüge auf dem Alter Markt gebaut würden, eine weitere Bausünde begehen würden und dieser dann genauso verschandelt wäre wie der Heumarkt. Wir sollten es genau so durchführen wie damals geplant und wie vor einem Jahr in einem interfraktionellen Gespräch vereinbart. Es wundert mich, dass die Kolleginnen und Kollegen der Fraktionen der SPD und der Grünen heute von der damaligen Vereinbarung nichts mehr wissen wollen. - Danke schön.

(Beifall bei pro Köln - Beifall auf der  
Zuschauertribüne)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Da ich keine weiteren Wortmeldungen sehe, kommen wir jetzt zur Abstimmung über diesen Antrag der CDU-Fraktion in der Form des Änderungs- bzw. Zusatzantrages.

(Ulrich Breite [FDP]: CDU und FDP!)

- Ich korrigiere: über den Antrag der CDU- und der FDP-Fraktion in der Form des Änderungs- bzw. Zusatzantrages. Darüber stimmen wir jetzt ab. Wer für diesen Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die FDP, pro Köln, die CDU, die Grünen und Herr Zimmermann.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

- Lassen Sie mich die Abstimmung zu Ende bringen. - Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist der Antrag angenommen.

(Beifall bei der FDP)

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt:

### 3.1.2 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Freigabe der Seitenstreifen A 57 und A 59" AN/2221/2011

Dazu hat sich Frau dos Santos zu Wort gemeldet. Bitte schön.

**Susana dos Santos Herrmann (SPD):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist nicht immer leicht, die verschiedenen Interessen im Straßenverkehr unter einen Hut zu bringen. Über die Fragen von Verkehrssicherheit und besserem Verkehrsfluss haben wir hier im Stadtrat und insbesondere im Verkehrsausschuss schon oft gesprochen. Wir glauben allerdings, dass es an einem Punkt doch relativ einfach und vor allem auch recht kostengünstig machbar ist, den Verkehrsfluss deutlich zu verbessern, ohne dabei Sicherheitsaspekte zu vernachlässigen. Das Experiment - so will ich es einmal nennen - auf der A 57, stadteinwärts den Standstreifen in den Hauptverkehrszeiten nutzen zu dürfen, hat das seit Ende Mai gezeigt. Deswegen sind wir der Auffassung, es sollten weitere Standstreifen freigegeben werden an den Stellen, wo der Verkehr insbesondere in den Hauptverkehrszeiten stockt oder staut.

(Beifall von Volker Görzel [FDP])

Diese Stauprobleme sind auflösbar, indem man mehr Platz schafft, Platz, der schon da ist.

(Volker Görzel [FDP]: Gute Idee!)

- Ich weiß, worauf Sie anspielen. Darauf komme ich gleich zu sprechen.

Das Experiment auf der A 57 läuft seit 24. Mai 2011. In der Verkehrsausschusssitzung zwei Wochen zuvor hatte die FDP-Fraktion - das will ich gerne zugeben - einen Antrag gestellt, in dem die Stadtverwaltung aufgefordert wurde, beim Landesbetrieb Straßenbau anzuregen, weitere Seitenstreifen auf der A 57 freizugeben. Ich habe später beim Lesen des Protokolls festgestellt,

dass dem angeblich einstimmig zugestimmt wurde.

(Ulrich Breite [FDP]: Ja!)

- Nein, tut mir leid. Meine Erinnerung sagt etwas anderes als das Protokoll; das muss ich zugeben.

(Lachen bei der FDP)

Herr Breite, darüber brauchen wir uns gar nicht zu streiten. Zugegeben, ich hatte das offenbar nicht richtig gelesen. In der Zielsetzung sind wir uns ja einig. Ich kann mich aber auch noch daran erinnern, dass ich im Verkehrsausschuss gesagt habe, man möge abwarten, was das Experiment bringt. Heute wissen wir, es ist ein gelungenes Experiment. Deswegen sollten wir die Erfahrungen nutzen und weitere Seitenstreifen freigeben,

(Beifall bei der FDP)

allerdings nicht nur auf der A 57, wie von Ihnen damals beantragt; wir halten eine ähnliche Situation auf der A 59 stadtauswärts für mindestens genauso geeignet.

(Beifall bei der FDP)

Wir wollen auch der Verwaltung nicht einfach so mitgeben, sie möge das einmal mit dem Landesbetrieb besprechen. Wir möchten gerne etwas kraftvoller in Richtung Land auftreten und sagen: Das Anti-Stau-Programm des Verkehrsministeriums sieht entsprechende Maßnahmen vor. Setzt sie jetzt möglichst rasch um! Wir glauben, dass es an diesen Stellen in Köln Sinn macht. Je schneller, desto besser!

Wenn wir uns da einig sind, auch gut. Alles andere überlasse ich dann Ihren Reaktionen. Ich wünsche mir eine möglichst breite Zustimmung; denn ich glaube, dass wir damit in der Tat sowohl für den Verkehrsfluss als auch für die Verkehrssicherheit einiges tun können, und das wäre nur gut so.

(Beifall bei der SPD und der FDP -  
Karsten Möring [CDU]: Wir vergeben  
Ihnen!)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Dann kommt Herr van Benthem. Bitte schön.

**Henk van Benthem (CDU):** Herr Oberbürgermeister! Meine lieben Kolleginnen!



Liebe Kollegen! Staufrei bis Köln und staufrei wieder heraus. Darüber sind wir als CDU sehr froh, auch wenn wir das Entstehen von Staus in Köln heute natürlich nicht verhindern können. Die ganze Diskussion gibt uns in der Vorweihnachtszeit ein bisschen zu denken. Diese Zeit ist ja für die einen eine Zeit der Wunder und für die anderen eine Zeit der Tradition.

Es grenzt schon ein Wunder - wir von der CDU-Fraktion freuen uns darüber, Frau dos Santos Herrmann -, dass die SPD am Ende des Jahres noch zu einer vernünftigen Verkehrspolitik zurückgefunden und sich von den grünen Verkehrsbremsklötzen gelöst hat,

(Beifall bei der CDU und der FDP)

während die Grünen traditionell gegen ihren ärgsten Feind kämpfen: die Realität.

Warum sage ich das, meine Damen und Herren? Man muss sich einmal die Vita dieses Antrags anschauen. Gerade wurde darüber gesprochen, dass wir damals, auch wenn Sie sich heute nicht mehr erinnern können, den FDP-Antrag einstimmig beschlossen haben. Ich will die Spannung herausnehmen: Natürlich stimmen wir Ihrem Antrag zu, einfach weil er vernünftig ist.

(Michael Zimmermann [SPD]: Hey!)

- Ja, wir sind halt so, Herr Zimmermann. - Aber: Am 6. Dezember wurde der gleiche Antrag mit dem gleichen Wortlaut und der gleichen Punkt- und Kommasetzung von der SPD *und* von den Grünen eingebracht. Das heißt, Sie hatten schon eingesehen, dass das vernünftig ist. Dann aber haben Sie ihn ganz schnell wieder von der Tagesordnung genommen und überlassen es jetzt der SPD allein, diesen Antrag einzubringen. Meine Damen und Herren von den Grünen, Sie tauchen mal wieder ab - vor der Realität. Jetzt hat Rot den Antrag gestellt und Grün ist mal wieder nicht dabei. Na gut, damit muss man leben. Das heißt aber auch: Die Grünen halten nach wie vor an ihrem Verkehrsgemurkse fest.

Ich will Ihnen das anhand einiger Beispiele beweisen. Was haben wir dieses Jahr erlebt? Der Vorschlag, einen Tunnel zu bauen, damit sich an der Rheinuferstraße keine Staus mehr bilden, wurde von den Grünen abgelehnt. Ergebnis: weiterhin Stau. Auch der Vorschlag, umweltsensitive Anlagen zu errichten, wurde von den Grünen abgelehnt. Sie haben aber bestimmten Vorhaben auch zugestimmt; da sind Sie nicht abgetaucht wie heute. Zugestimmt

haben sie zum Beispiel der Einengung der Bonner Straße. Ergebnis: Stau. Zugestimmt haben sie der Einengung der Cäcilienstraße. Ergebnis: Stau.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Da ist doch noch gar nichts passiert!)

- Ja, das ist halt so. Wissen Sie, was das Schlimme ist?

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Was Sie hier für einen Blödsinn erzählen!)

- Ich rede keinen Blödsinn. Ihr könnt nur nicht vertragen, wenn man euch die Wahrheit sagt.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Was machen Sie denn mit Ihrem Lieblingskind, der Elektromobilität? Es sollte eine Tankstelle am Deutzer Bahnhof eröffnet werden. Und was machen Sie? Sie lehnen das ab. Das kann man doch nicht verstehen. Schauen Sie doch einmal in Ihr Bündnisprogramm!

(Martin Börschel [SPD]: Das ist aber kein Bündnisprogramm!)

Mit Ihrer Erlaubnis, Herr Oberbürgermeister, zitiere ich daraus:

Mobilität muss grün werden. Im Fokus grüner Verkehrspolitik steht die Suche nach Alternativen zum Auto.

Suche heißt: noch nicht gefunden. Das Auto ist heute noch alternativlos. Sie aber machen nichts anderes, als für dieses heute noch alternative Verkehrsmittel die Straßen weiter einzuengen.

Im Bundesprogramm der Grünen heißt es:

Wir wollen dafür sorgen, dass bis 2020 mindestens zwei Millionen Elektrofahrzeuge auf Deutschlands Straßen fahren.

Aber: Diese 2 Millionen Autos brauchen Platz auf den Straßen - Platz, den Sie heute schon wegnehmen. Auch wenn Sie das nicht hören wollen, Frau Moritz, es ist so: Auch mit Elektromobilitätslösungen wird Platz für die Fahrzeuge benötigt. Sie aber nehmen diesen Platz weg.

Ich sage noch einmal: Zunächst wurde dieser Antrag von SPD und Grünen gemeinsam eingebracht. Jetzt haben Sie von den Grünen

sich wieder zurückgezogen. Damit beweisen Sie ein weiteres Mal, dass Sie kein Gefühl haben für das, was unsere Stadt braucht. Ich wünsche Ihnen ein frohes Weihnachtsfest. Wenn Sie das Lied „Ihr Kinderlein kommet“ singen, dann hoffe ich, dass diese Kinderlein nicht mit dem Auto kommen; denn sie werden irgendwo in unserer Stadt im Stau stehen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Die kommen im Kinderwagen!)

Wir werden dem Antrag der SPD zustimmen. Ich hoffe, er wird eine breite Mehrheit finden. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank, Herr van Benthem. - Dann kommt Frau Tull, bitte.

(Zurufe von der FDP: Oh!)

**Bettina Tull** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich glaube, ich kann es vom Platz aus machen. - Ich dachte immer, dass Mitglieder einer Partei wie der CDU, die das „C“ im Namen trägt und sich christliche Partei nennt, nicht lügen und nicht die Unwahrheit sagen dürfen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sie sind doch Christ, Herr van Benthem. Daher bin ich jetzt doch ein bisschen überrascht über Ihre Rede. Soweit ich weiß, kriegen Kinder von Knecht Ruprecht die Rute, wenn sie das Jahr über böse waren oder die Unwahrheit gesagt haben. Jetzt ist Nikolaus zwar schon vorbei, aber Weihnachten kommt ja noch. Ich wäre an Ihrer Stelle ein bisschen vorsichtig, hier einen solchen Unsinn zu erzählen.

(Ralph Sterck [FDP]: Wo denn? An welcher Stelle denn?)

Die Beispiele, die Sie hier genannt haben, sind zum Teil überhaupt noch nicht umgesetzt, zum Teil stimmen sie einfach gar nicht. Ich finde, Ihre Rede war wirklich albern und lächerlich. Ich denke, wir müssen uns zu gegebener Zeit einmal inhaltlich damit auseinandersetzen. Dafür ist der Rat nicht der geeignete Ort.

(Beifall bei pro Köln)

Der CDU-Fraktion benötigt offensichtlich noch ein bisschen Nachhilfe in Sachen Realität und

Nichtrealität. Das machen wir dann zu gegebener Zeit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen -  
Ralph Sterck [FDP]: Zur Sache! -  
Andreas Köhler [CDU]: Das war aber  
schwach! - Zuruf: Wollt ihr euch mal vor  
der Tür treffen?)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Dann kommt Herr Sterck, bitte.

**Ralph Sterck** (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegin Bettina Tull, es fehlte mir jetzt das Sachargument. Das habe ich gar nicht gehört.

(Beifall und Heiterkeit bei der FDP und  
der CDU)

Aber Sie können mich überraschen, nämlich wenn Sie nicht, wie von Herrn van Benthem vermutet, dagegen stimmen, sondern dafür. Das wäre eine große Überraschung!

Ich will hier nur das Beispiel nennen, zu dem Kollegin Moritz gerufen hat: „Stimmt ja gar nicht!“, nämlich die Einengung der Cäcilienstraße. Ich kann mich noch daran erinnern, dass Frau Moritz im Stadtentwicklungsausschuss gesagt hat: Genau so, nämlich zweispurig, will ich das haben. - Ich bin gestern Abend an der Kreuzung Nord-Süd-Fahrt/Cäcilienstraße vorbeigekommen. Schon an dieser Stelle hatte sich der Verkehr bis in die Kreuzung zurückgestaut, sodass die Bahnen sie gar nicht mehr passieren konnten, und das noch ohne diese Einengung.

(Beifall bei der FDP - Barbara Moritz  
[Bündnis 90/Die Grünen]: Baustelle!)

Herr Streitberger, wenn Sie oder Ihr Nachfolger diese Planung weiter verfolgen, habe ich eine Ahnung davon, wohin das führen wird.

Ich möchte Kollegin dos Santos Herrmann vorweihnachtlich dreimal kräftig loben:

(Heiterkeit bei der FDP und der CDU)

Zum einen will ich sie dafür loben, dass sie sich von ihrem grünen Koalitionspartner nicht mehr länger an einem Nasenring durch die verkehrspolitische Arena ziehen lässt, sondern hier eigene Flagge zeigt. Das finde ich gut.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ich lobe sie auch dafür, dass sie damit eine Initiative der FDP unterstützt. In der Pressemitteilung meiner Kollegin Christraut Kirchmeyer vom 15. September 2005 heißt es nämlich dazu:

In der ... Sitzung des Regionalrates steht auf Antrag der Liberalen die Initiative auf der Tagesordnung, nach der Sanierung der Bundesautobahn 57 den während der Bauarbeiten als Fahrspur genutzten Standstreifen auch nach Abschluss der Fahrbahninstandsetzungsarbeiten als weitere, dritte Fahrspur freizugeben und zu nutzen.

Wohlgemerkt: von 2005!

(Martin Börschel [SPD]: Warum hat die alte Landesregierung das dann nicht gemacht? Fünf Jahre Schwarz-Gelb im Land!)

- Das ist ja gemacht worden. Haben Sie nicht zugehört? Frau dos Santos Herrmann hat doch eben gesagt, dass die neue Spur im Mai dieses Jahres eröffnet worden ist. - Von daher nehme ich die Unterstützung der Initiative der FDP gerne an.

(Martin Börschel [SPD]: Rot-Grün hat es gemacht!)

Das dritte Lob gebührt dir, liebe Susana, weil du diesen Antrag, der vielleicht von einem Referenten geschrieben worden ist, hier vorne noch begründest, obwohl ihr nach dem Einbringen feststellen musstet, dass das eigentlich schon beschlossen worden ist. Das kann schon ein bisschen peinlich sein. Aber du hast das sehr souverän gemeistert.

(Beifall bei der FDP - Susana dos Santos Herrmann [SPD]: Das hättest du nicht geschafft! Ich weiß!)

Du hast auch zugegeben, dass die Initiative zur A 57 schon im Verkehrsausschuss beschlossen wurde, auch wenn du das Abstimmungsergebnis in etwas anderer Erinnerung hast.

Ich muss dich nur leider in einer Sache enttäuschen, nämlich: Die A 59 ist auch schon beschlossen. Im Beschluss der Bezirksvertretung Porz vom 22. Februar 2011 - dieser Beschluss ist also noch drei Monate älter - heißt es:

... bei stockendem Verkehr sollte eine kontrollierte Freigabe der Standspur auf der A 59 in Fahrtrichtung Spich/Bonn zwischen Tankstelle Schloss Röttgen und Ausfahrt Flughafen Köln/Bonn erfolgen.

(Martin Börschel [SPD]: Ist die Autobahn jetzt Bezirksangelegenheit?)

- Nein. Der einleitende Satz lautet:

Die Bezirksvertretung Porz fordert die Stadt Köln auf, sich beim zuständigen Baulastträger Bund für die Prüfung folgender Maßnahme einzusetzen: ...

Das ist sogar mit den Stimmen der SPD beschlossen worden.

(Beifall bei der FDP)

Also: Es ist eigentlich alles beschlossen, nur noch nicht von jedem. Wir werden dem jetzt vorliegenden Antrag zustimmen. Angesichts der langen Geschichte wäre es ja Quatsch, wenn wir das heute nicht machen würden.

Ich weiß nach dem Vortrag von Bettina Tull immer noch nicht, wie die Grünen abstimmen werden.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Überraschung!)

Vielleicht erleben wir nachher noch eine Überraschung. Ich will den Grünen aber noch ein Argument geben und bitte euch, darüber nachzudenken. Natürlich ist der Verkehrsraum begrenzt, auch auf der Autobahn.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Ach was! - Zuruf von Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen])

- Sei mal ruhig! - Man muss sich überlegen, wie man diesen Platz sinnvoll nutzt. Stauerscheinungen sind gefährlich. Herr van Benthem und Frau dos Santos haben zu Recht gesagt: Es geht hier nicht nur um die Schnelligkeit, gegen die sich die Grünen aussprechen, sondern es geht vor allem um die Sicherheit.

Im Mai dieses Jahres gab es einen tödlichen Unfall auf der A 57 zwischen Bilderstöckchen und Köln-Nord. Das ist ziemlich genau die Stelle, über die wir hier jetzt reden. Da ist eine Frau in den Rückstau gefahren, weil der Verkehr in Richtung A 1 nicht richtig abfloss.

Das heißt, liebe grüne Fraktion: Es geht hier nicht darum, zu sagen: Hier sind ganz schnelle Fraktionen unterwegs, denen es immer nur um höheres Tempo geht. Nein, hier geht es vor allem um mehr Sicherheit. Deswegen solltet ihr euch gut überlegen, ob ihr diesen Antrag ablehnt. Sonst geht der nächste tödliche Unfall, der sich auf dieser Strecke der A 57 und der A 59 ereignet,

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Der geht dann auf unser Konto?)

auf euer Konto. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP - Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, jetzt hat er sich entlarvt!)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Wenn ich keine Wortmeldungen erhalte, kommen wir jetzt zu Herrn Schiele. Er macht es vom Platz aus.

**Karel Schiele** (pro Köln): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Das ist schon der zweite Antrag am heutigen Tage, der mich mit unermesslichem Glück erfüllt, da diese beiden Anträge auch aus der Feder der Fraktion pro Köln stammen könnten.

(Zuruf)

- Danke. - Wenn die Bescherung am heutigen Tage weiter so verläuft, werden keine Wünsche mehr übrig bleiben, außer das Reiterdenkmal. Ich will nur hoffen und mir zum weihnachtlichen Fest wünschen, dass auch die Fraktionen, von denen ich eher gewöhnt bin, dass sie den Kölner Verkehr etwas ausbremsen und behindern, endlich verstehen, dass fließender Verkehr sehr viel besser ist als stockender Verkehr, der mehr Abgase und Umweltbelastungen produziert. Ich wünsche mir auch, dass wir auf diesem Politikfeld zu einem Konsens kommen. Ebenso wünsche ich mir, dass die Fraktion, die diesen Antrag eingebracht hat, zu den eingegangenen Verkehrsverpflichtungen steht. - Ich bedanke mich.

(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Da ich keine weiteren Wortmeldungen sehe, kommen wir jetzt zur Abstimmung. Wer gegen den Antrag der SPD-Fraktion betreffend Freigabe der

Seitenstreifen A 57 und A 59 ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist Herr Zimmermann. Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der Fraktionen Die Grünen und Die Linke ist dieser Antrag angenommen.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt:

### 3.1.3 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Verhalten des Oberbürgermeisters im Vorfeld einer Bürgerdemonstration gegen das Autonome Zentrum in Köln-Kalk"

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Wiener, bitte.<sup>1</sup>

**Markus Wiener** (pro Köln): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. - Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieser Antrag wurde als Dringlichkeitsantrag bereits in der November-Sitzung des Rates eingebracht, hat darüber hinaus aber auch grundsätzliche Bedeutung. Es geht hier nämlich um die Frage, wie parteiisch eigentlich der Erste Bürger Kölns, also der Oberbürgermeister, in seiner Amtsführung sein darf und wie er zu Minderheitenrechten wie der Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit steht.

Für November hatte die Bürgerbewegung pro Köln eine Demonstration gegen die linke Hausbesetzerszene in Kalk angemeldet. Wenige Tage vor dieser längst durch die Polizei genehmigten Demonstration hat Oberbürgermeister Roters seinen SPD-Parteifreund, dem neuen Polizeipräsidenten Albers, öffentlich aufgefordert, diese Demonstration zu verbieten. Der Erste Bürger Kölns und Leiter der zur parteipolitischen Neutralität verpflichteten Stadtverwaltung fordert also in aller Öffentlichkeit, die praktische Demonstrations- und Versammlungsfreiheit, zumindest in diesem konkreten Fall, für missliebige politische Minderheiten einzuschränken, wenn nicht gar aufzuheben.

In welchem Land, in welcher Stadt leben wir eigentlich? Was hat das noch mit gelebter Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu tun? Meinungs- und Versammlungsfreiheit ist nicht nur ein Recht des Establishments und der

<sup>1</sup> Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes übernimmt die Sitzungsleitung.

Mächtigen, sondern in einer Demokratie immer auch ein Grundrecht für die Opposition, gerade für die Opposition, die ja eben nicht an den Schalthebeln der Macht sitzt.

Die Gleichen, die hierzulande immer stärkere Einschränkungen und Diskriminierungen gegen rechte Demokraten fordern, sind es aber, die gleichzeitig Krokodilstränen über eine gelenkte Demokratie, etwa in Russland oder anderswo, vergießen. Ich sage Ihnen da nur eines ganz klar: Welch schamlose Heuchelei!

(Beifall bei pro Köln)

In Bezug auf Putin und Russland wird geklagt, die Opposition könne sich nicht ausreichend öffentlich artikulieren, die Medien - hier sitzen ja auch einige Medienvertreter - würden sie totschweigen oder, wenn sie berichten, nur verleumden und diskriminieren, Räume und Veranstaltungssäle würden gekündigt und öffentliche Demonstrationen behindert oder sogar verunmöglicht. Meine Damen und Herren, tauschen Sie Russland durch Köln und Putin-Opposition durch pro Köln aus, dann haben Sie das Gleiche hier.

(Beifall bei pro Köln)

In einem öffentlichen Klima, in dem der eigentlich in seiner Amtsführung zur Neutralität verpflichtete Oberbürgermeister zur Verhinderung bereits genehmigter friedlicher Demonstrationen aufruft, in einem öffentlichen Klima, in dem ein SPD-Polizeipräsident schon vorab Verständnis für militante linksextreme Gegendemonstranten äußert, in einem Klima, in dem die offenbar wunschgemäß aufgetretenen Blockaden unserer friedlichen Demonstration zu keinem Zeitpunkt von der Polizei geräumt werden, in solch einem Klima kann weder ein freier Meinungsbildungsprozess stattfinden noch echte Demokratie gelebt werden.

In einem Stadtrat, in dem die gewählten Vertreter von 20 000 Kölnerinnen und Kölner seit nunmehr sieben Jahren systematisch diskriminiert werden, läuft auch etwas grundlegend falsch.

(Beifall bei pro Köln - Zurufe von der SPD: Oh!)

- Ja, das muss man Ihnen ins Stammbuch schreiben. Ich rede auch nicht zu den Überzeugungstätern in der ersten Reihe; ich rede zu den vielen, vielen Leuten mit Gewissen in der zweiten und dritten Reihe, zu den vielen Beamten und Angestellten der Stadt Köln, zu den Zuschauern. Da gibt es ganz viele, die das

ähnlich sehen, die sehr sensibel sind, wenn hier die gleichen Rechte für alle eben nicht gewährt werden.

Die Fraktion pro Köln hatte im Oktober den Dritten Nationalratspräsidenten der Republik Österreich, Dr. Martin Graf, zu Gast. Dr. Graf von unserer österreichischen Partnerpartei FPÖ übt im Parlament der Alpenrepublik eine Rolle vergleichbar mit der eines Bundestagsvizepräsidenten aus. Bei seinem Besuch und der Diskussion mit der Fraktion pro Köln zeigte sich Dr. Graf schockiert über die Vorgehensweise gegen die Bürgerbewegung pro Köln, sowohl in der Stadt als auch hier im Rat. Niemand käme in Österreich auf die Idee, gewählte Volksvertreter schlechter oder besser zu behandeln, seien es Christdemokraten, Sozialdemokraten, Grüne oder eben freiheitliche Patrioten. In einer Demokratie ist jede Stimme gleich viel wert. Gerade auch für politische Minderheiten gelten Grundrechte wie die Demonstrations- und Versammlungsfreiheit.

Ich komme zum Schluss.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Das ist gut.

(Beifall bei Teilen der SPD)

**Markus Wiener** (pro Köln): Meine Redezeit ist abgelaufen. Ich komme zum Schluss. - Die Fraktion pro Köln beantragt deshalb, dass diese Ratsversammlung heute eindeutig feststellt, dass das Verhalten des Oberbürgermeisters im Vorfeld der Kalk-Demo nicht mit seinem Amt vereinbar war. Wir fordern darüber hinaus eine Entschuldigung vom Oberbürgermeister, der mit seinem Verhalten nicht nur das Amt des Oberbürgermeisters beschädigt hat, -

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Kommen Sie bitte zum Schluss.

**Markus Wiener** (pro Köln): - sondern der demokratischen Kultur in dieser Stadt insgesamt einen Bärendienst erwiesen hat.

(Beifall bei pro Köln)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Gibt es weitere Wortmeldungen dazu? - Das sehe ich

nicht. Dann möchte ich über 3.1.3 abstimmen lassen. Wer ist für diesen Antrag? - Das ist pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist 3.1.3 abgelehnt.

Zu Tagesordnungspunkt 3.1.4:

**3.1.4 Antrag der Fraktion Die Linke. und Ratsmitglied Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde) betreffend "Leitlinien zur Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen in Köln"**  
**AN/2220/2011**

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag der Fraktion pro Köln**  
**AN/2296/2011**

Herr Paetzold, bitte. - Nein, zuerst Herr Detjen.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Herr Paetzold ist noch nicht bei den Linken!)

Von Ihrer Seite war nichts angemeldet. Ich habe mich schon gewundert. - Bitte schön.

**Jörg Detjen** (Die Linke.): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! In den letzten sieben Jahren hat die Verwaltung handfest an der Umsetzung der vom Rat beschlossenen „Leitlinien zur Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen in Köln“ gearbeitet. Dafür unser Dank. Dank auch an jene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich in den letzten Monaten in Tag- und Nacharbeit bemühen, neu ankommende Flüchtlinge gut unterzubringen.

Umso mehr war ich verblüfft und entsetzt, als die grüne Beigeordnete Reker am 14. November in der Mitteilung über die „Entwicklung des Zuzugs von Flüchtlingen nach Köln“ schrieb - ich zitiere, Frau Bürgermeisterin -:

Von daher wird geprüft, ... ob das Bürogebäude Herkulesstraße trotz aller baulichen Mängel als Notquartier zu nutzen ist. In diesem Falle müssten Toiletten und Duschcontainer aber auf dem Parkplatz aufgestellt werden.

Weiter heißt es, derzeit werde - Zitat -:

abgestimmt, ob es möglich ist, am Standort des Flüchtlingswohnheims Vorgebirgsstraße Zelte aufzustellen und die Betreuung der zusätzlichen Flüchtlinge zu übernehmen.

So weit das Zitat.

Am 3. Dezember erschien der *Kölner Stadt-Anzeiger* ein Artikel mit der Überschrift „Rückkehr zur Massenunterkunft“. Darin heißt es - Zitat *Stadt-Anzeiger* -:

Eine entsprechende Überprüfung sei abgeschlossen, sagte Sozialdezernentin Henriette Reker. 50 bis 70 Flüchtlinge sollen hier „übergangsweise“ leben, Sanitäreinrichtungen sollen auf dem Parkplatz vor dem großen Gebäude eingerichtet werden. Da unklar ist, wie schnell das Gebäude für den neuen Zweck umgebaut werden kann, wird zusätzlich die Unterbringung in Zelten geprüft.

Der Plan war zunächst, 140 Flüchtlinge in der Herkulesstraße unterzubringen. Mitglieder des Runden Tisches für Flüchtlingsfragen protestierten. Wir stellten am 6. Dezember zusammen mit Deine Freunde den Ratsantrag, die Leitlinien einzuhalten. Inzwischen erkannten die Grünen den Ernst der Lage, ruderten zurück und erklärten am 7. Dezember, dass - Zitat -:

... die sanitären Anlagen in das Gebäude integriert werden. Das vorhandene Betreuungskonzept für Flüchtlinge muss auch dort zum Tragen kommen.

Inzwischen ist klar: Das Bürogebäude in der Herkulesstraße wird für 70 Personen inklusive Sanitäreinrichtungen umgebaut.

Ich habe ausführlich zitiert, um zu belegen, dass die Grünen und deren Dezernentin einige Wochen auf dem Holzweg waren. Inzwischen wollen sie davon nichts mehr wissen und vertreten andere Positionen.

Nichtsdestotrotz fehlen weitere Möglichkeiten, Flüchtlinge gemäß der Leitlinie unterzubringen. Wir brauchen mindestens drei weitere Standorte zur Unterbringung von Flüchtlingen, wenn wir sie dezentral, zum Beispiel in kleinen Wohnmodulen, unterbringen wollen. Mich würde zum einen interessieren, Frau Beigeordnete Reker, ob Sie das alleine schaffen. Zum anderen würde mich interessieren, ob Sie dafür Unterstützung bei der gesamten Verwaltung finden.

Ich appelliere an den Oberbürgermeister, aktiv zu werden. Meine Damen und Herren, ich appelliere aber auch an Sie alle: Begreifen Sie die jetzige Situation als Chance, zu beweisen, dass wir in Köln Menschen, die in Not und auf

der Flucht sind, unterbringen können. Wir sind ihre Nachbarn und müssen den sozialen Frieden in dieser Stadt stärken und entwickeln. Gemeinsam sind wir Köln.

Ich möchte mich vor allem bei den Leuten bedanken, die in den letzten Wochen aktiv geworden sind, nämlich beim Runden Tisch für Flüchtlingsfragen und ihren beiden Sprechern, dem Arbeitskreis der Flüchtlingsberatungsstellen, beim Rom e. V. und dem Förderverein Kölner Flüchtlingsrat sowie bei den alternativen Ehrenbürgern Frau Hedwig Neven DuMont und Herrn Kurt Holl.

Ich glaube, wir sind auf dem richtigen Weg. Diesen Weg müssen wir einhalten und Flüchtlinge weiter dezentral unterbringen. Damit zeigen wir, dass wir zu ihnen stehen und gemeinsam mit ihnen gegen Rechtsextremismus kämpfen. - Danke schön.

(Beifall bei der Linken)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Schönen Dank, Herr Detjen. - Herr Zimmermann, möchten Sie dazu sprechen?

(Thor-Geir Zimmermann  
[Deine Freunde]: Nein!)

- Nein. - Dann gebe ich Frau Reker das Wort; denn hier wurden ja eben einige Fragen aufgeworfen.

**Beigeordnete Henriette Reker:** Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Herr Detjen, zunächst einmal möchte ich hier betonen, dass die Verwaltung selbstverständlich nach wie vor die „Leitlinien zur Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen in Köln“ umsetzt.

(Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Dazu gehört, dass neue Standorte mit dem Runden Tisch für Flüchtlingsfragen beraten werden.

Sie wissen, die Flüchtlingszahlen steigen massiv. Ich bin Ihnen allen dankbar, dass Sie hier im Rat schon vor der Sommerpause über bestandserhöhende und bestandssichernde Maßnahmen entschieden haben. Das war für unsere weiteren Planungen wichtig. Inzwischen haben sich die Zahlen allerdings so entwickelt,

dass wir mit der Notunterkunft in der Vorgebirgsstraße, wo die ankommenden Menschen aufgenommen werden und wo geprüft wird, ob sie in Köln verbleiben können oder nicht, nicht mehr auskommen. Um ihrer gesetzlich vorgeschriebenen Unterbringungsverpflichtung nachzukommen, musste die Verwaltung nach einer weiteren Notunterkunft suchen. Wir haben uns für das ehemalige Straßenverkehrsamt in der Herkulesstraße entschieden und darüber in einer extra einberufenen Sondersitzung des Runden Tisches für Flüchtlingsfragen am 14. November beraten, übrigens ohne Widerspruch zu bekommen.

Ich möchte Ihnen sagen: Ihr Bild vom Rudern hat mir gut gefallen, Herr Detjen. Ich rudere aber nicht zurück, sondern ich rudere gegen den Flüchtlingsstrom an. Dazu gehört auch, dass ich Familien, die abends oder nachts hier eintreffen, unterbringen kann, und zwar nicht in einem Aufenthaltsraum, wo sie nur notfallmäßig mit Nahrung versorgt werden, sondern in einer menschenwürdigen Unterkunft, einer abgeschlossenen Wohneinheit, in der es auch sanitäre Einrichtungen gibt.

Dass die sanitären Einrichtungen in der Herkulesstraße jetzt im Gebäude untergebracht werden, freut mich sehr. Das war ein Prozess. Genauso wie die Zahlen jeden Tag andere sind, stehen auch wir als Verwaltung jeden Tag an einem anderen Punkt. Das heißt: Zuerst fragen wir: „Wie können wir das so schnell wie möglich verwirklichen?“ Als Nächstes sagen wir: „Wenn es gar nicht anders geht, müssen wir Sanitärcontainer auf dem Parkplatz aufbauen.“ Weil wir es aber prüfen und weil wir es ja so wollen, stellen wir letztlich fest: „Wir können es doch im Gebäude machen.“ Darüber sind wir froh.

Angesichts dieser Flüchtlingszahlen, die sich voraussichtlich auch nicht ändern werden - das heißt: wir werden auch weiterhin mit dieser Menge von Menschen, die nach Köln kommen, konfrontiert sein -, wir werden nach weiteren Standorten suchen. Die Fachverwaltung hat ein Profil entwickelt, wie Grundstücke, die sich eignen, aussehen sollen. Es sollen sich sowohl die Bezirksämter als auch die gesamte Verwaltung an der Suche beteiligen. Ich gehe natürlich davon aus, dass mich keiner bei der Suche nach Grundstücken im Stich lässt, sondern dass ich hierfür Unterstützung von Ihnen allen bekomme. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP sowie bei Teilen der CDU)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:**

Schönen Dank, Frau Reker. - Danke an die Verwaltung für die bisher geleistete Arbeit. Wenn diese übergreifend ist, dann lobe ich auch die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, die an diesem Prozess Gott sei Dank beteiligt sind oder beteiligt werden.

Herr Detjen, haben Sie eine Nachfrage?

**Jörg Detjen** (Die Linke.): Frau Reker, ich freue mich, dass Sie auf dem richtigen Weg sind.

(Lachen beim Bündnis 90/Die Grünen - Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen: Oh!)

- Was heißt hier: „Oh!“?

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Die war wir schon auf dem richtigen Weg! Was soll die Hochnäsigkeit? - Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]. Du hast ihr dabei geholfen!)

Ich glaube, die Diskussion in der Stadtgesellschaft hat Frau Reker auf den richtigen Weg zu kommen.

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen und von der FDP)

Insofern sind wir der Meinung - Herr Zimmermann und ich sind uns einig -, dass wir, weil wir jetzt auf dem richtigen Weg sind, über den Antrag nicht abstimmen müssen.

(Beifall bei der Linken - Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Meine Güte! Diese Selbstbesoffenheit!)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Herr Uckermann.

(Zurufe: Zurückgezogen!)

- Dann hat sich das erledigt. Der Antrag wurde zurückgenommen. Wir fahren jetzt in der Tagesordnung fort.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 3.1.5:

**3.1.5 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "Lebensretter in „KiWi-Tasche“ AN/2195/2011**

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag der FDP-Fraktion AN/2316/2011**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dazu gibt es einen Änderungsantrag, der Ihnen noch nicht vorliegt.

(Winrich Granitzka [CDU]: Der liegt vor, Frau Bürgermeisterin!)

Er liegt nur hier bereits vor. Ich könnte ihn also vorlesen. Die Ergänzung ist nicht lang. Wenn Sie alle einverstanden sind, würde ich das jetzt bzw. vor der Abstimmung vorlesen. Ist jemand damit nicht einverstanden, dass ich das jetzt vorlese? - Es sind alle einverstanden. Dann beginne ich:

Der Antrag wird wie folgt ergänzt:

Die Verwaltung wird beauftragt, die von der Stadt Köln ausgegebene „KiWi-Tasche“ auf Inhalt und Qualität regelmäßig zu überprüfen und zu verbessern. Der Zeitabstand zwischen Geburt des Kindes und des Willkommens-Besuchs ist deutlich zu verringern. Die Wirksamkeit des ausgegebenen Informationsordners ist zu überprüfen. Neben der bereits enthaltenen Jahreskarte für den Kölner Zoo und dem energiesparenden Nachtlämpchen der RheinEnergie ist eine Jahreskarte für die KölnBäder (Babyschwimmen) zu prüfen. Weiterhin sind Kindersicherungen für Steckdosen im Kinder-Willkommenspaket zu ergänzen.

Ich höre gerade, dass dieser Änderungsantrag nur in der ersten Reihe vorliegt. Deswegen, Herr Granitzka, habe ich ihn jetzt noch einmal vorgelesen.

Bitte schön, Herr Dr. Schlieben.

**Dr. Nils Helge Schlieben** (CDU): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren!

27. April 2011, Fürth:

Ein neun Monate alte Mädchen erlag am Ostersonntag in einer Spezialklinik seinen Brandwunden. ... Als



Brandquelle gilt nach Angaben der Polizei ein Heizstrahler.

17. Juni 2011, Bremen:

Feuer in Wohnhaus, zwei Kinder tot. Den Feuerwehrleuten bot sich am Ort des Einsatzes ein erschütterndes Bild. Die Mutter stand weinend vor dem Haus. Sie hatte sich vor den Flammen retten können. Ihre Kinder (2 und 5 Jahre) kamen nach ersten Erkenntnissen im Feuer um. ... Nach Angaben des Feuerwehrsprechers hatten Möbel in der Wohnung Feuer gefangen.

17. Mai 2011, Köln:

Tote und Verletzte bei Wohnungsbrand. Bei einem Feuer in einem Mehrfamilienhaus in Köln ist eine 76-jährige Frau ums Leben gekommen. 18 weitere Hausbewohner erlitten nach Polizeiangaben Rauchvergiftungen und wurden schwer verletzt in Krankenhäuser eingeliefert.

Meine Damen und Herren, jeden Monat verunglücken in Deutschland 40 Menschen durch Brände tödlich. Zwei Drittel der Opfer - das ist interessant, zu wissen - werden im Schlaf überrascht, verunglücken also in den eigenen vier Wänden. Gefährlich ist dabei nicht das Feuer an sich, sondern der Rauch; denn Sie müssen wissen: 95 Prozent der Brandtoten sterben an den Folgen einer Rauchvergiftung, darunter viele Kinder.

Schaut man sich die jährlichen Folgen in Deutschland einmal generell an, so stellt man fest: rund 500 Brandtote, 5 000 Brandverletzte mit Langzeitschäden und 1 Milliarde Euro Brandschäden im Privatbereich. Ursache für die rund 200 000 Brände im Jahr ist nicht etwa, wie man vielleicht vermutet, Fahrlässigkeit. Sehr oft sind es technische Defekte, die zur Katastrophe führen, wenn man nicht vorsorgende Maßnahmen trifft, wie zum Beispiel die Installation eines Rauchmelders.

Denn der Mensch riecht nicht im Schlaf. - Er riecht vielleicht im Schlaf, aber er riecht nichts im Schlaf.

(Heiterkeit)

- Sie müssen wissen: Bereits drei Atemzüge von hochgiftigem Brandrauch, der ja hauptsächlich das farblose und geruchlose Kohlenmonoxid

enthält, reichen aus, dass die Opfer im Schlaf bewusstlos werden und dann ersticken.

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

Bereits das Einatmen einer Lungenfüllung mit Brandrauch - Frau Moritz - kann tödlich sein. Ein Rauchmelder kann an dieser Stelle lebensrettend sein.

Im Übrigen möchte ich Sie darauf hinweisen, dass Zigarettenrauch bei einem qualitativ hochwertigen Rauchmelder keinen Alarm auslöst, wenn man die Zigarette nicht unmittelbar unter den Rauchmelder hält.

(Zuruf von Gabriele Schlitt  
[Bündnis 90/Die Grünen])

- Es sind natürlich nicht die Kinder, liebe Gabi Schlitt, die zu Hause rauchen; aber es gibt Eltern, die sogar in der Wohnung rauchen.

Warum habe ich Ihnen das erzählt? Wir wollen die Verwaltung beauftragen, dass die „KiWi-Tasche“, die von der Stadt Köln glücklicherweise an fast 90 Prozent der jährlich 10 000 Neugeborenen verteilt wird, mit einem geprüften Rauchmelder ergänzt wird.

Bezüglich der Finanzierung möchte ich unseren Antrag ändern, damit das für die Mehrheit des Rates, an der ich nicht zweifle, bzw. für die anderen Parteien zustimmungsfähig ist. Wir wollen den Hinweis auf die Haushaltsplanberatungen herausnehmen. Die Finanzierung dieser lebensrettenden Maßnahme - es sind circa 50 000 Euro - soll durch einen weiteren, noch zu findenden Aktionspartner gesichert werden. So würde dann der zweite Abschnitt unseres Antrags lauten.

Zu den Kosten: Rauchmelder sind im Internet schon für 10 bis 15 Euro zu finden. Diese sind geprüft und haben eine Garantiezeit von zwei Jahren auf Gerät und Batterie. Ein Gerät in mattschwarz oder schwarz-rot oder schwarz-aquablau kostet 34 Euro. Man kann aber auch ein Gerät in glanzsilber oder mattsilber für 84 Euro auswählen und sich für die Glanzgold- oder Glanzmatt-Variante für 134 Euro entscheiden. Das möchte ich unserem Sponsor nicht empfehlen. Ich glaube, die einfache, TÜV-geprüfte Variante für 10 Euro tut es auch; für 10 000 Stück gibt es sicherlich noch Mengenrabatt, sodass sich der Preis vermutlich noch reduziert. Wir empfehlen, diesen Rauchmelder der „KiWi-Tasche“ beizufügen.

(Unruhe)

Wir gehen davon aus, dass Sie mehrheitlich diesen sinnvollen Vorschlag unterstützen werden. Ich nehme an, die hier herrschende Unruhe ist auf die Begeisterung zurückzuführen und den Erkenntnisgewinn, den Sie an dieser Stelle erfahren haben. Das freut mich sehr. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Vielen Dank, Herr Dr. Schlieben. - Herr Dr. Heinen, bitte.

**Dr. Ralf Heinen (SPD):** Verehrte Frau Bürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Schlieben, das war sicher eine interessante Rede zum vorbeugenden Brandschutz. Man könnte meinen, Sie seien Vertreter dieser Innung oder bei der Feuerwehr.

Um was geht es hier? Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Fraktion, wenn man nicht mehr weiter weiß, sollte man vielleicht zurück auf „Start“ gehen. Hier geht es nämlich um das Thema „KiWi“. In diesem Zusammenhang sollten wir alle erst einmal überlegen, wofür „KiWi“ eigentlich steht.

Dieses freiwillige Angebot gibt es seit 2008. Bei den KinderWillkommen-Besuchen - das ist der Kern von KiWi - wird quasi die Visitenkarte der Stadt Köln überreicht. Wenn von den Eltern von Neugeborenen gewünscht, kommt eine Person zu ihnen ins Haus und übergibt ihnen den „KiWi“-Ordner mit Informationen und Kontaktadressen. Dieser Ordner ist Bestandteil der sogenannten „KiWi-Tasche“, von der hier schon die Rede war. Aber es geht dabei nicht um den Inhalt dieser Tasche, sondern in erster Linie darum, dass Personen den Eltern einen Hausbesuch abstatten.

Diese ehrenamtlich arbeitenden Personen kommen von den freien Trägern, also nicht direkt von der Stadt. Ich erinnere an die Datenschutzdebatte, die wir in diesem Zusammenhang geführt haben; wir hatten zunächst große Schwierigkeiten, diese super Idee umzusetzen, haben es aber dann doch geschafft. Diese Personen sind das Bindeglied zwischen der Stadt und deren Institutionen, und zwar mittelbar über freie Träger, und der Familie. Damit sind die Informationen für die Eltern mit einem Gesicht, mit einer bestimmten Person verbunden. Diese Person ist auch befähigt, Förderbedarf zu erkennen und bestimmte

Wünsche von Familien aufzunehmen. Bei Familien, in denen es vielleicht nicht so gut läuft, wird sie für Rückkopplung mit den entsprechenden Netzwerken bis hin zur Stadt sorgen. Das ist KiWi, meine Damen und Herren. Alles andere ist etwas anderes.

Natürlich wollen die Besucher nicht mit leeren Händen kommen. Es ist eine ganze Menge in der „KiWi-Tasche“ drin. Als kleines Add-on enthält sie auch ein paar Dinge, die das Ganze versüßen sollen, quasi ein Werbe-Gadget, darunter zum Beispiel - Sie haben es erwähnt - eine Jahreskarte für den Zoo und anderes mehr. Natürlich können wir jetzt sagen: All das, was freie Sponsoren beifügen, ist uns recht. Lieber Herr Dr. Schlieben, kommen Sie dann aber bitte nicht nächstes Jahr und sagen: Da muss auch noch ein Feuerlöscher herein. Dieses Gerät wäre ja genauso sinnvoll.

Also: Wir haben nichts dagegen, dass dieser Tasche ein Rauchmelder beigefügt wird

(Zuruf von Henk van Benthem [CDU])

- bitte, Herr van Benthem! -, aber in der von Ihnen beantragten Form lehnen wir das ab. Wir wären aber damit einverstanden, wenn Sie sagen: Wir haben einen Sponsor und über diesen Sponsor ist es möglich, diese Rauchmelder beizugeben. Dagegen haben wir nichts. Wenn Sie Ihren Antrag dementsprechend ändern sollten, können wir dem zustimmen.

Zum Änderungsantrag der FDP: Die FDP ist natürlich mit ins Boot gesprungen und hat in dieser Sache ein Panoptikum der Nebensächlichkeiten aufgeführt. Wie gesagt, KiWi ist unter unserer Ägide und nach unseren Vorstellungen etwas anderes. Natürlich sind darunter auch Ideen, über die wir reden können. Aber sie sind nicht der Kern von KiWi, sondern tangieren lediglich die grundsätzliche Idee dieser KinderWillkommen-Besuche. Ihre Vorschläge können wir aber gerne im Jugendhilfeausschuss besprechen. Wir sind jederzeit bereit, dort über den aktuellen Sachstand zu berichten. Der Jugendhilfeausschuss ist das richtige Gremium dafür. Eine Diskussion über ein zusätzliches Add-on und weitere Ideen, was man in die „KiWi-Tasche“ hineinpacken sollte, wollen wir hier im Rat nicht führen.

Insofern: Änderung des CDU-Antrags in der Form von „Wir sponsern das“ bzw. „Wir haben einen Sponsor“.

(Henk van Benthem [CDU]: Hat er doch gesagt!)

- Ja, es steht aber im CDU-Antrag noch anders.

(Henk van Benthem [CDU]: Er hat es doch erklärt!)

- Wunderbar! - Den FDP-Antrag würden wir in der vorliegenden Form ablehnen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Danke schön, Herr Dr. Heinen. - Frau Jahn, bitte.

**Kirsten Jahn** (Bündnis 90/Die Grünen): Liebe Frau Bürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit Blick auf diesen Antrag und auf das heutige Datum - 20. Dezember, also vier Tage vor Weihnachten - könnte man glauben, die CDU und mittlerweile leider auch die FDP seien schon in Weihnachtsstimmung.

(Helmut Jung [CDU]: Wieso leider? - Henk van Benthem [CDU]: Das gehört doch zu unserer Gesellschaft!)

Nur: Es ist einfach politisch nicht an der Zeit, Weihnachtsgeschenke zu verteilen, zumal dies ein Geschenk wäre, das nur schwer in die Tüte, also in dieses KiWi-Paket, passen würde.

Das KinderWillkommen-Paket, abgekürzt KiWi, ist Teil des Aktionsprogramms "Frühe Hilfen für Eltern und Kinder und soziale Frühwarnsysteme". In Form von Elternbesuchen, die durch Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtler durchgeführt werden, sollen die neuen Erdenbürger in Köln begrüßt und deren Eltern zu ihrem Glück gratuliert werden. Gleichzeitig - und das ist der eigentliche Sinn dieser Frühen Hilfen - soll dieser Willkommensbesuch dazu genutzt werden, den Eltern Informationen zu familienrelevanten Angeboten zu vermitteln. Darum geht es!

(Henk van Benthem [CDU]: Im Zoo?)

Also: Welche Kitas gibt es im Stadtteil? Wo können wir uns Hilfe holen, wenn es Schwierigkeiten gibt? Wo finden wir spezifische kinderheilkundliche Informationen? Welche familienrelevanten Angebote bieten die Stadt und welche die Träger? Informationen dazu finden die Eltern in dieser Mappe. Und um diesen dicken Ordner, den Herr Dr. Schlieben beschrieben und den einige von uns während

dieser Ratsperiode zur Ansicht bekommen haben, geht es hier. Es geht also um die Familie und deren Kinder. Sie sollen gut in Köln ankommen.

In Köln hat sich allerdings mittlerweile etabliert, dass das KiWi-Paket neben den wichtigen und im Zentrum stehenden Informationen auch Dreingaben enthält. Am bekanntesten sind die eben erwähnte Zookarte und die Babykonzerte der Philharmonie. All das ist willkommen und in diesem Paket enthalten. All diese Geschenke sollen mehr oder weniger einen familienbildenden Charakter haben - das ist der Hintergrund dieser Geschenke -, damit diese Konstellation von Menschen dabei begleitet wird, entweder eine Familie zu werden oder sich als Familie neu aufzustellen.

Nun ja, ein Rauchmelder ist ein wichtiges Frühwarnsystem; da gebe ich Ihnen recht. Er ist aber weder eine klassische familienbildende Maßnahme noch hat er einen klassischen familienbildenden Charakter. Denn, wie Helge Schlieben hier eben sehr theatralisch vorgetragen hat, das ist ein Gerät, das für alle wichtig ist: für Menschen mit Kindern und für Menschen ohne Kinder, für Menschen mit Neugeborenen und für Menschen ohne Neugeborene.

(Karsten Möring [CDU]: In den Zoo können wir auch!)

Wir als Grüne stimmen diesem sehr fürsorglichen Antrag nur zu, wenn dieser Rauchmelder von Sponsoren finanziert wird. In diesem Sinne haben Sie ja Ihren Antrag hier eben Gott sei Dank noch geändert. Den Vorschlag, das aus dem Stadthaushalt zu finanzieren, fanden wir absurd. Ich habe mich gefragt, ob die CDU die vielen Debatten über die Stadtfinanzen, die wir in den letzten Wochen geführt haben, ernst genommen hat. Es war nie die Rede davon, dass wir nicht wissen, wohin mit dem Geld.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Manfred Wolf [FDP]: Sie haben nicht zugehört!)

Zum FDP-Änderungsantrag: Die KinderWillkommen-Besuche sind bestimmt noch optimierbar; da gebe ich Ihnen recht. Darüber können wir im JHA noch einmal reden und dort auch den ersten Teil Ihres Antrags aufgreifen. Der JHA, dem ja auch die freien Träger angehören, die das dann umsetzen, wird bestimmt einige Ideen haben, wie dieses

Angebot noch verbessert, beschleunigt, optimiert werden kann. Ihren Vorschlag, jetzt noch mehr in diese Tasche zu packen, damit Firmen eine Werbepattform haben, lehnen wir ab.

(Zurufe von der FDP)

Sinn dieser Beigaben ist immer noch der familienbildende Charakter, und dieser Sinn soll weiter aufrechterhalten werden. Es geht um die Info-Mappe. Sie muss verbessert werden. Die Dreingaben sind maximal das Geschenkpapier für diese Info-Mappe.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Schönen Dank, Frau Jahn. - Frau Laufenberg, bitte.

**Sylvia Laufenberg (FDP):** Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Erstes möchte ich hier darstellen, dass der FDP sehr wohl bewusst ist, wie das KinderWillkommen-Paket damals ausgestattet werden sollte. Die FDP hat maßgeblich dazu beigetragen, soziale Frühwarnsysteme hier in Köln zu initiieren.

(Beifall bei der FDP - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist jetzt völlig neu!)

Diejenigen, die das vielleicht vergessen haben, erinnere ich daran, dass sich mein ehemaliger Kollege Marco Mendorf dafür vehement im JHA eingesetzt hat.

Jetzt zu dem üblichen Antrag der CDU. Rauchmelder gehören selbstverständlich in jede Wohnung und in jedes Haus. Aber einen einzigen Rauchmelder in das KinderWillkommen-Paket zu tun, wäre sicherlich nur ein kleiner Anreiz für Eltern, ihre Wohnungen entsprechend sicher auszustatten; denn Rauchmelder müssten in allen Räumlichkeiten installiert werden. Es wäre quasi nur ein Anreiz, dies zu tun.

Da dieses KinderWillkommen-Paket aus Sicht der Liberalen ein wichtiger Bestandteil unserer sozialen Frühwarnsysteme ist,

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen: Hey!)

war es mir persönlich zu wenig, hier heute nur über einen einzigen Rauchmelder zu sprechen.

(Beifall bei der FDP)

Stattdessen möchte ich Ihnen den Ergänzungsantrag der FDP näher erläutern. Uns ist ganz wichtig, dass das KiWi-Angebot immer wieder überprüft und dessen Inhalt und Qualität kontinuierlich verbessert werden. Ich möchte Ihnen das an einem Beispiel klar machen.

Eine meiner Freundinnen hat Anfang August ihr erstes Kind zur Welt gebracht. Ich habe ihr damals mit viel Freude vom KinderWillkommen-Paket erzählt. Leider hat sie aber erst vor anderthalb Wochen Besuch vom Kinderschutzbund bekommen. Lobend hervorheben will ich das Gespräch mit der Dame; das war ganz hervorragend. Aber die von ihr übergebene Mappe enthielt auch viele Informationen, die sie gar nicht mehr gebrauchen konnte,

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Haben Sie denn den Feuerlöscher dabeigehabt?)

wie zum Beispiel Erläuterungen zum Mutterschutzgesetz und zum Ausfüllen des Kindergeldantrags, aber natürlich auch die Adressen von Kinderärzten. Wenn das Kind schon fünf Monate auf der Welt ist, dann haben sich die meisten Eltern mit all diesen Dingen schon intensiv beschäftigt, auch weil sie es mussten. Auch die ersten kinderärztlichen Untersuchungen sind dann längst erfolgt.

(Beifall bei der FDP)

Dementsprechend halten wir es für wichtig, dass diese Mappe verbessert und natürlich ständig aktualisiert wird.

Wir als FDP halten es für sinnvoller, nicht nur diesen einen Rauchmelder in dieses Paket zu tun, sondern zudem zu prüfen, ob zum Beispiel neben der Jahreskarte für den Zoo auch eine der KölnBäder beigefügt werden kann. Wie Sie alle wissen: Bewegung von klein auf kann nur helfen. Das wäre ein echtes Förderangebot.

Selbstverständlich ist uns die Haushaltssituation klar. Deshalb schlagen wir mit unserem Änderungsantrag nur vor, zu prüfen. Aber: Auch die CDU hat hier von weiteren Sponsoren gesprochen, die sicherlich zu finden sind. Zudem: Jeder, der einmal den KiWi-Ordner in der Hand gehabt hat, hat gesehen, dass dort bereits verschiedene Sponsoren draufstehen, die

sicherlich immer noch in der Lage sind, ein bisschen mehr draufzupacken.

Um aber auch dem CDU-Antrag und der darin geforderten Sicherheit für Eltern und deren Kinder gerecht zu werden, schlagen wir vor, dem Paket Kindersicherungen für Steckdosen beizufügen.

(Lachen beim Bündnis 90/Die Grünen)

- Ja, Sie lachen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Aber gerade die Steckdosen befinden sich in vielen Wohnungen und Häusern immer noch in Krabbelkindhöhe. Es kommt durchaus vor, dass Kinder ganz schnell mal ihre Fingerchen in die Steckdose stecken. Auch dies kann sehr gefährlich sein.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Flachbildschirme!)

Um den Vergleich zu machen: Die CDU redet hier von roundabout 50 000 Euro. Herr Schlieben hat ausgeführt: 10 Euro kostet ein einfacher Rauchmelder, der nur in einem einzigen Zimmer installiert werden kann. Ich darf hier darauf hinweisen, dass es Sicherheitsabdeckungen für Steckdosen gibt, die im Zehnerpack schon für 4,95 Euro zu haben sind. Das wäre kostengünstiger.

(Lachen beim Bündnis 90/Die Grünen)

Aber darum geht es uns eigentlich nicht. Vielmehr geht es uns darum, dass das Baby-Willkommenspaket immer wieder neu überprüft wird. Es dürfen keine alten Informationen in dem Ordner enthalten sein.

(Unruhe)

Den Eltern muss frühzeitig geholfen werden. Es geht darum, die Zeitspanne zwischen der Geburt der Kinder und dem Willkommensbesuch zu verringern. Dementsprechend würde ich mich freuen, wenn Sie unseren Änderungsantrag hier doch noch unterstützen würden. Ansonsten hoffe ich auf eine wirkliche Diskussion im Jugendhilfeausschuss bei der nächsten Mitteilung über das KiWi-Paket. Denn: Es macht Sinn, es immer wieder auf Qualität und Inhalt zu überprüfen, statt mit neue Dinge hinzuzufügen, die vielleicht gar nicht zielführend sind. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Schönen Dank, Frau Laufenberg. - Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich lasse jetzt über den Änderungsantrag der FDP abstimmen. Wer ist für diesen Änderungsantrag? - Das ist die FDP. Wer enthält sich? - Stimmen von der CDU. Dann ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Dann lasse ich über den Antrag der CDU-Fraktion abstimmen, und zwar in geänderter Form. Der geänderte Satz lautet wie folgt: Die Finanzierung dieser lebensrettenden Maßnahme soll durch einen weiteren, noch zu findenden Aktionspartner gesichert werden. - Wer ist für den Antrag in dieser Form? -

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Weil Weihnachten ist!)

Weil Weihnachten ist, sind alle dafür außer pro Köln. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Bei pro Köln. Dann ist dieser Antrag angenommen.

Dann kommen wir zu Tagesordnungspunkt 3.1.6:

**3.1.6 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend  
"Würdigung der Aktuellen Stunde in der  
Ratssitzung am 24. November 2011"  
AN/2181/2011**

Die Fraktion pro Köln beantragt, dass der Ältestenrat Wortbeiträge aus der letzten Ratssitzung prüfen soll. Das ist unseres Erachtens nicht die Aufgabe eines Ältestenrates. Er hat ganz andere Aufgaben. - Sie möchten trotzdem dazu sprechen? - Bitte.

**Jörg Uckermann** (pro Köln): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Selbstverständlich möchte ich hier im Rat sprechen. Sie haben mir das ja eben verwehrt, als ich zu einem Sachantrag sprechen wollte, der sehr wichtig für diese Stadt ist.

(Angela Spizig [Bündnis 90/Die  
Grünen]: Zur Sache!)

- Ja, ich komme jetzt zur Sache, keine Sorge. Ich werde Sie auch noch würdigen. - Sie haben mir eben mein Rederecht verwehrt. Aber zu unserem Antrag werde ich selbstverständlich sprechen.

Es geht darum, dass es in der Aktuellen Stunde der letzten Ratssitzung Redewendungen gegeben hat, für die jeder anständige Sitzungsleiter den Redner normalerweise ermahnt hätte, weil solche Wortbeiträge dem

gemeinsamen Grundauftrag widersprechen, den wir für diese Stadt haben. Die Bürgerbewegung pro Köln stimmt immer sachgerecht ab, nämlich ob das gut ist für unsere Stadt oder nicht.

Ich will Ihnen jetzt einige Auszüge vorlesen. Selbstverständlich ist dafür der Ältestenrat zuständig, das entsprechend zu würdigen. Wir meinen, das entspricht nicht der Würde des Rates. Das Thema der in Rede stehenden Aktuellen Stunde lautete: „Gegen Rechtsterrorismus in Köln“. Auch wir haben an dieser Aktuellen Stunde teilgenommen. Auch wir waren sehr betroffen von deren Anlass. Aber dann mussten wir uns fast eine Stunde lang Worte, gemünzt auf unsere Fraktion, anhören, die einfach beleidigend, ja würdelos waren - und das, obwohl sich fast jeder Redner hier auf die Menschenwürde berufen hat.

Ich will beginnen mit dem Wortbeitrag des Oberbürgermeisters. Er sprach:

Meine Damen und Herren, für die von extremen Gruppierungen initiierten Demonstrationen am vergangenen Samstag in Kalk habe ich bereits im Vorfeld deutliche Worte gefunden. Angesichts dieser beispiellosen Mordserie haben viele Menschen in Köln diese Aktionen als eine reine Provokation empfunden.

Zu diesem Zeitpunkt hatten wir sechs Wochen vorher schon von der Polizei die Genehmigung erhalten für eine Veranstaltung zu einem Sachthema, das viele Menschen in Kalk bewegt. Kalk ist halt auch eine Hochburg von uns. Wir haben gesagt, wir kommen zu den Menschen, wir halten dort eine Versammlung zu diesem Thema ab. Da brauchen wir vom Oberbürgermeister keine Belehrung. Übrigens, dieser Oberbürgermeister war einmal Polizeipräsident in Köln. Da frage ich mich: Warum hat er damals die Menschen vor diesem Terroranschlag nicht schützen können? Aber das ist sein berufliches Problem.

Ich fahre fort mit dem Redebeitrag seines damaligen leitenden Polizeidirektors, der es sich nicht nehmen ließ, zu sagen:

Aber: Auch in Köln und um uns selbst herum sind die geistigen Brandstifter aktiv ...

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der CDU: Genau! Da hat er recht!)

- Da hat er recht, ja. Meinen Sie sich selber, Herr Granitzka? Meinen Sie da Ihre Leute?

(Zurufe von der CDU)

Sie waren Polizeidirektor. Sie blinken mit Ihrer Taschenlampe. Das Thema scheint Ihnen ja sehr wichtig gewesen zu sein. Sie haben hier mit tugendgeschwängerten Worten den Raum bereichert.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Herr Uckermann, bitte halten Sie sich etwas zurück.

**Jörg Uckermann** (pro Köln): Aufforderungen wie diese hätte ich mir gerne vom OB gewünscht. - Aber es kommt noch besser. Ich bin erst bei der Ouvertüre.

(Zurufe)

- Ja, ja, die guten Sachen kommen noch.

Das, was der eine Herr von der extremistischen Linkspartei gesagt hat, nämlich dass unsere Bürgerbewegung pro Köln auch verboten werden sollte, zeigt ganz klar, dass das kein Demokrat sein kann. Stellen Sie sich einmal vor, *wir* würden hier im Rat solche Dinge sagen.

Ich komme jetzt zum Wortbeitrag des SPD-Fraktionsvorsitzenden. Er hat ein bubihafes Auftreten. Mancher würde sagen: Nehmt ihr das wirklich so ernst? Wir haben damals - -

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Ich sage es Ihnen jetzt zum zweiten Mal: Halten Sie sich bitte zurück mit Ihren unflätigen Bemerkungen! Sie beleidigen den Fraktionsvorsitzenden der SPD, und das lasse ich nicht zu.

(Beifall bei der SPD, der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

**Jörg Uckermann** (Bündnis 90/Die Grünen): Das ist ja meine Sache. - Hören Sie mal, was dieser Mann in der Sitzung über uns gesagt hat, und dann vergleichen Sie das mit dem Niveau meiner Wortwahl. Ich bin bereit, meine Wortwahl zu ändern. Darum wollen wir, dass der Ältestenrat sich damit befasst. Wenn Sie sagen: „Wir ändern unseren Wortwahl“, gerne. Wir haben auch immer wieder gefordert, der OB soll die FVB anrufen.

Er hat gesagt:

Jedes Ihrer Worte eben war dagegen ein Schlag ins Gesicht dieser Opfer ...

Das müssen Sie sich noch einmal vorstellen. Das sagt ein Herr Börschel hier einfach so mittenrein.

(Beifall bei der SPD - Götz Bacher [SPD]: Sehr gute Worte waren das!)

- Nein, es war eine Frechheit, dass Sie uns mit Terroristen in Verbindung bringen. Mit Mördern bringen Sie uns in Verbindung. Das ist eine Beleidigung. Das ist eine Unverschämtheit. Wenn wir einen OB mit Anstand gehabt hätten, dann hätte er den Kollegen Börschel aufgefordert, damit aufzuhören. Das haben wir als Christen nicht verdient.

(Beifall bei pro Köln)

Wir haben es nicht verdient, dass Sie uns mit diesen Leuten aus Zwickau in Verbindung bringen. Mit denen haben wir nichts zu tun. Wir sind Rechtsdemokraten.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das sagt sich so leicht!)

Im Übrigen: Für die Grünen - die grünen Khmer kann man da vielleicht hinzufügen - hat ja Herr Ströbele gesagt, dass er sich am Wochenende mit professionellen Antifa-Leuten treffen möchte. Er möchte die Gunst der Stunde nutzen, um zu einer Akzentverschiebung in der Bekämpfung von allem, was rechts ist - was immer das sein mag; es können ja nicht alle links sein -, beizutragen.

Die CDU in Sachsen-Anhalt hat jetzt beantragt, dass sie im Parlament nicht mehr rechts sitzen will.

(Henk van Benthem [CDU]: Zur Sache!)

- Ja, das ist zur Sache. Das ist doch schlimm genug. Soll ich Ihnen noch mehr vorlesen?

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Ihre Redezeit ist jetzt beendet.

**Jörg Uckermann** (pro Köln): Meine Redezeit ist um. Ich würde Sie bitten: Wir sind zum Dialog über die Umgangsformen bereit. Selbstverständlich - -

(Das Mikrofon wird abgeschaltet)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich lasse jetzt abstimmen über den Antrag 3.1.6. Wer ist für diesen Antrag? - Das ist pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist dieser Antrag abgelehnt.

(Beifall von Götz Bacher [SPD])

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 3.1.7, den wir, wie anfangs beschlossen, gemeinsam mit Punkt 3.1.12 behandeln:

**3.1.7 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "Sanierung der Schulen weiter vorantreiben" AN/2217/2011**

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen AN/2318/2011**

**3.1.12 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion betreffend „Reinigung von städtischen Schulgebäuden und Kindertageseinrichtungen“ AN/2314/2011**

Herr Stadtdirektor Kahlen, bitte.

**Stadtdirektor Guido Kahlen:** Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie wissen vielleicht nicht, dass wir in der Verwaltung im Augenblick eine Vorlage vorbereiten, die in der Tat erhöhte Reinigungsintervalle in Schulen, in Kindertagesstätten, in Außenanlagen von Kindertagesstätten und in besonderen Bereichen, beispielsweise Küchen, vorsieht. Das Volumen beträgt bei den Schulen 1,2 Millionen Euro und bei den Kindertagesstätten 300 000 Euro. Das heißt, wir gehen im Augenblick von einer Steigerung der Intervalle aus mit einem Aufwand von zusätzlich circa 1,5 Millionen Euro. Wir haben im Stadtvorstand festgestellt, dass wir aufgrund der Einnahmesituation diese Deckung nicht direkt für heute bereitstellen können. Aber wir werden im Rahmen eines Veränderungsnachweises die Finanzierung sicherstellen, sodass im Rahmen des Veränderungsnachweises dann auch diese erhöhten Reinigungsintervalle von Ihnen beschlossen werden können.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Schönen Dank, Herr Stadtdirektor. - Jetzt steht Frau Gordes auf der Sprecherliste. Bitte.

**Birgit Gordes (CDU):** Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir alle haben in der letzten Zeit die Unzufriedenheit der Kölner Bürger und der Schüler über die Zustände an vielen Kölner Schulen in der Presse verfolgen können. Dies hat aber nicht nur mit dem Reinigen zu tun, sondern offensichtlich auch damit, dass die Verwaltungsverfahren, bis eine Baumaßnahme begonnen und beendet werden kann, zu langwierig und zu kompliziert sind. Hier sind wir alle in der Verwaltung und in der Politik gefordert, die derzeit bestehenden Rahmenbedingungen neu zu überdenken und gegebenenfalls zu ändern, damit dieser unhaltbare Zustand beseitigt wird.

Jedes Jahr stellen wir riesige Summen zur Verfügung, um die Schulsanierung voranzutreiben. Die Zahlen des Betriebsausschusses belegen, dass dieses Jahr über 140 Millionen Euro an Kölner Schulen verbaut wurden. Das entspricht 12,7 Millionen Euro in jedem Monat und 606 000 Euro an jedem Arbeitstag. Das ist eine beeindruckende Bilanz von Verantwortung und extremer Arbeitsbelastung. Aber dies ist nur das Volumen an den Schulen. Die baulichen Sonderprojekte, wie zum Beispiel Feuerwehr, Stadtmuseum, Musikschule und die Nutzung des ehemaligen Rautenstrauch-Joest-Museums, sind darin noch gar nicht enthalten.

Dieses Volumen muss qualifiziert gemanagt werden. Hier bedarf es des bestmöglichen Prozessablaufes. Um dahin zu gelangen, müssen Verfahren entschlackt werden, sowohl im organisatorischen als auch im politischen Bereich. Wir müssen uns von Entscheidungsebenen trennen und Verantwortlichkeiten neu definieren. Da müssen wir uns alle hier, meine Damen und Herren, einmal selbst an die Nase packen. Wenn jedes Bauprojekt x-mal durch die Ausschüsse mit Fragen, Antworten und Prüfaufträgen läuft, wenn eventuell noch der Rat ins Spiel kommt mit dem gleichen Prozedere, wenn noch das Rechnungsprüfungsamt dazukommt mit den gleichen Abläufen von Fragen, Antworten und Prüfaufträgen, dann ist es nicht verwunderlich, wenn die von uns gesteckten Ziele nicht erreicht werden, weder zeitlich noch qualitativ oder finanziell.

(Beifall bei der CDU)

Hier sind wir alle gefordert, meine Damen und Herren. Hier muss die Politik mehr Disziplin üben. Hier müssen Prozessoptimierungen her.

Herr Stadtdirektor, was ich überhaupt nicht verstehe, ist: Sie haben doch offensichtlich bereits mit allen zu beteiligenden Dienststellen eine Vorlage erarbeitet. Bereits in der vorletzten Sitzung des Rates und in den letzten Betriebsausschüssen habe ich danach gefragt. Wann kommt denn nun Ihre so häufig angekündigte Beschleunigungsvorlage, Herr Kahlen? Das interessiert nicht nur uns hier in der Politik, das interessiert garantiert auch Ihre Mitarbeiter in der Verwaltung.

Meine Damen und Herren, immer wieder stellen wir fest, dass durch die wachsende Zahl an Projekten Abstriche an der Qualität der Bauvorhaben gemacht werden müssen. Mangelnde Qualität - das wissen wir alle - kostet jedoch immer mehr Geld. Das können wir uns angesichts unserer Haushaltslage schon gar nicht erlauben. Externe zu beauftragen, löst das Problem natürlich nicht nachhaltig; es verlagert es nur. Wenn jetzt statt 250 Verträgen 950 Verträge mit Externen geschlossen werden müssen, muss doch auch hochqualifiziertes Personal vorgehalten werden, das diese Externen koordiniert und überwacht. Das gilt insbesondere auch für die kommenden Großprojekte. Da muss man hoch befähigtes Personal bereitstellen, das für die Dauer des ganzen Projektes verantwortlich zeichnet und nicht nur in den einzelnen Phasen. Nur durch die Erhöhung der qualifizierten Personaldecke werden wir sogenannte Klumpenrisiken vermeiden können.

Wir müssen außerdem prüfen lassen, welche Instrumente bisher festgelegt waren, um die Personalstruktur zu verschlanken, und genau diese Instrumente danach ausrichten, qualifiziertes Personal zu halten bzw. zu bekommen. Da muss der Herr Stadtdirektor jetzt aus dem Quark kommen, eine Inventur machen und uns ein neues, klares Personalentwicklungskonzept vorlegen, das für alle technischen Bereiche der Stadt Gültigkeit besitzt. Zudem ist es zwingend, die Dienststellen über ihre personellen Ressourcen entscheiden zu lassen, die auch die Verantwortung tragen. Für die Politik muss außerdem zukünftig in jeder Vorlage wieder klar erkennbar sein, wie viel Personen in welchem Zeitraum für welche Projektphase geplant und eingesetzt werden müssen.



Meine Damen und Herren, an vielen Schulen hat sich der bauliche Zustand bereits erheblich verbessert. Der gute Zustand nach Sanierungen kann aber nur dann beibehalten werden, wenn Reinigung und Pflege auch nachhaltig gewährleistet sind. Hier verweise ich auf das von uns beschlossene Toilettensanierungskonzept, Frau Klein, in dem wir ausdrücklich Konzepte zur dauerhaften Sicherstellung des guten Zustands eingefordert haben. Auch die von meiner Fraktion geforderten zusätzlichen Reinigungsanstrengungen gehören in diesen Bereich. Dazu haben wir jetzt gerade Informationen bekommen.

Ich finde, dieses Thema muss uns allen viel zu sehr am Herzen liegen, als dass wir hier nicht an einem Strang ziehen sollten. Ich bitte Sie daher, von Ihrem schon in der vorletzten Ratssitzung beschlossenen Änderungsantrag Abstand zu nehmen und unserem Antrag zuzustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Danke schön, Frau Gordes. - Herr Philippi, bitte.

**Franz Philippi (SPD):** Frau Bürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema Sanierungsstau und Qualität der Reinigungsleistungen an den Kölner Schulen und Bildungseinrichtungen ist in der Tat ein Dauerbrenner, und das nicht erst seit der aktuellen Berichterstattung im *Stadt-Anzeiger* vor gut drei Wochen.

Damit wir uns gleich richtig verstehen und anknüpfend an die Ausführungen von Frau Gordes: Niemand kann und will dieses Problem kleinreden. Sie haben eben die Zahlen genannt; ich muss sie daher nicht noch einmal wiederholen. In den letzten zehn Jahren sind 1 Milliarde Euro in den Kölner Schulen verbaut worden. Für die Toilettensanierung an den Kölner Schulen haben wir im Jahr 2009 die Bereitstellung von noch einmal 16,4 Millionen Euro beschlossen. Es darf allerdings auch nicht verkannt werden, dass die Gebäudewirtschaft mit der Umsetzung von Maßnahmen aus dem Konjunkturpaket II und verschiedener Großprojekte, beispielsweise die Sanierung von Museen oder die Projekte am Offenbachplatz, wirklich besonders gefordert war und gefordert ist.

Aber: Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, mit Ihrem Antrag legen Sie im Kern etwas vor, das wir im Wesentlichen in der Oktober-Sitzung hier im Rat beschlossen haben, nämlich die Organisationsanalyse der Gebäudewirtschaft, in der die Stärken und Schwächen der Gebäudewirtschaft aufgezeigt werden, verbunden mit einem Vorschlag zur Neuorganisation, der dann dem Rat vorgelegt wird. Der damalige Antrag, der etwa zwei Monate alt ist und im Übrigen gegen die Stimmen der CDU hier beschlossen wurde, beinhaltet ausdrücklich auch die Bewertung der Personalsituation in der Gebäudewirtschaft.

Wir als SPD-Fraktion sprechen uns nach wie vor dagegen aus, den einseitigen Ruf nach immer mehr Personal so stark in den Vordergrund zu rücken. Heute wurde bereits mehrfach von der prekären Haushaltssituation gesprochen. Angesichts der personalwirtschaftlichen Lage der Stadt muss das wirklich genau geprüft werden. Wir gehen davon aus, dass die beauftragte Organisationsanalyse bei unserem Stadtdirektor in guten Händen ist und er uns in absehbarer Zeit einen Vorschlag unterbreitet, wie man dem gegenwärtigen Sanierungs- und Investitionsstau tatsächlich wirksam entgegenwirken kann.

Also: Wir stellen uns der von Ihnen zu Recht eingeforderten gemeinsamen Verantwortung für den baulichen Zustand unserer Bildungseinrichtungen in Köln. In Anbetracht dessen, was ich zur Organisationsanalyse gesagt habe, halten wir Ihren Antrag in den Punkten 1 bis 3 für erledigt.

Punkt 4 erschließt sich mir auch nicht so ganz. Wir erhalten ja zu den Sitzungen des Schulausschusses und des Sportausschusses regelmäßig Unterlagen zum Sachstand der Neubau- und Sanierungsmaßnahmen in den Schulen und Schulsportanlagen. Das ist jeweils eine sehr umfangreiche Unterlage, in die jeder Einsicht nehmen und entsprechende Nachfragen an die Verwaltung stellen kann. Das halten wir für ausreichend, um nachhaken zu können, welche Ursachen es für Fehler oder Mängel gibt und wie sie abgestellt werden sollen.

Wichtig ist aus unserer Sicht Punkt 5, der auch in Ihrem Dringlichkeitsantrag enthalten ist. Dabei geht es um das Thema Reinigung. Hier müssen wir eine widersprüchliche Entwicklung konstatieren. In den Jahren 2003 und 2006 wurden aufgrund der Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen die Reinigungsintervalle verlängert, während gleichzeitig durch das Ganztagskonzept und

andere Dinge die Schulgebäude viel mehr in Anspruch genommen wurden. Das passt nicht zusammen. Das müssen wir zurückdrehen. Deshalb haben wir die Ausführungen des Stadtdirektors eben sehr wohlwollend zur Kenntnis genommen.

Wir möchten dieses Vorhaben der Verwaltung aber dezidiert, wie im vierten Absatz unseres Änderungsantrages formuliert, auch politisch flankieren, indem wir im Rahmen des Veränderungsnachweises sicherstellen, dass die Reinigungsintervalle in den Kölner Schulen wieder auf jeden zweiten Tag verkürzt werden.

Meine Damen und Herren, ich denke, das ist der richtige Weg. Von daher wäre das etwa vergleichbar mit dem Dringlichkeitsantrag der CDU, der sich erledigt hätte, wenn Sie sich dem anschließen könnten. Ich werbe in diesem Zusammenhang für Zustimmung zu unserem rot-grünen Änderungsantrag. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Schönen Dank, Herr Philippi. - Herr Thelen, bitte.

**Horst Thelen** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Es ist deutlich geworden - das wollen wir hier gar nicht verhehlen -, dass wir mit dem Anliegen des CDU-Antrags sympathisieren. Deshalb haben wir ja einen Ersetzungsantrag eingebracht. So wird aus einem gut gemeinten Antrag ein wirklich guter Antrag.

(Helmut Jung [CDU]: Dann müssen Sie Ihren Antrag zurückziehen!)

Wir sind der Ansicht, dass unser Antrag, etwa zu Problemen der Gebäudewirtschaft und zur Personalsituation, zielführender ist. Im Grunde ist er eigentlich durch den bereits erfolgten Ratsbeschluss als erledigt zu betrachten. Aber ähnlich wie CDU sind auch wir der Meinung, dass das Problem der nicht besetzten Stellen in der Gebäudewirtschaft doch kurzfristig gelöst werden muss. Ich meine mich daran zu erinnern, dass der Oberbürgermeister das auf einer Veranstaltung auch zugesagt hat; er sitzt ja jetzt auch da.

Zielgerichteter ist unser Antrag auch im Vergleich zu Punkt 4 des CDU-Antrags. Denn es geht ja hier nicht nur um die Darstellung, welche

Auswirkungen der Beschluss von Baumaßnahmen für die verschiedenen Ämter hat, sondern viel eher um eine effiziente Zusammenarbeit der verschiedenen Stellen.

Zur Reinigung der Schulen hat der Stadtdirektor ja jetzt gesagt, dass man dafür Geld in die Hand nehmen muss. So erfreulich das ist, sei an dieser Stelle der Hinweis gestattet, dass hierfür eine nachhaltige Lösung gefunden werden muss. Eine Zufriedenheitsabfrage an den Schulen durchzuführen, wie im CDU-Antrag angeregt, halten wir für nicht nachhaltig genug.

Der Stadtdirektor hat eben gesagt, es ist Geld in die Hand genommen worden und es muss in die Haushaltsplanberatungen. Deshalb ist es, denke ich, sinnvoll, dem Ersetzungsantrag von SPD und uns zuzustimmen. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Schönen Dank, Herr Thelen. - Frau Gebauer, bitte.

**Yvonne Gebauer** (FDP): Frau Bürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Qualität lohnt sich, und Qualität kostet, allerdings nicht immer ausschließlich mehr Geld, obwohl es die meisten damit verbinden. Mehr Geld allein führt nämlich nicht automatisch dazu, dass vorhandene festgefahrene Strukturen durchbrochen werden, um Qualität herbeizuführen. Hier sind mitunter andere Maßnahmen nötig und gefragt.

Eine Maßnahme, die die FDP-Fraktion an dieser Stelle für ganz besonders wichtig hält und die Frau Gordes, aber auch Herr Thelen bereits angesprochen haben, betrifft das System der Verwaltung. Da Weihnachten kurz vor der Tür steht, schlüpfe ich jetzt einmal in die Rolle des Knecht Ruprecht, was mir eigentlich nicht so liegt; aber an dieser Stelle muss ich es tun. Meines Erachtens ist die wichtigste Maßnahme überhaupt, um qualitätsvolle Veränderungen herbeizuführen, die dringend notwendige und bessere Kommunikation und die gewünschte und wahre Kooperation der einzelnen Ämter innerhalb der Verwaltung.

(Beifall bei der FDP)

Es kann und es darf nicht sein, dass jedes Amt für sich agiert, ohne dabei auch nur im Ansatz auf die Interessen des anderen Amtes zu achten

bzw. sie zu berücksichtigen. Es kann und es darf nicht sein, dass selbst bei Berücksichtigung der Interessen des anderen Amtes dies in Form von seitenweisem Schriftverkehr und Stellungnahmen passiert, Stellungnahmen, die weder lösungsorientiert sind noch zeitnah eine Abhilfe des Problems in Aussicht stellen.

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen hier: Das ist das Übel, zwar nicht allen Handelns, aber des Handelns von großen Teilen der Kölner Stadtverwaltung. Die Verwaltung ist in vielen Bereichen lediglich mit der Weitergabe des Balles auf dem jeweiligen Spielfeld beschäftigt. Aber nicht die Anzahl der Pässe ist entscheidend; das Wichtigste ist und bleibt, den Ball ins Tor zu bekommen.

(Beifall bei der FDP)

Bei ämterübergreifenden Fragen müssen alle Beteiligten an einen Tisch und dürfen von diesem erst dann wieder aufstehen, wenn das Problem erkannt ist und konkrete Maßnahmen zur Beseitigung des Problems in die Wege geleitet worden sind.

Ich möchte jetzt zurück zur Gebäudewirtschaft und den Anträgen kommen. Im Rahmen von Sanierungen und Neubauten gibt es bei den Kölner Schulen den sogenannten Runden Tisch mit einem entsprechendem Jour-fixe. Unter Beteiligung der Gebäudewirtschaft, den Schulleitern, den Lehrern und den Eltern werden bei diesen Terminen Probleme erörtert, und es wird versucht, für diese Probleme eine zeitnahe und auch unkomplizierte Lösung herbeizuführen. In diesem Zusammenhang reicht die Einberufung des Stadtvorstandes allein zu entsprechenden Themen eben nicht. Vielmehr wünsche ich mir auch einen Runden Tisch oder Ähnliches innerhalb der gesamten Kölner Stadtverwaltung. Das muss sich letztendlich manifestieren, damit dort Probleme erörtert werden, und zwar zeitnah und nicht erst dann, wenn das Kind bereits in den Brunnen gefallen ist und zu ertrinken droht.

Der Dringlichkeitsantrag, der Ersetzungsantrag sowie der ursprüngliche CDU-Antrag liegen ja nicht allzu weit auseinander, wie die Vorredner schon gesagt haben. Wie die CDU in ihrem Antrag konstatiert, reichen die derzeit geltenden Reinigungsintervalle an unseren städtischen Kindergärten und Schulen nicht mehr aus. Ich freue mich, dass Sie, Herr Kahlen, in diesem Zusammenhang angekündigt haben, uns in naher Zukunft eine Vorlage vorzulegen, die darstellt, wo und wie Intervalle geändert werden,

damit wieder mehr Qualität in unsere Schulen einziehen kann.

Es reicht eben nicht, eine Qualitätsoffensive im Bereich Bildungspolitik zu starten. Wir müssen auch dafür Sorge tragen, dass unsere Kinder in den Schulen in einer lernwürdigen Umgebung sitzen und diese höhere Bildungsqualität dort auch genießen können.

(Beifall bei der FDP)

Dazu - das ist klar - ist es nötig, Geld in die Hand zu nehmen. 1,5 Millionen Euro sind hier genannt worden. Ein stolzer Betrag! Aber, wie ich eingangs sagte, Bildung und Qualität lohnen sich, und in ganz besonderem Maße für unsere Kinder.

Weil jetzt, wie gesagt, bald Weihnachten ist und ich mich in der Rolle des Knechts Ruprecht nicht sonderlich wohlfühle, darf ich doch noch ein Geschenk verteilen, und zwar an die Verwaltung. Es ist richtig: Wir haben hier vor zwei Monaten den Antrag zur Organisationsanalyse der Gebäudewirtschaft verabschiedet. Ich kritisiere die Verwaltung ja des Öfteren dafür, dass sie zu viel Zeit braucht, um Dinge ans Laufen zu bringen. In diesem Falle denke ich allerdings, dass zwei Monate dafür wirklich nicht ausreichen. Deswegen würde ich Ihnen hier das Geschenk der Zeit machen wollen. Ich hoffe allerdings, dass Sie das zeitnah schaffen, sprich: dass wir im Frühjahr eine Vorlage Ihrerseits bekommen, wie es in der Gebäudewirtschaft weitergehen soll. Ich werde das auch an entsprechender Stelle einfordern; dessen können Sie gewiss sein.

Da sich der CDU-Antrag im weitergehenden Antrag von SPD und Grünen wiederfindet, werden wir dem Antrag von SPD und Grünen zustimmen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Schönen Dank, Frau Gebauer. - Der Stadtdirektor wird mit dem ihm eigenen Elan dieses Ziel verfolgen.

(Zurufe von der FDP: Hey!)

Möchten Sie dazu noch etwas sagen, Herr Stadtdirektor? - Bitte.

**Stadtdirektor Guido Kahlen:** Vielen Dank, Frau Bürgermeisterin, für dieses Lob. - Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte Sie doch noch einmal an das erinnern, was Sie mit diesem Antrag verbunden haben. Sie haben uns aufgegeben, dass wir externen Sachverstand

(Stefan Peil [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Genau!)

in einem vergabegerechten Verfahren beiziehen. Sie haben von uns ein dialogisches Verfahren mit allen Beteiligten gefordert, also sowohl mit denjenigen, die innerhalb der Verwaltung für die Wertschöpfungskette verantwortlich sind, als auch mit den externen Büros, die der Verwaltung bei der Auftrags erledigung helfen, was - so ist es ja von Ihnen, Frau Gordes, eben dargestellt worden - einen bestimmten Steuerungsaufwand nach sich zieht.

(Birgit Gordes [CDU]: Dass das nichts mit Ihrer Steuerungsvorlage zu tun hat!)

- Auf die Steuerungsvorlage komme ich gleich noch zu sprechen. - Sie haben uns des Weiteren zu Recht aufgegeben, dass wir selbstverständlich den Dialog suchen müssen mit den Firmen, die bei diesen Projekten engagiert sind und zusagen die Wertsteigerung und die Verbesserung der schulischen Situation produzieren, genauso aber auch mit denjenigen, die davon profitieren. Das sind im Ergebnis die Akteure in den Schulen, nämlich die Schülerinnen und Schüler, das Lehrerkollegium, die Schulleitung, das nichtschulische Personal und natürlich auch die Eltern.

Dieser Auftrag hat eine Dimension - Frau Gebauer, das muss ich doch deutlich sagen -, dass er bei bestem Willen nicht bis ins Frühjahr zu schaffen ist, insbesondere wegen der Tiefenwirkung, die Sie zu Recht verlangen. Dafür müssen Sie mir mehr Zeit geben. Ich kann Ihnen aber auch einen Vorschlag machen, wie es etwas schneller geht. Die Dimension dieses Auftrags wird bei mir verwaltungsintern mit anderthalb Jahren definiert und die Kosten für das Verfahren - das will ich auch deutlich sagen - mit mindestens 500 000 Euro beziffert, die ich im Haushalt noch nicht habe.

Ein letzter Satz zu Ihnen, Frau Gordes: Die Vorlage, die Sie hier einfordern, werde ich am 10. Januar kommenden Jahres im Stadtvorstand vorlegen; zurzeit ist sie im Mitzeichnungsverfahren. Ich hoffe, dass wir anschließend grünes Licht bekommen, um dann

mit Ihnen in einen Dialog eintreten zu können über die Verbesserungen, die wir Ihnen vorschlagen. - Danke.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Schönen Dank, Herr Stadtdirektor. - Herr Uckermann. - Hat sich erledigt. - Gibt es weitere Wortmeldungen? -

(Gisela Manderla [CDU]: Zweite Runde!)

- Okay. - Frau Manderla, bitte.

**Gisela Manderla (CDU):** Frau Bürgermeisterin! Sehr verehrte Damen und Herren! Ich versuche wie immer, mich kurz zu fassen. Aber Ihrem Wunsch, Herr Philippi, dass wir unseren Dringlichkeitsantrag zurückziehen, können wir leider nicht nachkommen, und zwar aus folgendem Grund: Herr Stadtdirektor, Sie haben uns zwar mitgeteilt, dass es einen Veränderungsnachweis geben wird; aber wir wissen nicht, wann es den geben wird. Außerdem haben Sie angekündigt, dass Sie circa 1,2 Millionen Euro in die Verbesserung der Reinigungsintervalle stecken wollen. Wir aber fordern in unserem Antrag 2 Millionen Euro.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Wie wäre es mit drei?

- Nein. - Das haben wir ganz bewusst gemacht. Das gesamte Volumen der Reinigung von Schulen und Kitas beträgt 16 Millionen Euro. 2 Millionen sind also roundabout 10 Prozent. Diese Summe ist dringend notwendig. Wir fordern ja nicht nur, dass die Reinigungsintervalle gesteigert werden, weil der Bedarf angezogen hat, sondern wir wollen auch erreichen, dass endlich wieder die Fenster in den Schulen gereinigt werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Es ist unzumutbar, dass die Fenster innen überhaupt nicht mehr geputzt werden und außen nur noch einmal pro Jahr. Das geht überhaupt nicht. Es geht auch nicht, dass Eltern und Lehrer die Schule putzen müssen. Die haben andere Aufträge in den Schulen. Deshalb behalten wir unseren Dringlichkeitsantrag bei.

Abschließend noch ein paar Worte zur Qualitätsoffensive: Herr Stadtdirektor, wir haben bereits in 2008 - das haben wir im AVR schon mehrfach gesagt - eine Standardreduzierung und

Neuordnung verlangt. Jetzt haben Sie gesagt, das werden Sie im Rahmen der Haushaltsplanberatungen machen. Ich weiß nicht, wie lange wir noch darauf warten sollen. Aber ich möchte Sie bitten, sich damit zu beeilen.

(Beifall bei der CDU)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Schönen Dank, Frau Manderla. - Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Zuerst würde ich gerne über den Ersetzungsantrag von Rot-Grün abstimmen lassen. Wenn dieser eine Mehrheit findet, wäre der CDU-Antrag damit erledigt. Zur Abstimmung über den Ersetzungsantrag: Wer ist gegen den Ersetzungsantrag? - Das sind die CDU und pro Köln. Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist dieser Ersetzungsantrag angenommen.

Dann kommen wir zur Abstimmung über 3.1.12. Wer ist für diesen Antrag? - Das sind die CDU und die FDP. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 3.1.8:

**3.1.8 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend  
"Reservierung eines YouTube-Kanals  
für den Rat der Stadt Köln"  
AN/2211/2011**

Herr Uckermann.

**Jörg Uckermann** (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich darf Ihnen den Antrag kurz vorstellen; das war der Sitzungsleitung wohl eben nicht möglich. Wir beantragen, dass die Stadtverwaltung bei dem Internetportal YouTube einen Kanal für den Rat der Stadt Köln reserviert bzw. schon einmal einrichtet. Unter anderem auf unsere Anregung ist vor mehr als einem Jahr beschlossen worden, dass man Mitschnitte der Ratssitzungen sehr wohl später im Internet veröffentlichen kann. Das kann der Nutzer nach seiner Interessenlage tun. Damals hat man rechtliche Bedenken vorgeschoben. Andere Parlamente, andere demokratisch gewählte Organe können das und tun es, sie nutzen dieses moderne Mittel. Wir haben hier eine Standardredezeit von fünf Minuten. Der Bürger kann sich dann bei dem eben angesprochenen Portal anschauen, welches Thema ihn interessiert, welchen Redner

er sehen möchte. Wir sollten das auf jeden Fall nutzen.

Vonseiten der Bürgerbewegung pro Köln wünschen wir uns, dass die entsprechenden Aufzeichnungen im Rat schnellstmöglich gemacht werden, sodass sie für die breite Öffentlichkeit nutzbar sind. Dann hätte ich mir den Beitrag eben zum Beispiel sparen können, weil sich jeder die Ausfälle des SPD-Redners in der letzten Sitzung hätte angucken können. Man kann das dann auch selber weiterverbreiten. Das ist ein sinnvolles Mittel, dem Bürger unzensiert und ungekürzt zu zeigen, was wirklich im Rat los ist, wer sich wirklich für die Bürger einsetzt. Wir von pro Köln haben ein Rieseninteresse daran, dass das ungeschnitten zu sehen ist. - Danke.

(Beifall bei pro Köln)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Dann lasse ich über den Antrag abstimmen. Wer ist für den Antrag? - Das ist pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Zu Tagesordnungspunkt 3.1.9:

**3.1.9 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend  
„Verbesserung des öffentlichen  
Nahverkehrs im Kölner Norden –  
Weiterführung der S-Bahnlinie 6 bis  
Worringen“  
AN/2212/2011**

Herr Schiele.

**Karel Schiele** (pro Köln): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Durch Stadtentwicklungsmaßnahmen bzw. eine engagierte Siedlungspolitik ist im linksrheinischen Bereich zwischen Köln und Düsseldorf bzw. Neuss die Bevölkerungszahl stetig angestiegen. Auch die zukünftige Regionalplanung sieht für diesen Bereich wohnraumschaffende Planungsmaßnahmen vor. Dennoch ist die Verkehrsanbindung den aufgezeigten Entwicklungen nicht angepasst worden

Obwohl der Bedarf an Fahrgästen vorhanden ist, ist die Versorgung mit einer S-Bahn mit dem Rechtsrheinischen nicht zu vergleichen. Zum Beispiel endet die S-Bahnlinie 6 aus dem Rechtsrheinischen kommend nach dem Halt im

Kölner Hauptbahnhof schon nach einer Station am Bahnhof Nippes. Viele Fahrgäste, die in den Kölner Norden fahren möchten, würden es begrüßen, wenn die Bahnlinie zumindest bis Worringen weitergeführt würde. Durch diese Maßnahme würden sich bestimmt viele neue Kunden gewinnen lassen, die Park-and-ride-Parkplätze nutzen und die Fahrt in die Kölner City mit der S-Bahn fortsetzen.

Ich würde mich Ihrer Zustimmung sehr erfreuen. Für den ausnahmsweisen Fall der Nichtzustimmung möchte ich die Verwaltung bitten, selbst die Initiative zu ergreifen und erforderliche Gespräche mit dem VRS, Verkehrsverbund Rhein-Sieg, einzuleiten. - Danke schön.

(Beifall bei pro Köln)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Weitere Wortmeldungen dazu? - Keine. Dann lasse ich über den Antrag abstimmen. Wer ist für den Antrag? - Das ist pro Köln. Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 3.1.11:

**3.1.11 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „Abschlagszahlungen für das 1. Quartal 2012“ AN/2309/2011**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ich sehe keine. Dann lasse ich über den Antrag abstimmen. Wer ist gegen den Antrag? - Niemand.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Das spricht für sich!)

Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist der Antrag einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 4:

**4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 4.1:

**4.1 Anfrage von Ratsmitglied Klaus Hoffmann (Freie Wähler Köln) betreffend „Geplanter Hubschrauberlandeplatz auf dem Kalkberg“ AN/2249/2011**

Dieser wird gemeinsam mit Tagesordnungspunkt 10.18 beraten.

**10.18 Weiterplanung und Bau einer Rettungshubschrauberbetriebsstation für Köln 4300/2011**

**Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. sowie Ratsmitglied Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde) AN/2302/2011**

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag von Ratsmitglied Klaus Hoffmann (Freie Wähler Köln) AN/2311/2011**

Bitte schön, Herr Detjen.

**Jörg Detjen (Die Linke.):** Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Auf die Frage meiner Kollegin Uschi Röhrig im Gesundheitsausschuss, wie die Verwaltung und die großen Parteien den Hubschrauberlandeplatz in Buchforst durchsetzen wollen, hat ein CDU-Mitglied dazwischengerufen: Wir haben auch die Müllverbrennungsanlage durchgesetzt.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Die reden viel Unsinn!)

Das ist keine Satire, sondern eine Meinung, die in gewisser Weise den Kern des Problems trifft. Ähnlich wie bei der Müllverbrennungsanlage pflanzen Sie, meine Damen und Herren, einen Fremdkörper in die Stadtgesellschaft ein, der Hunderttausende Leute betrifft. Sie wissen genau, dass Sie damit eine Fehlentscheidung treffen. Das wissen Sie ganz genau und gehen nach der Devise „Augen zu und durch“ vor.

(Beifall bei der Linken - Beifall auf der Zuschauertribüne)

Seit zwölf Jahren streiten wir uns im Rat über die Hubschrauberbasisstation. Der Hubschrauber ist früh gestartet und schlecht gelandet - das ist das Fazit.

Sie haben oft die Gelegenheit gehabt, meine Damen und Herren, die richtige Entscheidung zu treffen, zum Beispiel im Jahr 2000. Die damalige Werksleitung der städtischen Kliniken hat den Bau eines Parkhauses mit Integration eines Hubschrauberlandesplatzes bzw. einer Hubschrauberbasisstation vorgeschlagen.

(Ursula Gärtner [CDU]: Das ist ein Unterschied!)

CDU und FDP haben den Antrag damals im Gesundheitsausschuss zu einem Zeitpunkt abgelehnt, als die Beratung über das B-Planverfahren der Madausstraße begonnen hat. Dieses Verfahren hat deutlich gemacht, dass die CDU von Anfang an dafür war, die Hubschrauberbasisstation von dem Gelände fernzuhalten.

Am 12. März 2002 haben Sie die zweite Gelegenheit gehabt, die richtige Entscheidung zu treffen. Die Leitung der Merheimer Kliniken hat erneut eine Vorlage vorgelegt, wonach die Integration der Hubschrauberbasisstation im Rahmen eines Parkhauses möglich war. Ich zitiere: Der Bau des Start- und Landeplatzes auf dem Parkhausdach wird mit 2,5 Millionen Euro veranschlagt. Hierfür liegt eine Finanzierungszusage über eine Projektbeteiligung in Höhe von 1 Million Euro durch das Madaus-Projektunternehmen vor. - Auch dieser Vorschlag, meine Damen und Herren, wurde von der damaligen CDU/FDP-Koalition abgelehnt.

Aber auch SPD und Grüne griffen den Vorschlag nicht auf. Bei der Offenlage der Bebauungspläne für die Madausstraße bestand die SPD auf der Verlagerung des Hubschrauberlandeplatzes, ohne einen Alternativstandort überhaupt in Erwägung zu ziehen bzw. vorzuschlagen. Das ist in der Niederschrift des Stadtentwicklungsausschusses vom 14. März 2002 ganz klar nachzulesen.

Jetzt kommt die dritte Möglichkeit: Im Jahr 2005 schlugen die Merheimer Kliniken erneut vor, die Hubschrauberbasisstation in der Nähe der Kliniken anzusiedeln. Wieder wurde abgelehnt. Im Eilverfahren wurde 2005 der Kalkberg von CDU, SPD und Grünen mit dem Dezernenten Soénius durchgepeitscht. Auch damals hieß es, es gebe keine Alternative zum damaligen Investorenmodell. 2006 empfahl der Rechnungsprüfungsausschuss, dem Mietangebot nicht zu folgen. Der Deal platzte.

Jetzt, sechs Jahre später, wollen Sie den Kalkberg für'n Appel und 'n Ei kaufen und sich im Gegenzug dazu verpflichten, die Altlasten abzutragen. Der Rechnungsprüfungsausschuss rät erneut, diesen Weg nicht zu gehen. Die Verwaltung behauptet, ihr Projekt sei alternativlos. Das ist nicht nur das Unwort des Jahres, sondern auch weltfremd.

(Beifall bei der Linken - Beifall auf der Zuschauertribüne)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Moment. - Ich darf Sie auf der Tribüne herzlich bitten, jede Kundgebung von Ihrer Seite ab jetzt zu stoppen. - Danke schön.

Bitte.

**Jörg Detjen (Die Linke.):** Sie, meine Damen und Herren, haben eine Alternative systematisch verbaut, und statt 2,5 Millionen Euro wollen Sie nun 11 Millionen Euro am Kalkberg verbuddeln. Dafür ist der Hubschrauberlandeplatz nicht mehr in Merheim, wo er verwurzelt war, sondern wird nun als Giftpilz in Kalk und Buchforst eingepflanzt.

Ich möchte die vielen guten Argumente der Bürgerinitiative hier und heute nicht wiederholen, dazu reicht meine Redezeit nicht aus. Ich möchte Sie aber ermuntern: Machen Sie weiter! Der Kalkberg ist noch nicht bebaut, der Hubschrauber ist noch nicht da. Der Rat hat dreimal die Chance verpasst, einen ordentlichen Standort für die Hubschrauberbasisstation in Merheim zu beschließen. Der Hubschrauberlandeplatz gehört heute an den Flughafen. Deshalb folgen Sie unserem Antrag. - Danke schön.

(Beifall bei der Linken - Beifall auf der Zuschauertribüne)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Ich kann die Ansage, was die Tribüne betrifft, noch einmal wiederholen. Vielleicht geht es beim nächsten Mal aber auch besser, und Sie unterlassen es. - Vielen Dank für das Verständnis. Es gibt einfach Regeln, an die wir uns alle halten müssen.

Herr Peil, bitte.

**Stefan Peil (Bündnis 90/Die Grünen):** Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Gäste auf der Tribüne! Es ist klasse, dass Jörg Detjen so ein tolles Geschichtsbewusstsein hat.

(Karsten Kretschmer [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber vieles vergisst!)

Die eine oder andere Kleinigkeit kann man aber vielleicht auch anders bewerten, werden wir heute auch anders bewerten, und die eine oder andere Kleinigkeit wurde nicht erwähnt. Ich werde versuchen, darauf einzugehen.

Wir sind einen ziemlich langen Weg gegangen, um auf einen ziemlich kleinen Hügel zu kommen. Seit dem Ratsbeschluss zum Rettungshubschrauber vom 15. Juli 2005 sind sechseinhalb Jahre vergangen. In dieser Zeit wurde verhandelt, kommuniziert, prozessiert, begutachtet und im Gesundheitsausschuss gefühlt mindestens 20-mal debattiert. All diese Aktivitäten haben ein wesentliches Ergebnis hervorgebracht: Es gibt in Köln keinen besseren Standort für den Rettungshubschrauber als den Kalkberg, und das, obwohl wir wissen, dass der Standort nicht nur Vorteile, sondern auch Nachteile hat.

Wir befinden uns in einem Zielkonflikt zwischen der zusätzlichen Belastung für die Menschen, die in unmittelbarer Nähe des vorgesehenen Start- und Landeplatzes leben, einerseits und den Interessen aller Kölnerinnen und Kölner andererseits. Wir haben in diesem Prozess gelernt, dass für die Menschen in der Umgebung des Kalkbergs schon jetzt eine erhebliche Belastung durch den Lärm der Autobahn und der Eisenbahn vorliegt. Trotzdem werden wir den Beschluss nach sorgfältiger Abwägung aller Interessen fassen.

Warum machen wir das, wenn wir wissen, dass bei allen zusätzlichen Maßnahmen noch eine weitere Lärmbelastung für die Anwohnerinnen und Anwohner dazukommt? Das für mich wichtigste Argument: Von der Verwaltung wurden 33 mögliche Standorte in Köln geprüft. Übrig geblieben ist der Kalkberg, weil er der zentrale Punkt im Kölner Stadtgebiet ist, der sicherstellt, dass der Rettungshubschrauber in den vorgeschriebenen zwölf Minuten im gesamten Stadtgebiet die Rettung von plötzlich schwer Erkrankten - Schlaganfälle und Herzinfarkte sind hier nur zwei Stichpunkte - und Unfallopfern ermöglicht. Nur selten, aber doch immer wieder liegt die berühmte Minute zwischen Leben und Tod. Noch viel häufiger geht es bei der schnellen Versorgung um die Alternative zwischen einem selbstbestimmten Leben und schwerwiegender lebenslänglicher Behinderung oder gar langem Koma.

Hinzu kommt: Der Kalkberg steht zur Verfügung. Er hat das luftrechtliche Genehmigungsverfahren erfolgreich durchlaufen. Es gibt keine rechtlichen Hindernisse mehr. Wichtige Krankenhäuser im

Innenstadtgebiet und in Kalk sind in der Regel in wenigen Minuten erreichbar.

Die Krankenkassen, die die Kosten für das Vorhaben über Gebühren refinanzieren werden, haben signalisiert, dass sie den Standort akzeptieren. Es gibt An- und Abflugzonen über nicht bebautem Gebiet der Autobahntrasse. Das führt dazu, dass sich die Belästigung der Bevölkerung in Grenzen hält, ohne dass wir sagen können: Es gibt keine Belästigung.

Der Hügel Kalkberg ist durch seine Lage und Höhe für Starts und Landungen geeignet, ohne dass zusätzliche Baumaßnahmen in die Höhe notwendig sind. Am Rande bemerkt: Die Flugbewegungen finden nur bei Tageslicht statt.

Wir haben viele Argumente berücksichtigen müssen, um zu der Entscheidung zu kommen. Dazu gehörte insbesondere die Frage: Kann der Hubschrauber nicht am Flugplatz bleiben? Wir wissen, der Flugplatz selbst hat es abgelehnt. Aber wir wissen auch, dass die Flugbewegungen des Hubschraubers durch die normalen Flüge reduziert sind, dass eine Unterbringung der Besatzungen in unmittelbarer Nähe des Hubschraubers, die nötigen Ruhezeiten und die sanitären Anlagen kaum möglich sind bzw. nur unter erschwerten Bedingungen. Das schließt den Standort aus.

Die Lärmbelastung der Bevölkerung ist ein wichtig zu beachtendes Kriterium.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Hört, hört!)

Deswegen wollen wir noch einmal sagen: Wir versuchen zunächst einmal - das ist in dem Beschluss vorgesehen -, sie so weit wie möglich zu verringern. Die Aufbauten auf dem Kalkberg - Hangars und Ruheräume - werden so errichtet, dass sie gleichzeitig als Lärmschutz dienen. Es soll das leiseste Fluggerät beschafft werden, das auf dem Markt ist. Soziale Einrichtungen - Kindergärten, Altenheime usw. - werden Schallschutzfenster bekommen. Die Waldecker Straße wird zurückgebaut und dadurch der Lärm im Stadtteil etwas verringert.

Aber - das will ich noch hinzufügen - nach einer Begehung im Stadtteil - auch im heutigen Zustand - bin ich der Auffassung, dass wir mit den Maßnahmen nicht aufhören dürfen, sondern zusammen mit den Menschen, die dort leben, nach weiteren Möglichkeiten suchen müssen, die allgemeine und spezielle Lärmbelastung zu verringern - sicherlich eine Aufgabe für die nächsten Monate.



Jeder Kölner Bürger und jede Kölner Bürgerin hat einen berechtigten Anspruch auf möglichst schnelle und kompetente Versorgung in Notfällen, um Leben zu retten und gesundheitliche Schäden so weit wie möglich zu reduzieren. Gerade deshalb brauchen wir den Kalkberg als Start- und Landeort für den Rettungshubschrauber.

Ich möchte mich an dieser Stelle, nicht weil Weihnachten ist, sondern das gilt für jeden Tag, herzlich bei den Frauen und Männern bedanken, die sowohl an Weihnachten als auch jeden Tag in solch engagierter Weise für uns im Rettungsdienst arbeiten. Viele Städte hätten gern einen so gut funktionierenden Rettungsdienst.

Ausnahmsweise möchte ich mich auch bei der Verwaltung bedanken. Es hat lange gedauert, aber die Verwaltung hat in der Zeit gearbeitet. Ich bin froh, dass es in dieser Sache so viel Offenheit gegeben hat. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Schönen Dank, Herr Peil. Das Lob an die Verwaltung ist angekommen, Herr Neuhoff.

Herr Houben, bitte.

**Reinhard Houben (FDP):** Eine kurze Bemerkung: Ich kann mich den Ausführungen des Kollegen Peil inhaltlich nur anschließen. - Herr Detjen, das, was Sie formulieren, ist blanker politischer Populismus.

(Beifall bei der FDP sowie bei Teilen der CDU)

Sie erzählen uns die ganze Zeit, wie toll Merheim ist. Wenn man dann Ihren Antrag liest, stellt man fest, dass wir die nächsten Jahre doch in Porz bleiben müssen. Eins ist klar: Der Standort Flughafen ist überhaupt nicht geeignet. Weil wir da schnell wegmüssen, wird es hier eine breite Mehrheit für die Verwaltungsvorlage geben. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Teilen der CDU)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Schönen Dank, Herr Houben. - Herr Wiener.

**Markus Wiener (pro Köln):** Frau Bürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte mich auch relativ kurz fassen. Die Argumente der beiden Seiten wurden ausgetauscht. In der Bezirksvertretungssitzung in Kalk war das letztens auch ein Thema. Stadtdirektor Kahlen, den ich ansonsten sehr schätze, hat noch einmal sehr langatmig begründet, warum nur der Kalkberg geht und es überhaupt keine Alternative gibt. Dann werde ich immer hellhörig. Ich will aber nicht mehr in die Sachdebatte einsteigen. In dem Papier, das vor der Ratssitzung verteilt wurde, steht viel Richtiges. Auch Herr Detjen hat ausnahmsweise ein paar richtige Dinge gesagt.

Ich möchte eines zu bedenken geben: Bei solchen Standortfragen von Einrichtungen, die nicht sehr beliebt sind, weil sie mit Belastungen für die Anwohner verbunden sind, gibt es immer die besten Argumente für einen gewissen Standort. Die Leute, die dort wohnen, haben aber komischerweise eine andere Einstellung. Es gilt immer das Sankt-Florians-Prinzip: Letztendlich will es keiner haben.

Die Sachargumente überzeugen nicht immer. Deswegen sage ich: Es ist eine Frage der Lobby. Warum landen solch unbeliebte Einrichtungen immer eher in Stadtteilen wie Kalk und nicht in Lindenthal oder in Marienburg, in Hahnwald oder wo auch immer? Das ist eine Frage der Lobby, die dahintersteckt. Ich kann an dem Punkt nur sagen: Pro Köln ist nicht überzeugt von den Sachargumenten für den Standort Kalkberg. Wir werden ihn ablehnen. Wir sind der Ansicht, dass nicht immer alle unangenehmen Einrichtungen in die sowieso schon benachteiligten Stadtteile abgeschoben werden können, weil man glaubt, man könne es sich mit den Anwohnern dort vielleicht leichter machen, die nicht bzw. nicht so schnell oder so effektiv einen Widerstand organisieren können. Da spielt pro Köln nicht mit. Wir werden den Standort Kalkberg ablehnen. - Danke.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann möchte ich zunächst über den Änderungsantrag der Linken und von Herrn Zimmermann abstimmen lassen. Wer ist für den Änderungsantrag? - Das sind Die Linke, Herr Zimmermann und pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Dann möchte ich über den Änderungsantrag von Herrn Hoffmann abstimmen lassen. Wer ist für

den Änderungsantrag? - Die Linke, Herr Zimmermann und pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Ich sehe keine. Dann ist dieser Änderungsantrag auch abgelehnt.

Dann lasse ich über den Verwaltungsvorschlag in geänderter Form abstimmen, so wie die BV es beschlossen hat, nämlich ein Konzept für die Realisierung einer Aussichtsplattform in geeigneter Lage mit besonderer Zuwegung als ergänzende Nutzung zur Hubschrauberbetriebsstation auf dem Kalkberg zu entwickeln und Finanzierungsmöglichkeiten entsprechend darzustellen. Wer ist für die Vorlage? - Das sind die CDU, die SPD, die Grünen und die FDP. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist sie angenommen.

Jetzt kommt Herr Oberbürgermeister, und ich bin mal weg.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Es geht weiter mit dem Tagesordnungspunkt 6:

## 6 Ortsrecht

### 6.1 Satzungen

#### 6.1.1 Zweitwohnungssteuer „Einliegerwohnungen und Zweifamilienhäuser“ 4512/2011

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Herr Breite, bitte.

**Ulrich Breite** (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Selten habe ich so ein Gewürge der Verwaltung gesehen, wenn es darum geht, etwas gutzumachen, das sie sich selber eingebrockt hat. Mit der Zweitwohnungssteuer wollten wir es ermöglichen, dass Studenten, die hier nur ihren Zweitwohnsitz haben, einen Erstwohnsitz bekommen, weil wir dann Landesförderung erhalten. Plötzlich traf die Satzung aber auch Kölnerinnen und Kölner mit Einliegerwohnungen und Zweifamilienhäusern, die sie selbst oder ihre Verwandten nutzten. Noch am 21. November gab es eine Mitteilung der Verwaltung, in der es hieß: Nein, wir möchten alles beibehalten. - Jedoch machten schon Leserbriefe klar, dass die Kölnerinnen und Kölner nicht verstehen können, warum sie plötzlich Zweitwohnungssteuer zahlen sollen, wenn sie doch schon immer ihren Erstwohnsitz hier hatten.

Die Verwaltung hat dann, auch wenn sie anderer Meinung ist, eine Verwaltungsvorlage in den Finanzausschuss eingebracht, um diesen Irrsinn abzuschaffen. Normalerweise kennt man nur eine einheitliche Verwaltungsmeinung, hier war sie ein bisschen gespalten. Sei's drum!

Gerade durch den Druck der Politik, aber auch der Öffentlichkeit haben wir jetzt die Möglichkeit, das zu reparieren. Das ist eine gute Sache für alle, die Einliegerwohnungen und Zweifamilienhäuser haben, die sie selber bzw. ihre Eltern oder andere Verwandte nutzen. Damit können sie nicht mehr zu der Zweitwohnungssteuer herangezogen werden. Denn das, meine sehr verehrten Damen und Herren - wir werden nachher noch über andere Steuerarten reden -, war wirklich ein Irrsinn, der abgeschafft gehört. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP sowie bei Teilen der CDU)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Gibt es weitere Wortmeldungen? - Bitte schön, noch einmal die FDP.

**Manfred Wolf** (FDP): Herr Oberbürgermeister! Sehe ich es richtig, dass ein Vermieter, der ein Mehrfamilienhaus hat und einem Mieter aus sozialen Gründen - der Mieter ist zum Beispiel arbeitslos geworden - die Miete nachlässt, dann Zweitwohnungssteuer bezahlen muss?

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das geht doch nicht! Da steht doch extra: vermietete Objekte! Das bleibt vermietet!)

- Ich kann doch an einen Verwandten auch mit null vermieten. Das kann ja nicht die Lösung sein. Es muss ja nicht das Ein- oder Zweifamilienhaus sein.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Die Frage ist gestellt, die Antwort kommt später.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Dafür ist Herr Kahlen zuständig! - Zuruf von Martin Börschel [SPD])

Wir kommen dann zur Abstimmung, wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen. Wer gegen die Verwaltungsvorlage ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer enthält sich? - Damit ist sie

einstimmig angenommen. Die Antworten auf die Fragen von Herrn Bürgermeister Wolf werden nachgereicht.

Zu Tagesordnungspunkt 6.1.2:

**6.1.2 10. Satzung zur Änderung der Satzung der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln  
4021/2011**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lassen wir abstimmen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist das so angenommen.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt:

**6.1.3 1. Satzung zur Änderung der Abfallsatzung der Stadt Köln  
4312/2011**

Ich schaue mich um, ob es dazu Wortmeldungen gibt. - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 6.1.4:

**6.1.4 Köln-Pass: Erlass einer Satzung zur Förderung von Sozialtickets im ÖPNV  
4267/2011**

Das ist eine Verwaltungsvorlage, wie sie im Finanzausschuss abgestimmt wurde, Neufassung Anlage 1. Diese liegt Ihnen vor. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist die Vorlage angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 6.1.5:

**6.1.5 Erhöhung des Hebesatzes für die Grundsteuer B  
4871/2011**

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Antrag auf Unterbrechung der Sitzung!)

- Herr Frank bittet um Unterbrechung der Sitzung.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Wir können doch zum nächsten Tagesordnungspunkt übergehen!)

- Wenn der Wunsch von einer Fraktion geäußert wird, dann unterbrechen wir für etwa zehn Minuten.

(Zuruf von der FDP: Das merke ich mir, Herr Oberbürgermeister!)

- Ja.

(Unterbrechung von 16.43 bis 17.06 Uhr)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Wir fahren fort in unserer Sitzung. Wir waren beim Tagesordnungspunkt 6.1.5, Erhöhung des Hebesatzes für die Grundsteuer B.

Es kommt ein weiterer Antrag von Herrn Frank zur Geschäftsordnung?

**Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen):** Ja, richtig, ein Antrag zur Geschäftsordnung. Wir möchten darum bitten, die von Ihnen aufgerufene Vorlage zu vertagen, da noch Beratungsbedarf besteht.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Börschel, bitte.

**Martin Börschel (SPD):** Vielen Dank. - Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte gegen die Vertagung sprechen. Die Bürgerinnen und Bürger haben nach unserer festen Auffassung einen Anspruch auf Klarheit. Der Rat hat in der Novembersitzung mehrheitlich folgenden Beschluss gefasst:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Winterdienstkosten aus dem Haushalt zu finanzieren. Dazu hat sie dem Rat zur Deckung der ungedeckten Winterdienstkosten eine Satzung zur Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer B um 15 Prozentpunkte

- also 3 Prozent -

ab 01.01.2012 zur Entscheidung vorzulegen.

Nichts anderes tut die Verwaltung heute.

Wir haben noch folgenden Umstand: Ende Januar werden die Grundsteuerbescheide an die Kölner Haushalte verschickt. Würde der Beschluss heute vertagt, hätte das zur Folge, dass die Kölnerinnen und Kölner Grundsteuerbescheide mit 500 Punkten bekommen, obwohl offenkundig bei den

Antragstellern der Grünen die Absicht besteht, eine noch größere Erhöhung durchzusetzen. Das halten wir nicht für vermittelbar.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Gibt es weitere Wortmeldungen dazu? - Herr Granitzka, bitte.

**Winrich Granitzka** (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die CDU-Fraktion schließt sich der Meinung der SPD an. Wir würden jetzt auch gerne darüber abstimmen. Die Bürger haben lange genug darauf gewartet, ob es eine solche Schneesteuer gibt oder nicht. Wir möchten jetzt auch abstimmen.

(Beifall bei Teilen der CDU)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Okay. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Sterck, bitte.

**Ralph Sterck** (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich möchte noch das Abstimmungsverhalten unserer Fraktion erläutern. Wir stimmen dem Vertagungsantrag zu, weil jeder Monat, in dem die Schneesteuer in Köln nicht erhoben wird, ein guter Monat ist. Deswegen stimmen wir dem Antrag der Grünen zu.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Gibt es weitere Wortmeldungen zu dem Geschäftsordnungsantrag? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung über den Antrag. Wer für die Vertagung des Antrags ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der Grünen und die Fraktion der FDP. Wer Enthält sich? - Bei Enthaltung von Herrn Zimmermann und der Fraktion pro Köln ist der Antrag abgelehnt.

Damit kommen wir zur Beratung über diesen Tagesordnungspunkt. Wenn es dazu Wortmeldungen gibt, bitte ich um das Handzeichen. - Ich schaue mich um und sehe Herrn Breite.

(Ralph Sterck [FDP]: Hau drauf! - Beifall bei der FDP)

**Ulrich Breite** (FDP): Herr Oberbürgermeister! Ich bin ein bisschen überrascht von der Situation, dass ich hier als Erster stehe. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe festgestellt, dass wir doch im heiligen Köln leben; denn meine Gebete sind erhört worden. Heute haben wir die Entscheidung zur Schneesteuer zu treffen, und es hat tatsächlich in Köln geschneit.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Du alter Heide betest doch sowieso nicht!)

Da konnten die Bürgerinnen und Bürger schon einmal sehen, ob sich der Winterdienst wirklich verbessert hat, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Christtraut Kirchmeyer erzählte mir von einem Bericht in Radio Köln, dass es Probleme gegeben habe. Laut einem Sprecher der AWB habe man nicht mit so viel Schnee gerechnet. Damit fängt es an, und die Kölner Bürgerinnen und Bürger sagen: Dafür müssen wir zahlen? Das kann ja wohl nicht sein.

Um 7.56 Uhr bekam ich von unserem Kollegen Volker Görzel eine E-Mail: Auf der Neusser Straße ist bis jetzt definitiv kein Räumfahrzeug gesichtet worden. - Ich habe Zweifel, ob das neue Winterdienstkonzept heute funktioniert, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP - Dr. Nils Helge Schlieben [CDU]: Das ist der Winterschlaf!)

Es funktioniert nicht, aber die Schneesteuer soll heute beschlossen werden. Das kann in der Form ja wohl nicht sein.

Es ist wichtig, dass es heute geschneit hat. Viele Straßen werden sowieso nicht geräumt, obwohl die Bürgerinnen und Bürger zahlen müssen. Das heißt, sie erleben es jetzt wirklich und nicht so wie in der letzten Ratssitzung, als ich das noch bildlich angesprochen habe. Nein, sie haben es heute in der Realität erlebt. Sie mussten Schnee schippen und dürfen jetzt auch noch Steuern dafür zahlen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Man sollte bei der Vorlage - darum haben wir die Problematik - auch das Kleingedruckte lesen; ich

meine die Begründung der Beschlussvorlage.  
Zitat:

Über eine weitere Erhöhung der Grundsteuer B wird als Teil des von der Verwaltung vorzulegenden Sanierungskonzeptes möglicherweise zu entscheiden sein.

Mit dieser Vorlage einer Steuererhöhung, über die wir heute zu entscheiden haben, wird sofort die nächste Erhöhung der gleichen Steuerart angekündigt, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Ralph Sterck [FDP]: Hört, hört!)

Ja, wo leben wir denn? Wenn, dann macht man sofort eine Gesamtsteuererhöhung. Dann können wir darüber debattieren. Hier werden die Bürgerinnen und Bürger scheinbarweise abkassiert. Das muss in diesem Rat auch einmal gesagt werden.

(Ralph Sterck [FDP]: Die Sonnensteuer kommt jetzt! - Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Fenstersteuer!)

Der Kölner Haus- und Grundbesitzerverein hat recht, meine sehr verehrten Damen und Herren. Auf der einen Seite lassen Rot und Grün mit diesen Steuererhöhungen die Mieten in Köln steigen. Auf der anderen Seite beklagen sie die hohen Mieten in Köln. Das ist rot-grüne Schizophrenie, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Dann wird - auch heute schon - auf den Haushaltsplanentwurf, auf die mittelfristige Finanzplanung verwiesen. Es gibt einen Sanierungsbeschluss des Stadtvorstandes vom 13. September 2011, dass man im Jahr 2013 45 Millionen Euro einsparen möchte, 2014 zusätzlich 40 Millionen Euro, und 2015 sollen noch einmal zusätzlich 35 Millionen Euro Einsparungen kommen. Dies soll durch Aufgabenkritik, Standardüberprüfung und Ertragssteigerungen geschehen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, die CDU-Fraktion hat im Finanzausschuss eine Anfrage gestellt. Zu der Frage der Aufgabenkritik: keine Aussage. Zur Standardüberprüfung: keine Aussage.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Genau!)

Aber bei Steuererhöhungen sind Rot-Grün sofort dabei, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Obwohl die Stadt sparen soll und muss, weiß sie immer noch nicht, wie es funktioniert. Wie man bei den Kölnerinnen und Kölnern abkassieren kann, weiß Rot-Grün dagegen ganz genau. Das sieht man an der Vorlage.

(Beifall bei Teilen der CDU)

In der Erhöhung von Steuern und Abgaben sind SPD und Grüne ganz fix. Sparen dagegen gehört nicht gerade zu ihrem Naturell. Sind die Einnahmen der Stadt wirklich so dramatisch eingebrochen, dass wir einen finanziellen Notstand haben, meine sehr verehrten Damen und Herren? Die Kämmerin hat es schon ausgeführt: Bei der Gewerbesteuer haben wir nur 954 Millionen Euro eingenommen, geplant war über 1 Milliarde Euro. Wir haben eine Differenz von 60,2 Millionen Euro. Wenn man die Latte bei den Einnahmen aus der Gewerbesteuer so hoch hängt, darf man sich nicht wundern, wenn sie nachher gerissen wird.

Vergleichen wir einmal die Steuereinnahmen aus der Gewerbesteuer in den beiden Jahren davor. Siehe da, wir haben im Vergleich zu 2010 46 Millionen Euro mehr Gewerbesteuereinnahmen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Jetzt werden Sie sich besonders wundern: Wir haben sogar 160 Millionen Euro mehr Einnahmen aus der Gewerbesteuer als vor zwei Jahren, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Wir haben kein Einnahmeproblem, wir haben ein Ausgabenproblem in der Stadt.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und der CDU)

Ich möchte deutlich sagen: Wird bei den Ausgaben etwas passieren, weil wir ein Ausgabenproblem haben? - Nein. Haben wir ein Einnahmeproblem? - Haben wir nicht. Wir werden aber einfach weiter die Steuern erhöhen und nicht an die Ausgaben herangehen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist falsch. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Danke schön, Herr Breite. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Börschel, bitte.

**Martin Börschel (SPD):** Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe zunächst eine Frage an die Stadtkämmerin. Zum Ersten: Ist eine Entscheidung über die Anhebung der Grundsteuer, wie heute vorgelegt, aus Ihrer Sicht verzichtbar? Zum Zweiten: Bis wann müssen nach Ihrer Einschätzung die Bescheide verschickt bzw. verwaltungsintern fertiggestellt worden sein, damit der Fälligkeitstermin Mitte Februar eingehalten werden kann?

**Stadtkämmerin Gabriele C. Klug:** Die Vorlage der Verwaltung macht deutlich, dass eine Anhebung der Grundsteuer unverzichtbarer Teil des Sanierungskonzeptes der Verwaltung ist.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Gibt es doch noch gar nicht!)

Wir haben gesagt, wir müssen Ergebnisverbesserungen erzielen. Das tun wir prioritär - auch das ist in diesem Hause bereits gesagt worden - durch Ausgaben- und Standardreduzierungen. Wir müssen aber auch Einnahmeverbesserungen erzielen. Deswegen sieht die Vorlage so aus, wie sie aussieht. Die Verwaltung hatte den Auftrag - und ist dem gefolgt -, jetzt 15 Prozentpunkte vorzulegen. Das haben wir umgesetzt. Unter Beachtung der Rechtssicherheitsaspekte ist die Verwaltung gehalten, zum schnellstmöglichen Zeitpunkt nach Inkrafttreten der Satzung bzw. zum Ende des Kalenderjahres die entsprechenden Bescheide herauszuschicken. Alles andere führt zu Rechtsunsicherheit, was die Bescheide anbelangt.

Wenn Sie die Frage aber sehr grundsätzlich stellen, dann ist natürlich auch eine mehrfache Bescheidung möglich; wir haben das alles einmal nachgelesen. Theoretisch gibt das Gesetz 25 Bescheide her. Blöd wäre, wer so etwas tut. Das wissen wir genauso gut.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Dann kommt Herr Frank. Bitte.

**Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen):** Herr Oberbürgermeister! Werte Kolleginnen und Kollegen! Herr Breite hat uns eben mit einer euphorischen Rede beglückt. Ich muss sagen: Die Rede hatte zum Teil schon sektiererische Züge. Das begründet sich auch darin, wenn man sich vor Augen führt, wo sich die FDP derzeit befindet.

(Christtraut Kirchmeyer [FDP]: Zur Sache! - Weitere Zurufe)

Weil die FDP mit ihrer landes-, bundes- und kommunalweit gestreuten Politik der Steuersenkungen brachial gescheitert ist und die Fünfprozentgrenze inzwischen deutlich unterschritten hat,

(Christtraut Kirchmeyer [FDP]: Zur Sache!)

Herr Breite, ist das, was Sie vorschlagen, sicherlich nicht die Politik, die bei uns beraten wird, über die wir uns Gedanken machen bzw. über die wir uns aufgrund der schwierigen Problemlage der städtischen Finanzen den Kopf zerbrechen.

(Zuruf von Reinhard Houben [FDP])

Da leben Sie wirklich nicht in der Realität.

(Henk van Benthem [CDU]: Das habt ihr gerade nötig!)

Man muss erst einmal mit einem Grundsatz aufräumen, den Sie von der FDP, aber auch von der CDU aus Marketinggesichtspunkten gerne gepflegt haben, nämlich dass eine Grundsteuererhöhung irgendetwas mit der Optimierung des Winterdienstes zu tun hätte.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Natürlich!)

Die Optimierung des Winterdienstes ist eine Leistung der Stadt Köln, die auf breiter Grundlage steht, für die alle hier im Rat gestimmt haben, die sicherlich auch aufgrund der klimatischen Verhältnisse notwendig ist. Insofern waren die Forderungen der Bürgerinnen und Bürger berechtigt.

(Unruhe)

Wir hatten dann die Frage zu beantworten - man muss schon zuhören, Sie können sich ja gleich melden -, wie wir das finanzieren. Es gibt die Möglichkeit einer klassischen Gebühr. Soweit ich es in Erinnerung habe, war keine demokratische Fraktion dafür, den Weg einer Gebühr zu nehmen, weil sich eine Gebühr nicht so gerecht

gestalten lässt, wie es gemeinhin gewünscht wird. - Thema durch! Dann bleibt nur die Finanzierung aus dem allgemeinen Haushalt bzw. überhaupt aus dem Haushalt; einen allgemeinen Haushalt in dem Sinne gibt es ja nicht mehr, wir haben ein allgemeines Defizit.

Vor diesem Hintergrund und vor dem Hintergrund, dass viele Aufgaben in der Stadt, die alle für notwendig halten, nicht finanziert sind, auch im Haushaltsplanentwurf nicht ausreichend finanziert sind, stellt sich die Frage der Einnahmeerhöhungen. Es stellt sich auch die Frage der Aufgabenreduzierungen, der Effizienzsteigerung und des Abbaus von Leistungen. All diese Dinge sind in den Haushaltsplanberatungen zu diskutieren. Die Verwaltung sagt, dass Sie uns dazu Vorschläge macht. Zu einem solchen Sanierungskonzept gehört die Frage der Einnahmesteigerung. Aus den Beratungen, die wir in der Fraktion geführt haben, lässt sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht genau definieren, über welche Instrumente die Einnahmesteigerung zu erfolgen hat. Dabei spielt die Grundsteuer sicherlich eine Rolle. Deswegen stößt eine Grundsteuererhöhung bei uns grundsätzlich auf Zustimmung.

Wenn Sie im Finanzausschuss genau zugehört haben - darin sind auch Mitglieder von CDU und FDP -, dann wissen Sie, dass sich die Finanzlage sehr drastisch verschärft hat. Das heißt, wir haben nicht die Gewerbesteuererinnahmen, die wir gemeinhin über die letzten fünf, sechs Jahre hatten. Das ist doch der Level, von dem man ausgeht. Man kann sich doch nicht das niedrigste Niveau aussuchen, Herr Breite -

(Zurufe von FDP und pro Köln)

das ist doch völliger Blödsinn -, sondern man muss davon ausgehen, wo wir zum Beispiel in den Jahren 2006, 2007 und 2008 gestanden haben.

(Volker Görzel [FDP]: War doch auch höher!)

Wir wissen, dass es zwar Einnahmeerhöhungen bei den Steuern auf den anderen Ebenen gegeben hat, aber diese Entwicklung ist an Köln offenbar ziemlich vorbeigerauscht. Ich kann das hier nicht analysieren, dafür ist die Zeit nicht da. Aber eins ist klar: Sie werden sich damit auseinandersetzen müssen.

(Zuruf von der FDP: Setzen, sechs!)

Ihre Art und Weise, damit umzugehen, wird dann unehrlich, wenn ich allein die Ratsanträge aufzähle, die Sie in den letzten vier Sitzungen gestellt haben.

(Zuruf von der FDP: Zur Sache!)

Das waren Wunschkarte, die selbst der Weihnachtsmann nicht schultern kann. Ich erinnere an die Debatte über die „KiWi-Tasche“ vor einer halben Stunde. Da endet das Ganze schon in Absurdität.

(Zuruf von der FDP: Mit 50.000 retten Sie unseren Haushalt!)

Sie von CDU und FDP legen immer drauf-immer neue Aufgaben, immer neue Finanzierungen -, aber wenn es darum geht, über Haushaltskonsolidierung nachzudenken, dann tauchen Sie weg und ergeben sich in billiger Polemik. Insofern sollten Sie die Gelegenheit nutzen, sich der Haushaltssanierungsdiskussion ernsthaft zu stellen. - Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Henk van Benthem [CDU]: Schon gut, dass Sie kein Kämmerer geworden sind!)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** So weit Herr Frank. - Ich will darauf hinweisen, dass es noch Wortmeldungen von Herrn Börschel und von Herrn Ludwig gibt.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Herr Börschel war schon mal dran! Jetzt sind wir dran!)

- Ja. Das war eine Frage. Jetzt kommen Sie nacheinander dran. Jeder hat die Chance, sich zu melden.

**Martin Börschel (SPD):** Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann mich den Ausführungen des Kollegen Frank im Wesentlichen anschließen. Wozu führt das?

(Zurufe von der FDP: Oh! - Volker Görzel [FDP]: Glaube ich Ihnen nicht!)

- Doch, Herr Görzel, seien Sie nicht so misstrauisch. Das ist so. Ich ziehe daraus aber weitergehende Schlüsse. Wenn Sie mir folgen wollen, dann versuche ich, selbst Sie mit auf die Reise zu nehmen.

Herr Kollege Frank hat dargestellt, dass die Haushaltslage der Stadt Köln prekär ist. Das ist von der Stadtkämmerin eben bestätigt worden und auch gestern im Finanzausschuss einmal mehr von ihr erwähnt worden. Das führt nach einer intensiven Debatte - zumindest die Mehrheit des Rates von SPD, Grünen und Oberbürgermeister Roters - dazu, dass wir uns derzeit nicht in der Lage sehen, Leistungsausweitungen der Stadtverwaltung oder städtischer Betriebe - selbst wenn sie zur Daseinsvorsorge gehören, was der Winterdienst tut, das will ich ausdrücklich sagen - zu stemmen, ohne gleichzeitig die Einnahmeseite des Haushalts zu verbessern. Daher haben wir uns gemeinsam mit den Grünen zu der schmerzhaften, aber aus unserer Sicht unumkehrbaren Entscheidung durchgerungen, die Grundsteuer B um 15 Punkte, also 3 Prozent, anzuheben.

Wer weiß, dass die Grundsteuer B seit 15 Jahren unverändert ist und anders als die Einkommensteuer, die Umsatzsteuer oder Ähnliches nicht etwa jährlich um die Inflationsrate mitwächst, weil sie gefixt ist, sondern real für die Stadt Köln, was die Einnahmeseite angeht, um die jährliche Inflation an Wert verliert, der kann sehen, dass eine der wichtigsten Einnahmequellen der Stadt Köln auf Dauer zur Erbringung ihres Leistungsspektrums nicht ausreicht.

Insofern - langer Rede, kurzer Sinn - hat sich die SPD gemeinsam mit den Grünen entschieden: Der Winterdienst, der aus Haushaltsmitteln zu finanzieren ist, bedarf einer Refinanzierung über eine Erhöhung der Grundsteuer um 3 Prozent.

Wer heute den Beschluss, den SPD, Grüne und Oberbürgermeister Roters im November getroffen haben, den ich eben bei der Frage zur Vertagung zitiert habe, nicht fasst, kann nur zwei Motive haben. Entweder er negiert das, was Kollege Frank eben gesagt hat, was die Stadtkämmerin gestern im Finanzausschuss ausgeführt hat und sagt: Alles egal, wir sind ohnehin nicht in der Verantwortung, wir sind Opposition. Wir haben uns insofern um nichts zu scheren und lehnen die Steuererhöhung ab. Es ist egal, zu welchem Ergebnis das führt.

(Zuruf von der FDP: Wollen die Grünen ja gern!)

Oder - das ist Alternative zwei - man möchte mehr. Der, der mehr will, muss das auch sagen; denn sonst könnte man heute die 15 Punkte, die 3 Prozent, beschließen. Wenn jemand mehr will

und heute nicht beschließt, führt das im Ergebnis zu folgendem Umstand - die Stadtkämmerin hat das eben auf meine Frage hin bestätigen müssen -: Jeder Beschluss, der nicht spätestens in den Tagen nach Weihnachten gefasst wird, führt dazu, dass die Stadtverwaltung Bescheide herauschicken muss, erstens um Rechtssicherheit zu erzeugen und zweitens um eine dramatische Lücke in der Liquidität zu vermeiden. Der 15. Februar ist nun einmal - jeder Haus- und Grundeigentümer weiß das - einer der Einzugszeitpunkte in den Bescheiden. Wenn die Stadt Köln zum 15. Februar nicht ein Viertel des Aufkommens der Grundsteuer B vereinnahmt, führt das zu einem explosionsartigen Anwachsen von Kassenkrediten, denn irgendwoher muss die Stadt Köln ihre Liquidität nehmen.

Wer den Beschluss heute nicht fasst, nimmt in Kauf, dass die Bürgerinnen und Bürger, obwohl man möglicherweise im Schilde führt, mehr vereinnahmen zu wollen, Ende Januar einen Bescheid bekommen, in dem steht: Die Grundsteuer wird auf 500 Punkte festgesetzt. - Dann wundern sich die Leute und fragen sich: Haben wir die Ratsmehrheit nicht gerade noch dafür kritisiert, dass sie 515 Punkte haben wollte? Komisch, aber in Köln passieren Wunder. Dann haben die sich wohl eines Besseren besonnen, und es bleibt bei den 500 Punkten.

(Ulrich Breite [FDP]: Einiges Köln!)

Dann kommen die Haushaltsplanberatungen. Jeder, der sich nicht beharrlich verweigern will, wird erkennen, dass die Haushaltssituation in der Tat prekär ist. Das heißt, man wird - die Kämmerin hat eben darauf hingewiesen - zu der Erkenntnis kommen müssen, dass eine Anhebung der Grundsteuer um die 15 Punkte, also 3 Prozent, am Ende ohne vernünftige Alternative ist. Nichts im Leben ist alternativlos, die Alternative muss immer nur besser sein. Wir glauben, so schmerzhaft es ist, eine bessere Alternative gibt es nicht.

Fünf Wochen später bekommen die Leute also den Hinweis: Der weise Rat hat beschlossen. Früher waren es mal 515, aber nur beabsichtigt, gekommen ist ein Bescheid mit 500, das ist echt. Dann kommt ein neuer Bescheid, der in Herstellung und Versand eine Menge Geld kostet, eine Menge Verwaltungsaufwand produziert, aber den Kölnerinnen und Kölnern endgültig die Gewissheit bringt: Was die da machen, kann nicht vernünftig sein. - Das möchten wir gerne vermeiden.



Für das Jahr 2012 gibt es eine Möglichkeit, nicht rückwirkend Steuern anheben zu müssen, und die ist heute. Alle anderen Zeitpunkte sagen entweder gar nichts, oder sie belasten die Bürgerinnen und Bürger rückwirkend zum 1. Januar 2012. Das wollen wir auf gar keinen Fall. Denn die Menschen in dieser Stadt haben Verlässlichkeit verdient, gerade wenn man sie belasten muss. Wir glauben, dass wir es müssen. Niemand soll annehmen, das mache uns Spaß. Aber wir glauben, dass wir es aus Verantwortung für die Stadt und ihre Menschen tun müssen. Dann haben die Menschen wenigstens einen Anspruch darauf, vorher zu erfahren, was der Rat von ihnen erwartet, und nicht etwa hinterher und rückwirkend.

Wer im Rahmen der Haushaltsplanberatungen zu weitergehenden Erkenntnissen kommen will, der soll sie bekommen. Steuererhöhungen sind immer nur die Ultima Ratio. Bevor man eine Steuer erhöht, muss man das Konsolidierungspotenzial voll ausgeschöpft haben. Jetzt aus dem Ärmel heraus über die 15 Punkte hinaus, die exakt notwendig sind, um den Winterdienst zu finanzieren, mehr Steuern zu verlangen, kann gerade nicht den Nachweis erbringen, dass man alles zur Vermeidung einer Steuererhöhung Notwendige und Denkbare getan hat, sondern das ist im Grunde eine Art Management by Zufall, by Stichtag, by Datum. Das ist für uns nicht akzeptabel. Die Menschen haben die Verlässlichkeit verdient, und die wollen wir Ihnen geben. Rückwirkende und höhere Belastungen kommen aus Sicht der Sozialdemokratie nicht in Betracht.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Ich schaue mich um. - Herr Klipper bitte und dann Herr Ludwig.

**Karl-Jürgen Klipper (CDU):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Breite hat den Gag eben schon vorweggenommen. Wir haben heute den ersten Schnee, und dann kommen die Winterdienstgebühren. Den Scherz lasse ich jetzt weg, es geht mehr um die Zahlen.

Ihre Argumentation war, eine Winterdienstgebühr entweder über Gebühren oder über Steuererhöhungen einzubringen. Sie wollen also im Prinzip - wie Sie es nennen, ist egal - eine indirekte Steuererhöhung. Lassen Sie uns einmal

sehen, was wir in den letzten drei Jahren gemacht haben - ich habe die Beschlüsse zum 1. Januar 2010 genommen -: Wir haben die Erhöhung der Abwasserbeseitigung um 11,8 Millionen Euro beschlossen, die Erhöhung der Straßenreinigung um 3,4 Millionen Euro, die Steigerung der Abfallgebühren um durchschnittlich 12,78 Prozent gegenüber 2008, das waren 13,8 Millionen Euro. Am 1. Januar 2011 haben wir die Hebesätze um 25 Prozentpunkte erhöht. Das ergibt über ein Jahr 54 Millionen Euro.

(Winrich Granitzka [CDU]: Wer hat die beschlossen?)

- Das war nicht von uns, das war insgesamt so. Das alles waren Gründe für Gebühren. In Wirklichkeit - darauf werde ich gleich noch einmal zurückkommen - waren es indirekte Steuererhöhungen. Wir haben die Abfallgebühren mal wieder um 2,1 Prozent erhöht, wir haben die Straßengebühren erhöht; ich könnte das noch weiterführen.

Jetzt kommt das Nächste: die Reduzierung der Abfallgebühren im Jahr 2012 - ein unheimlicher Erfolg, das sind dann 2 Millionen Euro weniger -, die Erhöhung der Straßenreinigungsgebühren und die Winterdienstgebühren. Sie müssen betrachten, was dann noch zusätzlich kommt. Die Kämmerin hat dankenswerterweise am Montag im Finanzausschuss gezeigt, wie die Dinge überhaupt zustande gekommen sind. Wir haben in diesem Jahr eine zusätzliche Ausschüttung von 8 Millionen Euro von den Stadtwerken bekommen. Die mussten wir vorher erst einmal erwirtschaften. Wir haben von der StEB, die vollkommen arm ist - ich kann Ihnen den Betrag nennen -, 12,3 Millionen Euro als Ausschüttung bekommen, alles über die Gebühren, die wir ein, zwei Jahre vorher erhöht haben. Meine Damen und Herren, hören Sie doch auf, von Gebührenerhöhungen zu sprechen, sondern sagen direkt, dass Sie die Steuern erhöhen wollen, und zwar für alle Leute in der Stadt.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

So ist es gedacht, meine Damen und Herren. Herr Börschel hat es eben gesagt: Einnahmeverbesserungen für den allgemeinen Haushalt. Deswegen gibt es Erhöhungen. Das war der Anlass für die Winterdienstgebühren. In der Vergangenheit wurde das immer aus allgemeinen Haushaltsmitteln bezahlt, nur jetzt kommt auf einmal eine neue Gebühr bzw. eine Steuer.

Herr Börschel, ich wäre ja bereit, darüber nachzudenken, wenn der zweite Gedanke, den Sie ausgeführt haben, auch realisiert würde, nämlich Ausgaben einzusparen. - Frau Kämmerin, ich habe mir gestern die Liste angeschaut, womit Sie nachher herauskommen. Darin haben Sie keine einzige Ausgabe reduziert. Nennen Sie mir eine. Darin ist keine einzige Reduzierung.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Was haben Sie denn heute alles gewünscht?)

- Ich habe gesagt, was hier drinsteht. Sie haben in den letzten drei Jahren keine einzige

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Reinigungskosten!)

Standardreduzierung, keine Ausgabenreduzierung vorgenommen, sondern alles ist so geblieben, wie Sie wollen. All das, was Sie als positiv darstellen, ist entweder vom Land gekommen, oder es sind Dinge, auf die Sie überhaupt keinen Einfluss haben. Denken Sie einmal an das, Frau Kämmerin oder Herr Oberbürgermeister, was Sie uns in den letzten drei Jahren versprochen haben, und zwar in allen drei Haushaltsreden. Bisher habe ich kein einziges Blatt Papier bekommen, in dem von Standardreduzierungen die Rede war, Herr Oberbürgermeister. Das haben Sie dreimal und immer wieder versprochen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Sie hätten das machen können, Frau Klug, wenn Sie zum Beispiel an den Landschaftsverband herangegangen wären, der uns im Jahr 2011 mit ... Wie viel? Lassen Sie mich noch einmal schauen.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Das sind alte Kamelle!)

- Die alte Kamelle ist so schön, weil sie uns unheimlich viel Geld kostet.

(Henk van Benthem [CDU]: Ja, grüne Kamelle!)

Die Landschaftsumlage kostet uns gegenüber dem Haushalt, Herr Detjen, 23,9 Millionen Euro mehr.

(Zuruf von Jörg Detjen [Die Linke.])

Dann hätten Sie von Rot-Grün, die zusammen mit der FDP die Mehrheit haben, doch nach unten beschließen müssen. - Frau Klug, es ist

Ihre Aufgabe und die des Oberbürgermeisters, darauf zu achten, dass wir genug Geld in der Stadt haben.

(Beifall bei der CDU)

Daher: Wenn Sie es nicht lernen - das machen Sie jetzt schon seit zwei oder drei Jahren -, die Aufgaben zu reduzieren und die Standards herunterzufahren, dann werden Sie keinen ausgeglichenen Haushalt haben. Ich sage Ihnen schon heute: Dann werden Sie, Herr Oberbürgermeister, im März, wenn der Haushalt kommt, die nächste Vorlage mit einer Erhöhung bringen, die Sie querzeichnen. Das sage ich Ihnen von dieser Seite aus. Solche Steuererhöhungen peu à peu, die seit 2010 permanent stattfinden, lehnen wir radikal ab.

Ich darf Ihnen zur Verbesserung sagen: 2004/2005 hatten wir schon einmal ein Haushaltssicherungskonzept und keine Gewerbesteuererhöhung, keine Grundsteuererhöhung. Wir haben es so geschafft, weil die Verlässlichkeit in bestehende Steuergesetze und bestehende Steuerbelastungen für die Entwicklung der Wirtschaft unheimlich wichtig und damit auch für unser Steueraufkommen sehr bedeutsam ist. Aus dem Grunde lehnen wir das ab. Ich würde mich freuen, wenn wir dafür eine Mehrheit bekämen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Herr Ludwig, bitte. Danach Herr Wiener.

**Claus Ludwig** (Die Linke.): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die CDU kann Steuererhöhungen nicht von Gebührenerhöhungen unterscheiden, die Grünen wollen im Prinzip eine noch viel höhere Grundsteuer, aber heute nichts beschließen, und die FDP meint tatsächlich, die Stadt hätte kein Einnahmeproblem. Was für eine bizarre Debatte ist das denn, meine Damen und Herren?

(Zuruf von Christtraut Kirchmeyer [FDP])

Natürlich hat die Stadt ein Einnahmeproblem, Herr Breite, das wissen Sie ganz genau.

(Christtraut Kirchmeyer [FDP]: Nein, sie hat ein Ausgabenproblem!)

Das hängt auch mit den Ausgaben zusammen, die die Stadt leisten muss, die jede Kommune in Deutschland leisten muss, die im Zuge der sozialen Krise gestiegen sind. Dafür wurden die Kommunen von Bund und Ländern nicht genug ausgestattet. Ich erinnere an den Begriff der Konnexität. Über die gesamten Jahre wurden den Kommunen mehr Aufgaben aufgebürdet, ohne die entsprechenden Gelder dafür zur Verfügung zu stellen. Das ist das zentrale Einnahme- und das zentrale Ausgabenproblem der Kommunen und auch der Stadt Köln, bei allem Blödsinn, der hier vielleicht mal finanziert worden ist, bei allen Verschwendungen für Prestigeprojekte, zu denen die Stadt selber beigetragen hat. Das zentrale Problem ist die geringe Ausstattung der Kommunen. Das ist nichts Neues, das ist keine Überraschung, das wissen Sie ganz genau.

(Beifall bei der Linken)

Die strukturelle Krise der Kommunen kann nur überwunden werden, wenn sie anders ausgestattet werden und nicht alles kaputtgespart wird. Abgesehen davon - das haben schon mehrere Vorredner erwähnt - schlagen CDU und FDP immer wieder neue kleine Ausgaben vor und reden gleichzeitig vom Sparen. So machen Sie sich komplett ungläubwürdig.

(Beifall bei der Linken)

Wir haben schon in der letzten Ratssitzung klargemacht, dass wir die Grundsteuererhöhung - auch wenn Herr Frank heute versucht hat, den Zusammenhang mit dem Winterdienst ein bisschen zu verschleiern, es war motiviert durch den ausgebauten Winterdienst - in der Form ablehnen. Wir sind nicht bereit, die Grundsteuer für allgemeine Aufgaben, die die Stadt ohnehin leisten muss, zu erhöhen und auch nicht, um allgemeine Haushaltslöcher zu stopfen, die ein Kernprodukt der strukturellen Unterfinanzierung der Kommunen sind. Das machen wir nicht.

(Martin Börschel [SPD]: Was sind denn spezielle Haushaltslöcher?)

Wir wissen, dass die Stadt steuerlich nur an zwei Schrauben drehen kann: an der Gewerbesteuer und an der Grundsteuer. Wir waren dafür, die Gewerbesteuer zu erhöhen und haben eine deutlichere Erhöhung vorgeschlagen, als sie jetzt tatsächlich erfolgt ist. Wir würden auch sagen: Wenn die Stadt bereit ist, klare soziale Verbesserungen zu finanzieren, dann halten wir

eine Erhöhung der Grundsteuer ebenfalls nicht für ausgeschlossen. Nicht so, wie es heute vorgeschlagen ist, nicht im Zusammenhang mit der Winterdienstgebühr, aber wenn es eindeutige Verbesserungen gibt - zum Beispiel die Ausweitung des Köln-Passes, Investitionen im Bereich Jugend, Bildung, Gesundheit -, dann wären wir bereit. Wir wissen, dass die Grundsteuer auf die Nebenkosten durchschlägt. Das ist eine Belastung der Bürgerinnen und Bürger. Wenn es aber eindeutige Verbesserungen gäbe, dann hielten wir das für eine Maßnahme, die die Kommune machen könnte.

Wir weisen darauf hin - das ist eben ein bisschen illusionär von Herrn Frank herübergekommen -, dass das Haushaltsloch, das im nächsten, ganz massiv vielleicht auch erst im übernächsten Jahr droht, weder durch eine Grundsteuererhöhung noch durch eigene Sparmaßnahmen der Stadt grundlegend überwunden werden kann. Dieses Mantra werden wir hier noch häufiger wiederholen. Wenn die Kommunen nicht besser ausgestattet werden und nicht endlich einen Kampf darum führen, besser ausgestattet zu werden, dann wird die Finanzkrise nicht überwunden werden. Dann wird es auf Kaputtsparen hinauslaufen. Das wollte Herr Breite offensichtlich ansprechen. Kaputtsparen hat auch Herr Klipper eben angesprochen, nämlich beim LVR zu kürzen, der wichtige soziale Dienstleistungen erbringt, die die Stadt nicht günstiger erbringen könnte, die absolut notwendig sind. Da darf nicht gekürzt werden.

Deswegen sagen wir: Steuererhöhungen können wir nicht grundlegend ablehnen, aber die vorgeschlagene Grundsteuererhöhung für die Finanzierung des Winterdienstes machen wir nicht mit. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Linken)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank. - Herr Wiener.

**Markus Wiener (pro Köln):** Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es war gerade ein Hochgenuss, dem Kollegen Klipper zuzuhören. Wir haben schon gesagt: Morgen schicken wir Ihnen gerne den pro-Köln-Aufnahmeantrag zu. So viel Richtiges in einer Rede, das muss auch einmal erwähnt werden. Wenn wir das Gleiche sagen,

wird uns immer Populismus vorgeworfen. Aber wir alle wissen: Wenn zwei das Gleiche sagen, ist das nicht unbedingt dasselbe.

Es ist ganz richtig angesprochen worden, dass all die Gebührenerhöhungen in den letzten Jahren natürlich verdeckte Zufuhren an den städtischen Haushalt waren. Es gab immer Gewinnausschüttungen an die Stadtkasse, obwohl es vorher hieß, die stadteigenen Betriebe seien pleite. Sie können aber immer schön Gewinne an die Stadtkasse abführen; denn zuvor werden die Bürger zur Ader gelassen, zuvor wird die Gebührenschaube immer stärker und gnadenloser angezogen, und das nicht erst seit einigen Jahren.

Die gesamte Schieflage und Entwicklung besteht doch seit Jahrzehnten, in denen sich CDU, SPD und Grüne die Verantwortung abwechselnd geteilt haben. Sie alle sind doch schuld an der Misere. Sie alle haben die Stadt finanziell ruiniert und an die Wand gefahren.

(Beifall bei pro Köln)

Meine Damen und Herren, dann kommt der Ruf nach der Bundespolitik und nach der Landespolitik; sie seien schuld, dass die Kommunen so klamm sind, von ihnen würde zu wenig Geld für die Kommunen bereitgestellt. Ja, wer sitzt denn in den Regierungen auf Landesebene und auf Bundesebene? - Das sind die gleichen Versagerparteien, die auch hier die Stadt ruiniert haben.

(Beifall bei pro Köln)

Das muss Ihnen ins Stammbuch geschrieben werden. Dafür ist pro Köln da. Wir lehnen die Gebührenerhöhung auch strikt ab. - Vielen Dank.

(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Herr Breite noch einmal.

**Ulrich Breite (FDP):** Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte noch einmal auf die Einleitung von Herrn Frank eingehen. Herr Frank, damit wollten Sie doch nur davon ablenken, dass Sie für diese wichtige Vorlage keine Mehrheit zustande bringen. Das muss man deutlich sagen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Teilen der CDU)

Stellen Sie sich einmal vor, ein Mann ist 2005 ins Koma gefallen - Gerhard Schröder hat noch regiert - und wacht heute, am 20. Dezember, auf. Er fragt die Ärzte: Wie sieht es mit den Arbeitslosenzahlen aus? - 2,5 Millionen. - Boah, hat Gerhard Schröder doch noch sein Versprechen gehalten, nämlich die Arbeitslosenzahl zu halbieren. - Dann würden ihm die Ärzte sagen: Nein, das war eine andere Mehrheit, nämlich CDU und FDP, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und der CDU -  
Lachen bei Michael Zimmermann  
[SPD])

Ich könnte das noch weiterführen. Dankenswerterweise haben wir durch diese Bundesregierung - das hat Karl Klipper gar nicht gesagt - eine Einnahmesteigerung. Ich komme schon wieder zur Einnahmesteigerung. Ich weiß gar nicht: Wo sind die Einnahmesteigerungen? Wir haben ja plötzlich so ein Problem im Haushalt. Anteil an der Einkommensteuer: 40,4 Millionen Euro mehr in diesem Jahr, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das ist eine gute Botschaft, die auch mit der Bundesregierung zu tun hat.

(Beifall bei der FDP sowie bei Teilen der CDU)

Mir ist wichtig, noch einmal - weil Herr Frank sagte, die Erhöhung der Grundsteuer B hätte gar nichts mit dem Winterdienst zu tun -

(Dr. Nils Helge Schlieben [CDU]:  
Ach so?)

auf unsere Beschlussvorlage „Finanzierung der Optimierungsmaßnahmen des Winterdienstes“ vom 24. November 2011, also aus der letzten Ratssitzung, und die Alternative, die beschlossen worden ist, hinzuweisen. Dort heißt es:

Dazu hat sie dem Rat zur Deckung der ungedeckten Winterdienstkosten eine Satzung zur Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer B um 15 Prozentpunkte ... zur Entscheidung vorzulegen.

(Reinhard Houben [FDP]: Hörst, hörst!)

Diese Mogelpackung machen wir nicht mit.

(Beifall bei der FDP)

Ich möchte noch einmal deutlich machen - auch wenn das mit der Bundesregierung auf der linken Seite nicht so gut ankommt ...

(Zurufe von der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

- Aber Sie lernen ja auch. Die Fakten zählen. Fakt ist: Ab 2012 übernimmt der Bund schrittweise die gesamten Kosten für die Grundsicherung im Alter. Bisher musste die Kommune Köln dafür aufkommen. Das sind im Jahr 2012 25 Millionen Euro mehr Erträge - das würde sicherlich auch die Kämmerin bestätigen -, 2013 51,5 Millionen Euro mehr Erträge und 2014 80 Millionen Euro mehr Erträge. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich frage Sie: Wo sind denn die Millionen? - Schon ausgegeben.

(Beifall bei der FDP)

Wir bräuchten keine Grundsteuererhöhung in dem Maße. Darum bleibe ich dabei, auch wenn sich das bei Herrn Börschel sehr seriös angehört hat.

(Martin Börschel [SPD]: Was heißt hier „angehört“?)

Wir können ja dankbar sein, dass er sagt: Stimmt uns doch zu. Bei uns gibt es nur die kleine Steuererhöhung. Wenn ihr bei den Grünen mitmacht, dann kriegen wir noch eine viel größere Erhöhung. - Wir sagen dazu: Auf dieses falsche Pferd werden wir nicht setzen. Wir haben davon gesprochen, welche Gewinne die AWB macht. Bitte bedenken Sie: Viele Straßen werden nicht geräumt. Die Anliegerstraßen müssen Sie bis zur Mitte räumen. Stellen Sie sich einmal vor, es hat noch mehr geschneit. Sie müssen schippen und sehen, wie die AWB den Lidl-Parkplatz räumt. Da kommt doch Freude auf, meine sehr verehrten Damen und Herren. Und dafür sollen Sie auch noch Steuern zahlen. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Wir haben noch eine Wortmeldung von Herrn Frank und kommen dann zur Abstimmung.

(Zuruf von der CDU: ... oder eine Entschuldigung!)

**Jörg Frank** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Werte Kolleginnen und Kollegen! Herr Breite, solange die FDP - aber das gilt auch für die Kollegen der christlichen Fraktion - nicht bereit ist, konkret über Haushaltskonsolidierung zu sprechen, lohnt sich die Debatte nicht.

(Karsten Möring [CDU]: Sie lehnen ja unsere Vorschläge alle ab!)

Ich möchte noch etwas zur Vorlage sagen. Eben wurde von Herrn Börschel ausgeführt - das teile ich voll und ganz -, dass man über die Frage einer Steuererhöhung und wie sie zu bemessen ist, im Rahmen eines Haushaltssanierungspakets dann reden und sie festlegen kann, wenn man insgesamt Klarheit über die Haushaltslage und über alle weiteren Vorschläge hat, die dem vorgeschaltet sein sollen, also Einsparungen im weitesten Sinne. Wenn die Situation dann trotzdem so ist, dass notwendige Ausgaben nicht zu finanzieren sind und auch keiner Interesse hat - das hat ja niemand -, in die gesetzliche Haushaltssicherung zu kommen, dann kann man schauen, wie man das durch Einnahmen noch justiert.

Wir können heute - jedenfalls für unsere Fraktion - sagen, dass die notwendigen Fakten, um dies abschließend beurteilen zu können, nicht vorliegen, sondern - davon gehen wir aus - sie werden innerhalb der Haushaltsplanberatungen mit Ziel 5. März vorliegen. Dann lässt sich auch die Frage einer Einnahmesteigerung über eine Erhöhung der Grundsteuer B genau definieren, einschätzen und beschließen. Das ist unser Votum dazu.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Herr Wolf.

**Manfred Wolf** (FDP): Ich möchte nur zwei Dinge erwähnen, damit im Protokoll steht, dass Rot-Grün so viel spart. Ich habe noch die Ratssitzung im Gedächtnis, als es um die Erhöhung der Energieeffizienz von Kühlschränken ging. Da sind auf Antrag der Linken mit Rot-Grün jährlich 83.000 Euro Mehrausgaben für die Stadt beschlossen worden.

(Beifall von Birgit Gordes [CDU])

Wenn die Stadt die Kürzungen bei der Förderung des Landes für Sozialwohnungen übernimmt,

sind das jedes Jahr mindestens 1,1 Millionen Euro mehr Zinsausgaben, was nicht nötig gewesen wäre. Es ist in Düsseldorf damit begründet worden - damit müssten Sie eigentlich einverstanden sein -, dass das Geld dafür nicht da ist. Die haben auch Probleme. Aber wenn Sie dann behaupten: „Wir sparen“, führen Sie uns alle in die Irre.

(Beifall bei der FDP sowie bei Teilen der CDU)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Dann kommen wir zur Abstimmung. Ich bitte um Aufmerksamkeit. Wir stimmen ab über die Erhöhung des Hebesatzes für die Grundsteuer B gemäß der Vorlage der Verwaltung. Wer für die Verwaltungsvorlage ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der SPD und der Oberbürgermeister. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist die Vorlage abgelehnt.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt:

## **6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und Ähnliches**

### **6.2.1 Satzung über die Abfallgebühren in der Stadt Köln (Abfallgebührensatzung - AbfGS -) 4503/2011**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine Wortmeldungen. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer gegen die Verwaltungsvorlage ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen bei der Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit so angenommen.

### **6.2.2 5. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungssatzung - StrReinS -) 4583/2011**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ebenfalls nicht. Wer ist dagegen? - Die Fraktion pro Köln, die Fraktion der FDP und die Fraktion der CDU. Gibt

es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit angenommen.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt:

## **6.4 Sonstige städtische Regelungen**

### **6.4.2 Fortschreibung des Landschaftsplans der Stadt Köln 2044/2011**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das sehe ich nicht. Wir stimmen ab, wie im Umweltausschuss beschlossen. Wer ist gegen die Vorlage? - Niemand. Wer enthält sich? - Eine Enthaltung bei der Fraktion pro Köln. Damit angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 7:

### **7 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen u. -verpflichtungen für die Hj. 2010 und 2011 gem. § 83 Abs. 1 u. § 85 Abs. 1 GO NRW i. V. m. der Haushaltssatzung 2010/2011 4460/2011**

Das muss zur Kenntnis genommen werden. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Nein. So zur Kenntnis genommen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 9:

## **9 Außerplanmäßige Aufwendungen**

### **9.1 Teilfinanzplan 1201 - Straßen, Wege und Plätze - hier: Außerplanmäßige Auszahlung für die Umgestaltung der Straßen um das Opernhaus 4084/2011**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lassen wir abstimmen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit einstimmig angenommen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 10:

## **10 Allgemeine Vorlagen**

### **10.1 Einführung medienübergreifender Umweltinspektionen für Industrie- und Gewerbebetriebe 2920/2011**

Gibt es Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktion der

CDU und pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann so angenommen.

**10.4 Durchführung des von der Deutschen Forschungsgemeinschaft finanzierten Projekts „Einwerbung und Erschließung von Galeriepublikationen“ in der Kunst- und Museumsbibliothek  
3974/2011**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit einstimmig angenommen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 10.5:

**10.5 Teilplan 1202 - Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV:  
Mitteilung über eine Kostenerhöhung gem. § 24 Abs. 2 GemHVO i. V. m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung 2010/2011 der Stadt Köln bei der Finanzstelle 6903-1202-0-9000, Z an KVB für Umrüstungsstrecken  
4027/2011**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - So angenommen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 10.8:

**10.8 Eröffnung einer Kindertageseinrichtung hier: Betriebskostenförderung aus kommunalen Mitteln  
4238/2011**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Enthaltung bei der FDP. Somit angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 10.9:

**10.9 Klimaschutzkonzept Köln - vorgezogenes Sofortmaßnahmenprogramm 2012  
3272/2011**

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag der FDP-Fraktion  
AN/2308/2011**

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag der Fraktion Die Linke.  
AN/2305/2011**

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag der CDU-Fraktion  
AN/2307/2011**

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
AN/2312/2011**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Bitte schön, Herr Götz Bacher.

**Götz Bacher** (SPD): Es ist bedauerlich, sehr verehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir das so wichtige Thema Klimaschutz aus bekannten Gründen nicht im Fachausschuss vorbereiten konnten und uns nun heute im Rat mit der Vorlage und den verschiedenen Änderungsanträgen zu beschäftigen haben. Doch in Anbetracht der umfangreichen Tagesordnung und der Einladung von Ihnen, Herr Oberbürgermeister - auch wenn es nur ein Getränk ist -, mein Bemühen um gebotene Kürze.

Ich möchte nicht unerwähnt lassen: Die SPD-Fraktion begrüßt ausdrücklich das Bemühen der Verwaltung, im Rahmen eines vorgezogenen Sofortmaßnahmenprogramms schon für 2012 Mittel in den Haushalt einstellen zu wollen. Wir wollen das auch und hoffen, dass es uns trotz des eben nicht gefassten Beschlusses der Grundsteuererhöhung möglich sein wird.

Wir betrachten das Sofortmaßnahmenprogramm als ein Teilergebnis, uns aus den umfangreichen Gutachten zu den Teilbereichen Energie und Mobilität vorzeitig umsetzbare Bausteine vorzuschlagen. Dafür danken wir der Verwaltung ausdrücklich; denn es ist unbedingt notwendig, im Rahmen der Vorbildfunktion der Stadt Köln das Signal auszusenden, wie wichtig der Klimaschutz für uns alle ist.

Es bleibt nicht aus, dass die in der heutigen Vorlage gemachten Vorschläge zunächst nur sehr vorsichtig und grob formuliert sind. Wir gehen davon aus und betonen dies in dem gemeinsamen Änderungsantrag von SPD und Grünen ausdrücklich, dass die Verwaltung die Projekte im Rahmen der Ausarbeitung des Gesamtkonzepts zum Klimaschutz noch weiter konkretisieren und fixieren wird.

Im weiteren Verlauf - so stellen wir es uns vor - sollte es dann konkrete Einzelvorlagen zu den möglichen Projektbausteinen geben, die den Fachausschüssen zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt werden. Das heute vorgelegte vorgezogene Sofortmaßnahmenprogramm ist deshalb aus

unserer Sicht nicht mehr, aber auch nicht weniger als ein längst überfälliges Starterkit zum Klimaschutzprogramm Köln. Köln ist damit endlich auf dem richtigen Weg. Gehen Sie mit!

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Wir kommen dann zu Herrn Kienitz.

**Niklas Kienitz (CDU):** Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Götz Bacher, wenn euch das Thema so wichtig ist, warum verwässert ihr dann die Verwaltungsvorlage, schiebt sie letztendlich aus den Haushaltsplanberatungen weit ins nächste Jahr hinein und bestätigt so die Untätigkeit von Rot-Grün in diesem wichtigen Themenfeld für eine Großstadt wie Köln?

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Klimaschutz und die Gestaltung der Energiewende, meine Damen und Herren, sind zu einer zentralen Herausforderung für unsere Gesellschaft geworden. Daher ist es von großer Bedeutung, dass sich unsere Städte in ihrem Handeln klimaschonend ausrichten und einen erheblichen Beitrag als Partner im Klimaschutz und bei der Umsetzung der Energiewende leisten.

Köln hat sich - damit kommen wir zu den Dingen, zu denen sich Köln verpflichtet hat - im Bürgermeisterkonvent und auch im Klimabündnis einigen wichtigen klima- und energiepolitischen Zielvorgaben verpflichtet. Aber, meine Damen und Herren - jetzt bitte ich die Kollegen von Rot-Grün, gut zuzuhören -, laut der Veröffentlichung des German Green City Index und der Zahlen aus den vorliegenden Gutachten, insbesondere aus dem Gutachten des ifo-Instituts, liegt Köln im Gegensatz zu anderen Städten bei der Klima- und Energiepolitik deutlich zurück und ist nur Durchschnitt. Das kann so nicht bleiben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Dafür tragen Sie die Verantwortung, und Sie drücken sich heute wieder.

(Beifall von Andreas Köhler [CDU] - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Was darf's denn sein?)

- Natürlich: Was darf's denn sein? Ihr Änderungsantrag trägt nicht zur Verbesserung der Situation bei.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Ihre Verkehrspolitik macht das Klima kaputt!)

Die Kollegen der Grünen verteilen hier immer „Rathaus Ratlos“ - kein Hinweis auf ein Klimaschutzkonzept. Sie verabschieden sich aus dem Programm. - Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall bei der CDU - Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Was für ein Unsinn! Was für ein Blödsinn!)

Sie haben heute mehrfach bewiesen, liebe Kolleginnen und Kollegen von Rot-Grün, Ihnen fehlen die Ideen, die Köln nach vorne bringen. Sie beschränken sich auf die Erweiterung von Fahrspuren. - Auch dazu herzlichen Glückwunsch und frohe Weihnachten!

Meine Damen und Herren, es sollte sich - das hat Götz Bacher gerade ausgeführt - um ein Sofortmaßnahmenprogramm handeln. Sie spielen nun den Ball zurück an die Verwaltung und verpassen die Möglichkeit, den Klimaschutz im Haushalt zu verankern.

Auch Sie, Herr Oberbürgermeister, übernehmen leider nicht die nötige Verantwortung für das Thema. Was die Koordinationsstelle betrifft: Sie drücken es an die Dezernentin weiter. Sie hätten die Chance ergreifen und die Koordinationsstelle in Ihr Amt integrieren müssen, um sie so als Querschnittsaufgabe zur Chefsache zu machen. - Schade!

Die CDU betrachtet die nun vorliegenden Gutachten und Handlungsempfehlungen als Chance, die Sie nicht nutzen. Den Rückstand wollen wir aufholen, um klare Akzente für eine Neuausrichtung der Klima- und Energiepolitik der Stadt Köln, des Konzerns Stadt Köln zu setzen. Allerdings setzt die CDU-Fraktion im Gegensatz zur Vorlage der Verwaltung die Akzente auf greifbare Ansätze wie Energieeffizienz und Einsparung von Energie bzw. CO<sub>2</sub>. Die Zeit der Konzepte, die Zeit der Planung muss ein Ende haben. Es muss jetzt konkret werden: weniger Institutionen, mehr Aktionen. Das heißt für uns:

Wir wollen in den Jahren 2012, 2013 und 2014 ein breit angelegtes kommunales Altbausanierungsprogramm für private Wohnimmobilien. Damit wollen wir Einsparpotenziale von bis zu 210.000 t CO<sub>2</sub> pro Jahr heben.



Wir wollen ein Anreizsystem, das städtische Dienststellen und Bedienstete zur Steigerung der Energieeffizienz anhält. Wir wollen die Eigenverantwortung jedes Handelnden auf städtischer Ebene stärken.

Wir lehnen die Gründung einer eigenen städtischen Energieberatung ab. Stattdessen schlagen wir den Aufbau einer neutralen und effektiven Beratungsplattform für Energieeffizienz durch die am Markt bereits vorhandenen Akteure wie RheinEnergie, Verbraucherschutzzentrale, EnergieAgentur.NRW, Industrie- und Handelskammer und Handwerkskammer vor, und zwar ohne neue Strukturen seitens der Stadt aufzubauen.

Meine Damen und Herren, mehr Aktionen, weniger Institutionen, konkretes Handeln für den Klimaschutz in unserer Stadt. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Dann kommen wir zu Herrn Dr. Welpmann.

**Dr. Matthias Welpmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! „Wir sind reich genug, uns Klimaschutz zu leisten - und sind zu arm, um auf Klimaschutz zu verzichten.“ Wer hat das gesagt? - Das hat Sigmar Gabriel gesagt. Es passt auch zu der Situation der Stadt Köln. In einer Rede, die ich hier vor knapp zwei Jahren zum „Aktionsplan für nachhaltige Energie“ der Stadt Köln gehalten habe, habe ich schon einmal auf den Umstand hingewiesen, dass der Klimaschutz nicht nur ein ökologisches Thema ist - das natürlich auch und in erster Linie -, sondern auch ein finanzpolitisches Thema, auf das eine Stadt wie Köln auf Dauer nicht verzichten kann, nicht zuletzt aus finanziellen Erwägungen.

Die Vorlage der Verwaltung und die Vorschläge, die darin stehen, möchte ich gar nicht mehr im Einzelnen referieren. Es geht im Grunde um zwei wesentliche Kernpunkte. Das eine ist die Vorbildfunktion des Konzerns Stadt: Was kann die Stadt selber machen, was können die städtischen Beteiligungsunternehmen machen, um dort weiterzukommen? Energieeinsparung in allen Gebäuden, insbesondere im Kultursektor, ist ein wichtiges Thema, die Förderung des

ÖPNV, die Erhöhung des Ökostromanteils usw. Das alles steht im Einzelnen in der Vorlage.

Nach außen gerichtet geht es vor allem um die Beratung und Förderung von Dritten, sprich: um Privatleute und Unternehmen, die die bestehenden Fördermöglichkeiten ausschöpfen sollen. Das ist auch mit Beratungsaufwand verbunden. Sie müssen jeweils in ihren eigenen Bereichen tätig werden, damit wir unsere Ziele erreichen.

Noch einmal zu dem Änderungsantrag von SPD und Grünen: Ich möchte eingangs klarstellen, dass die Konkretisierung in unserem Antrag nur die Vorlagenteile betrifft, die noch weiter ausgearbeitet werden müssen. Es gibt auch andere, die jetzt schon völlig klar sind, die heute selbstverständlich so beschlossen werden.

(Helmut Jung [CDU]: Ehrlich?)

Der Beschluss bezieht sich nicht etwa darauf, dass wir etwas verzögern oder zurückstellen wollen, sondern es geht nur darum, in den Bereichen, in denen das Ganze nicht klar genug gefasst ist, noch einmal nachzuarbeiten. Insofern ist das Sofortmaßnahmenprogramm tatsächlich ein solches, unabhängig davon, dass wir im kommenden Jahr weiter an dem Thema arbeiten und das integrierte Klimaschutzkonzept bekommen, das in der Komplettfassung jetzt noch nicht vorliegt.

Worum geht es in dem Änderungsantrag? Welche Akzente wollen wir inhaltlich anders setzen als in der Verwaltungsvorlage? - Zu A8 haben wir festgestellt, dass der Klimaschutzfonds in der hier vorgeschlagenen Form nicht nötig und nicht sinnvoll ist, weil wirtschaftliche Maßnahmen auch jetzt schon faktisch mit unbegrenzten Ressourcen umgesetzt werden können. Das heißt, wenn die Gebäudewirtschaft energetische Sanierungen durchführen will, die sich über wenige Jahre rechnen, dann ist das auch jetzt schon möglich und nicht nur mit 300.000 Euro, sondern durchaus mehr. Dementsprechend brauchen wir den Beschluss nicht, er würde einen Rückschritt bedeuten.

A9 ist die Altbausanierung. Auch bei dem Thema könnte man der Meinung sein, dass die Stadt groß einsteigen müsste. Ich glaube nicht, dass das, was da nötig ist, von der Stadt geleistet werden kann. Wir reden hier von dreistelligen Millionenbeträgen. Das muss über Bundes- und Landesförderung laufen. Wir können aber durch Beratung massive Unterstützung leisten, damit

die Leute an die Fördergelder kommen. Das ist der entscheidende Punkt.

Das Thema V2, Verkehrsmaßnahmen und Mobilitätsticket, ist sicherlich wünschenswert und sinnvoll, aber doch bitte nicht auf Kosten der Stadt mit 700.000 Euro im Jahr. Das erscheint uns unverhältnismäßig im Vergleich zum Gesamtpaket. Deswegen sollte es über die KVB finanziert werden, die letztendlich von neuen Kunden profitieren wird.

Dann haben wir einige neue Vorschläge darin: einmal das Pilotprojekt „Stromspar-Check“ der Caritas in Chorweiler. Die Energieberatung für Haushalte mit geringem Einkommen sollte auf jeden Fall fortgeführt werden, das Projekt ist sehr erfolgreich. Es muss zwar noch evaluiert werden, aber wir werden sicherlich feststellen, dass es sinnvoll ist und ausgedehnt werden sollte.

Wir brauchen ein Jobticket-Angebot im gesamten Stadtwerkekonzern. Es ist nicht einsehbar, warum selbst Stadtwerke-töchter - Partnerunternehmen der KVB- nicht selber ein Jobticket anbieten. Das muss auf jeden Fall noch mit hinein.

Die Stadt muss auch bei ihren eigenen Dienstreisen Vorbild sein, sprich: ÖPNV aber nicht Flugreisen. Wenn Angestellte praktisch gezwungen werden, nach Berlin zu fliegen, dann ist das aus Klimaschutzgesichtspunkten nicht sinnvoll. Man braucht hier, glaube ich, nicht weiter auszuführen, warum.

Insgesamt sollten die städtischen Konzernunternehmen – der Stadtwerkekonzern Köln - auch mitmachen und ihr Know-how bei der Fortführung des Konzeptes einbringen.

Insgesamt ist wichtig: Wie geht es ab dem kommenden Jahr weiter? Wenn wir heute unseren Beschluss fassen, geht es erst einmal mit den Sofortmaßnahmen los. Was kommt danach? Danach kommen die mittel- bis langfristigen Ziele und noch viele weitere Aufgaben, die in der Vorlage zum Teil unter dem Dreijahresprogramm und als mittelfristige Handlungsoptionen schon angerissen werden. Das sind Leistungen im Bereich Stadtentwicklungskonzepte, die unter Klimagesichtspunkten optimiert werden müssen. Wir müssen bei der solarenergetischen Optimierung in Planvorhaben noch viel konsequenter vorgehen als bisher. Wir können eine BHKW-Offensive und erneuerbare Energien im Verwaltungsgebäudebereich machen und haben noch viele weitere Möglichkeiten, die wir

unverzüglich im nächsten Jahr diskutieren sollten, um nicht mehr Zeit zu verlieren als nötig.

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, lassen Sie uns heute das modifizierte Sofortmaßnahmenpaket beschließen und lassen wir die Verwaltung sofort damit anfangen. Dann können wir gemeinsam mit allen Bürgerinnen und Bürgern, mit den Unternehmen und den beteiligten Fachleuten dafür sorgen, dass wir die Klimaschutzziele der Stadt Köln tatsächlich erreichen. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Danke schön, Herr Dr. Welpmann. - Wir kommen dann zu Frau Kirchmeyer.

**Christtraut Kirchmeyer (FDP):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Klimaschutz ist wichtig - auch für Köln. Hier müssen Prioritäten gesetzt werden. Dass dies manchmal unterschiedliche Wege und Gedanken beinhaltet, ist klar. Ein Klimaschutzkonzept soll Innovationen unterstützen sowie soziale und ökologische Aspekte kombinieren. Wir unterstützen alle Projekte, die durch Innovation und Investition zu Einsparungen bei Energie und CO<sub>2</sub> führen. Wir unterstützen also ein Klimakonzept für Köln.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben hierzu auch heute nach intensiven Beratungen einen Änderungsantrag gestellt. Er liegt Ihnen mit drei Punkten vor. Die Begründungen zu diesen drei Punkten liegen Ihnen ebenfalls vor.

Lassen Sie mich für diesen Änderungsantrag werben. Ich bitte hier um Ihre Zustimmung.

Lassen Sie mich aber bitte auch noch einen Satz zum Verfahren sagen. Herr Götz Bacher hat eben ausgeführt, dass der Ausschuss nicht entscheiden konnte. Das sehe ich schon etwas anders. Er hätte entscheiden können. Vielleicht hätte er sich mehr Zeit nehmen sollen.

(Ralph Sterck [FDP]: Er hätte entscheiden müssen!)

- Er hätte entscheiden müssen, jawohl, und uns nicht heute hier im Rat eine solche Debatte mit Riesenanträgen aufzwingen dürfen; denn dafür

haben wir einen Fachausschuss. Sonst können wir uns diesen Fachausschuss sparen.

(Beifall bei der FDP)

Der Fachausschuss hätte sich überlegen können, ob er zu dem wichtigen Thema Klimaschutz eventuell auch eine Sondersitzung vor dieser Ratssitzung hätte durchführen können. Das haben andere Ausschüsse bei derart wichtigen Themen auch schon getan.

Ich bitte, das demnächst zu berücksichtigen und es auch in dem Fachausschuss zu diskutieren. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank, Frau Kirchmeyer. - Wir kommen dann zu Herrn Detjen.

**Jörg Detjen** (Die Linke.): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen, herzlichen Glückwunsch, dass Sie es doch noch geschafft haben, hier auf dieser Ratssitzung zu einem gemeinsamen Antrag zu kommen!

(Beifall bei der FDP sowie bei Teilen der CDU)

Es ist jetzt nicht so, dass ich Rot-Grün unbedingt zum Scheitern bringen möchte. Aber ich muss Sie doch ermahnen, noch einmal darüber nachzudenken, ob es nicht stimmt, dass wechselnde Mehrheiten in diesem Hause auf der einen Seite entspannter waren und auf der anderen Seite auch spannender waren. Da haben sich die Parteien nämlich im Vorfeld die jeweiligen Mehrheiten gesucht. Die haben dann in der Regel auch funktioniert. Dass wir jetzt hier immer so lange warten müssen, ist auch nicht besonders zielführend. Daher appelliere ich an die Kollegen von SPD und Grünen, noch einmal darüber nachzudenken, wie wir weitergehen sollen.

Insofern möchten wir Ihren gemeinsamen Antrag jetzt auch nicht stören, sondern ihn eher konstruktiv unterstützen,

(Zurufe von der CDU und der FDP: Oh!)

damit man nicht hinterher sagt: Die Oppositionsparteien haben Rot-Grün zum Scheitern gebracht.

Meine Damen und Herren, unser Ansatz in dieser Diskussion ist - ich will das ganz offen sagen - die soziale Frage. Wir befürchten, dass die ganze Energiewende - die richtig ist und auch gemacht werden muss; daran will ich überhaupt keinen Zweifel lassen - zu enormen Energiepreissteigerungen führt. Sie liegen schon jetzt bei ungefähr 4 Prozent. Das wird dazu führen, dass arme Leute im Großen und Ganzen weniger Ressourcen und weniger Möglichkeiten haben, auf Energie zuzugreifen.

Deswegen ist uns die Frage der Energieberatung in der Vorlage sehr wichtig. Dazu haben wir einen Antrag gestellt.

Diesen Antrag haben Sie von Rot-Grün mehr oder weniger sinngemäß übernommen. Sie haben noch hineingeschrieben: „möge jedoch geprüft werden, ...“. Es muss immer alles überprüft werden, auch Ihre Politik; gar keine Frage.

(Beifall bei der FDP)

Insofern können wir dieser Sache so zustimmen, wie sie ist. - Danke schön.

(Beifall bei der Linken)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir jetzt zur Abstimmung. Ich lasse folgendermaßen abstimmen: Wir stimmen erst über den Änderungsantrag der CDU ab, anschließend über den Änderungsantrag der FDP, dann über den Änderungsantrag der Linken und danach über den Änderungsantrag von SPD und Grünen.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Über den Änderungsantrag der Linken muss nicht abgestimmt werden!)

- Über den Änderungsantrag der Linken muss nicht abgestimmt werden. Gut.

Zunächst stimmen wir über den Änderungsantrag der CDU ab. - Herr Sterck.

**Ralph Sterck** (FDP): Ich habe eine Verfahrensfrage. Nach welchem Kriterium haben Sie das jetzt sortiert? Nach der Größe der Fraktionen? Eigentlich müssten Sie ja den weitestgehenden Antrag als ersten zur Abstimmung stellen. Wenn das der

Änderungsantrag der CDU ist - Sie werden das sicherlich geprüft haben -, ist das okay.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Ja, es ist so.

**Ralph Sterck (FDP):** Das ist ja wunderbar.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Sehen Sie. - Danke für das Lob.

(Heiterkeit)

Wir kommen also zur Abstimmung über den sehr weitreichenden, umfänglichen Änderungsantrag der CDU. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der CDU und die Fraktion der FDP. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist er abgelehnt.

Wir kommen dann zum Änderungsantrag der FDP, der nicht ganz so weitreichend ist. Wer für den Antrag der FDP ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die FDP. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist der FDP-Antrag abgelehnt.

Wir kommen nun zum Änderungsantrag von SPD und Grünen. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD, die Grünen, die Linke, die FDP und Herr Zimmermann. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist dieser Änderungsantrag angenommen.

Jetzt müssen wir noch über die Vorlage abstimmen. Wer für die Vorlage in der geänderten Form ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind wieder die SPD, die Grünen, die Linke, die FDP und Herr Zimmermann. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist sie so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.10:

#### **10.10 Handlungskonzept Strategisches Flächenmanagement 3391/2011**

Ich schaue mich um. Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Ja. Frau Henk-Hollstein, bitte.

**Anna-Maria Henk-Hollstein (CDU):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren!

Liebe Kollegen! Das vorgelegte Gutachten ist enttäuschend und methodisch nicht überzeugend.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Was?)

Eine wirkliche Analyse - oder besser: eine Strategie zur Flächennutzung im Hinblick auf knappe Ressourcen, wie in der Definition des Deutschen Städtetages formuliert - findet nicht statt. Es erfolgen lediglich allgemeine und unscharfe Beschreibungen als Handlungsempfehlungen auf der Entscheidungsebene.

Eine Kernempfehlung ist, die Flächennutzungsplanung mit der Stadtentwicklungsplanung zusammenzuführen und die Liegenschaften der Stadtentwicklung unterzuordnen.

Diese Sichtweise ist viel zu kurz gegriffen, da die städtische Liegenschaftsverwaltung und somit auch der städtische Liegenschaftsausschuss nicht nur für An- und Verkäufe unter Stadtentwicklungsgesichtspunkten zuständig sind, sondern auch für An- und Verkäufe, die für die Umsetzung anderer städtischer Aufgaben und die Belange anderer Dienststellen unabweisbar sind - zum Beispiel den Ankauf von Flächen für Straßenbau, U-Bahnen, Wohnungsbau, Gewerbe, Feuerwehrstandorte und, wie wir vorhin gehört haben, natürlich auch für den Bereich Soziales.

(Michael Zimmermann [SPD]: Das steht hier alles!)

Auch finden dort Vermietung und Verpachtung sowie die Verwaltung städtischer Immobilien statt.

Außerdem sind die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit zu beachten.

Demzufolge muss die Liegenschaftsverwaltung im Grunde ein unabhängiges Amt als Dienstleister für die gesamte Stadtverwaltung bleiben und kann nicht ausschließlich ein Instrument der Stadtentwicklung sein.

Dies schließt natürlich die Zuständigkeitsfragen des Liegenschaftsausschusses gegenüber dem Stadtentwicklungsausschuss mit ein.

Dabei liegt der Hund doch eigentlich gar nicht im Liegenschaftsamt begraben, sondern in der Stadtentwicklung.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Jetzt hör aber auf! - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist ja eine Beleidigung des eigenen Beigeordneten!)

Es ist doch nicht mit einer Neuorganisation des Verfahrens zur Flächenbereitstellung und Steuerung getan. Richtig ist doch, dass der Prozess der Flächenentwicklung zu lange dauert. Das wird auch im Gutachten festgestellt.

Und warum dauert er zu lange? Weil es an der zeitnahen Durchführung von Leistungen, Ausschreibungen und Vergaben von Planungsleistungen fehlt. Und warum fehlt es an Entwicklungsplanungen? Weil wir, meine Damen und Herren, das Amt nicht mit dem notwendigen Personal und/oder den notwendigen Mitteln ausstatten.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir wollen doch sparen, Frau Henk-Hollstein!)

Dann könnten wir auch die Konversionsflächen, deren Ankauf Sie in der letzten Sitzung so vollmundig beschlossen haben, entwickeln, oder wir könnten den privaten Entwicklern, von denen es in dieser Stadt ja reichlich gibt, unsere Vorstellungen vorgeben. Aber dafür müssen wir Konzepte für Gewerbe- und Brachflächen haben.

Ein Grund liegt vielleicht auch darin, dass wir die Wirtschaft nicht mit einbinden.

Das ist für mich auch ein ganz großes Manko in diesem Gutachten. Die Wirtschaftsförderung findet hier gar nicht statt. Somit wird sie wahrscheinlich auch in dem Handlungskonzept, das sich aus diesem Gutachten ergeben soll, nicht stattfinden.

Die einzige Essenz bzw. Empfehlung aus diesem Gutachten für das noch zu erstellende Handlungskonzept ist die Einrichtung eines Lenkungskreises Fläche.

Zitat aus dem Gutachten:

Es wird empfohlen, eine ständige Abstimmungsrunde zwischen Liegenschaften, Stadtplanung und Stadtentwicklung einzurichten.

Hier fehlen das Amt für Landschaftspflege und Grünflächen sowie die eben schon einmal genannte Wirtschaftsförderung.

Im Übrigen darf ich daran erinnern, dass es diesen Lenkungskreis Fläche vor einigen Jahren

schon gegeben hat. Von wem ist er wohl wieder eingestampft worden? - Diese Frage dürfen Sie sich selber beantworten.

Solange wir das Amt für Stadtentwicklung und Statistik nicht entsprechend ausstatten, brauchen wir auch keine Ressourcen, um dieses Handlungskonzept aus dem Gutachten zu erstellen.

Hier sind wir der Auffassung: Never change a running system.

Das, was im Moment die Liegenschaftspartei mit den Flächen macht, ist unserer Meinung nach der vollkommen richtige Weg; denn es fehlt, um das noch einmal zu erwähnen, an der Entwicklungsplanung. Das Gutachten springt für ein entsprechend zu erstellendes Konzept zu kurz.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, deshalb möchten wir Sie bitten, über die Alternative der Beschlussvorlage abstimmen zu lassen.

(Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Okay. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wir stimmen zunächst über die Alternative ab, wie es von der CDU beantragt worden ist. Wer dafür ist, dem Vorschlag der CDU zu folgen, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die CDU. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit abgelehnt.

Dann kommen wir zur endgültigen Abstimmung zu TOP 10.10. Wer gegen dieses Handlungskonzept ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der CDU und die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist es so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.11:

#### **10.11 Bundesgartenschau 2025 in Köln 3477/2011**

Wir stimmen ab wie Umweltausschuss.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine Wortmeldungen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit so angenommen.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Einstimmig angenommen - Glückwunsch an den zuständigen Beigeordneten!

(Götz Bacher [SPD]: Und an den Herrn Oberbürgermeister!)

Zu Tagesordnungspunkt 10.12:

**10.12 Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.08.2010 des Gürzenich-Orchesters Köln  
3709/2011**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.13:

**10.13 Feststellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes 2010 der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln  
4198/2011**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.14:

**10.14 Feststellung des Wirtschaftsplanes 2012 der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln - Versicherungszweig Pflichtversicherung -  
4066/2011**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.15:

**10.15 Feststellung des Wirtschaftsplanes 2012 der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln - Versicherungszweig Freiwillige Versicherung -  
4067/2011**

Wortmeldungen? - Keine. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.17:

**10.17 Kliniken der Stadt Köln gGmbH hier: Änderung des Gesellschaftsvertrages  
4209/2011**

Wir stimmen ab wie Anlage 3, Aufsichtsrat der Kliniken der Stadt Köln gGmbH.

Auch dazu sehe ich keine Wortmeldungen. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist dagegen? -

Wer enthält sich? - Somit ist das unter Dach und Fach.

Zu Tagesordnungspunkt 10.19:

**10.19 Fortschreibung Luftreinhalteplan Köln  
4348/2011**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Wir stimmen ab wie Umweltausschuss, Anlage 6.

(Michael Zimmermann SPD: Umweltausschuss?)

- Wie BV 9 und Umweltausschuss, Anlage 6.

Wer ist dagegen? - Das sind die CDU, die FDP und pro Köln. Wer enthält sich? - Damit ist die Vorlage so wie vorgelegt beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.20:

**10.20 Feststellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes für das Wirtschaftsjahr 2010 der Beihilfekasse  
4411/2011**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.21:

**10.21 Feststellung des Wirtschaftsplanes der Beihilfekasse der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2012  
4413/2011**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.24:

**10.24 Sprudelnde Brunnen in Köln  
4268/2011**

Hier geht es darum, abzustimmen wie Finanzausschuss, aber ohne den Beschlusspunkt 3. - Ich sehe allgemeines Kopfnicken.

Dann frage ich: Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit einstimmig angenommen.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Bravo!)

Zu Tagesordnungspunkt 10.26:

**10.26 Beschluss über die Verwendung der ÖPNV-Pauschale nach § 11 Abs. 2 ÖPNVG NRW für das Jahr 2011 sowie**

**die Richtlinie zur Ausreichung der ÖPNV-Pauschale ab 2012  
4656/2011**

Ich sehe keine Wortmeldungen und frage: Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - So angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.27:

**10.27 Maschinen- und Gerätekonzept des Sportamtes  
Abteilung Sportstättenbau und -pflege  
4286/2011**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.28:

**10.28 1. Mitteilung über eine Kostenerhöhung gemäß § 24 Abs. 2 GemHVO in Verbindung mit § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2011  
2. Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes  
4324/2011**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.29:

**10.29 Nebenkosten auf vermieteten Sportanlagen  
4455/2011**

Abstimmung wie Sportausschuss, Anlage 1, also wie Finanzausschuss, und Anlage 4, auf die ich verweisen will, für das Jahr 2011.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - So angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.30:

**10.30 Projekt Joblinge gAG Köln  
3105/2011**

Hier erfolgt die Abstimmung gemäß Anlage 2: geänderter Deckungsvorschlag mit dem Hinweis auf Drittmittel. - Frau Dr. Klein, bitte.

**Beigeordnete Dr. Agnes Klein:** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir haben Ihnen in der Anlage 2 einen

veränderten Deckungsvorschlag vorgelegt, den Sie in Ihren Unterlagen finden.

Die Verwaltung schlägt dazu vor, dass dieser Deckungsvorschlag im Hinblick auf die besondere Haushaltssituation, die wir ja gerade auch diskutiert haben, zunächst nur für 2012 beschlossen wird. Perspektivisch streben wir das natürlich auch für 2013 an. Aber das wird dann im Rahmen der weiteren Finanzbeschlussfassung erfolgen. Deshalb würden wir Sie bitten, den Deckungsvorschlag zunächst einmal nur für 2012 zu beschließen.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank. - Das ist angekommen.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist dagegen? - Dagegen ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Enthaltung der Fraktion Die Linke. Ansonsten angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.31:

**10.31 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Berliner Str. 221, 51063 Köln-Mülheim und Abbruch des bisherigen städtischen Sozialhauses  
- Baubeschluss -  
3525/2011**

Dazu sehe ich keine Wortmeldungen. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist dagegen? - Gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln. Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. So angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.32:

**10.32 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Augsburg Str. 4, 51103 Köln-Höhenberg und Abbruch der bisherigen städtischen Sozialhäuser Augsburg Str. 1 und 4  
4232/2011**

Abstimmung wie Vorlage. - Herr Klipper, bitte.

**Karl-Jürgen Klipper (CDU):** Wir hatten im Finanzausschuss gestern noch Fragen gestellt. Darauf wollte die Sozialdezernentin uns noch Antworten geben. Vielleicht kann sie das ja machen.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Ja. - Frau Reker, bitte.

**Beigeordnete Henriette Reker:** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die Verwaltung hat noch einmal geprüft, ob sich die Erhöhung der Baukosten bei diesen Objekten vermeiden lässt. Das ist jetzt hier nicht der Fall, weil wir gezwungen sind, dort die derzeit bestehenden Standards einzuhalten. Ich habe aber vor, insgesamt in der Verwaltung die Standards für die Einrichtungen zu überprüfen, wenn es sich um den Neubau handelt, sodass wir vielleicht zukünftig zu anderen Rahmenbedingungen kommen.

Ich möchte Sie sehr bitten, dieser Vorlage jetzt zuzustimmen, weil es sich um Ersatzbauten handelt, die deswegen notwendig sind, weil die Instandsetzung der alten Häuser unverhältnismäßig viel Geld kosten würde und im Ergebnis unwirtschaftlicher wäre.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Herr Klipper noch einmal.

**Karl-Jürgen Klipper (CDU):** Herr Oberbürgermeister, wir können dieser Sache damit jetzt auch zustimmen.

Aber wir bitten Sie wirklich dringend darum; denn es kann nicht sein, dass in der öffentlichen Hand mit erheblich höheren Kosten gebaut wird, als das in der freien Wohnungswirtschaft erfolgt.

(Beifall bei der CDU)

Das muss uns dann auch vorgelegt werden; denn es geht darum, dass die Standards reduziert oder andere Methoden angewandt werden. Jedenfalls wir können das nicht auf Dauer so weitergehen lassen.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Wir haben heute Morgen im Stadtvorstand beschlossen, eine Arbeitsgruppe unter Beteiligung von Herrn Streitberger und Frau Reker einzurichten, die jetzt systematisch herangeht, um sicherzustellen - und zwar nicht nur für Sozialhäuser, sondern auch für andere städtische Einrichtungen, zum Beispiel Kitas -, dass wir mit einem guten Standard, aber nicht einem überzogenen Standard bauen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Dann kommen wir zur Abstimmung über die Vorlage unter TOP 10.32. Wer ist dagegen? - Gegenstimmen der Fraktion pro Köln. Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.33:

**10.33 Neubesetzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Schwule und Transgender 4421/2011**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit einstimmig so angenommen.

(Beifall von Ulrich Breite [FDP] - Ulrich Breite [FDP]: Einstimmig!)

Zu Tagesordnungspunkt 10.34:

**10.34 Rahmenkonzept Lebenswerte Veedel - Bürger- und Sozialraumorientierung in Köln - Verlängerung der befristeten Umsetzung 3103/2011**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ja. Bitte, Frau Stahlhofen.

**Gisela Stahlhofen (Die Linke.):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir bitten Sie darum, wie BV Kalk und BV Rodenkirchen zu entscheiden. Da hat es einen Änderungsantrag gegeben. Den möchte ich zur Berücksichtigung geben. - Danke.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Frau Dr. Klein, bitte.

**Beigeordnete Dr. Agnes Klein:** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die Bezirksvertretungen haben ja sehr intensiv diskutiert und auch beschlossen. Ich bedanke mich herzlich für das Engagement der Bezirksvertretungen bei diesem Punkt. Diese Anregungen wurden auch aufgegriffen. Insofern nehmen Sie darauf Bezug.

Wir würden als Verwaltung gleichwohl dafür plädieren, wie JHA zu beschließen. Wir könnten dann Ihre Zielsetzung auch umsetzen, und zwar nicht im Rahmen einer extra anzuberaumenden Konferenz, die wieder sehr viel Ressourcen



bindet, sondern die Zieldiskussionen könnten dann im Rahmen der jährlich stattfindenden Stadtkonferenz erfolgen.

Das wäre unser auch etwas arbeitsökonomischerer Vorschlag, wie mit Ihrem Antrag umzugehen ist. Damit müsste eigentlich auch dem Ansinnen der Bezirksvertretungen Rechnung getragen werden.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Okay. - Dann frage ich Frau Stahlhofen: Bleiben Sie bei Ihrem Antrag, oder stimmen Sie dem zu?

(Gisela Stahlhofen [Die Linke.]: Ich stimme dem zu!)

- Gut. Dann wird Ihr Antrag zurückgezogen.

Wir kommen daher direkt zur Abstimmung über dieses Rahmenkonzept. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist es einstimmig angenommen. Sehr schön.

Zu Tagesordnungspunkt 10.36:

**10.36 Änderungsbeschlüsse zur Einführung des gebundenen Ganztagsbetriebes an weiteren Kölner Schulen ab Schuljahr 2012/13 und 2013/14  
2715/2011**

Hier geht es um die Abstimmung über die geänderte Fassung gemäß Anlage 9 ohne Berücksichtigung FWG. Das ist im Finanzausschuss auch so besprochen worden.

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit einstimmig so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.38:

**10.38 Abschluss von öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen zur Wahrnehmung von Aufgaben nach dem Heilpraktikergesetz für die Regierungsbezirke Köln und Detmold  
3810/2011**

Wortmeldungen? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Enthaltung der Fraktion pro Köln. Ansonsten angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.39:

**10.39 Vergabe der Werberechte auf öffentlichen ober- und unterirdischen Verkehrsflächen sowie sonstigen stadt eigenen Grundstücken und Bauwerken**

**4264/2011**

Wortmeldungen? - Keine. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Bei Enthaltung von Herrn Zimmermann ist das so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.40:

**10.40 Zuwendung für die dauerhafte Einrichtung einer Biologischen Station im Kölner Stadtgebiet  
4291/2011**

Abstimmung wie Finanzausschuss vorbehaltlich der dann ja zu erwartenden 100-prozentigen Landesförderung.

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.41:

**10.41 Neubau- und Sanierungsprogramm der städtischen Sozialhäuser  
Mitteilung über Kostenerhöhungen gemäß § 24 Abs. 2 GemHVO in Verbindung mit § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2011  
4415/2011**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Wer ist dagegen? - Die Fraktion pro Köln ist dagegen. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit so angenommen.

Wir kommen zu:

**12 Bauleitpläne - Anregungen/Satzungen**

Zu Tagesordnungspunkt 12.1:

**12.1 Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nr. 77372/02  
Arbeitstitel: Magazinstraße in Köln-Porz-Wahnheide  
4517/2011**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 12.2:

**12.2 Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan 6446/02  
Arbeitstitel: Ehrenfeldgürtel/nordöstlich Venloer Straße in Köln-Ehrenfeld  
4663/2011**

Wortmeldungen? - Keine. Wer ist dagegen? - Das ist die Fraktion der FDP. Wer enthält sich? - Damit ist das so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 12.3:

**12.3 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 66457/07  
Arbeitstitel: Goebenstraße in Köln-Neustadt/Nord  
3961/2011**

Wir stimmen ab wie  
Stadtentwicklungsausschuss.

Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Keine. Damit ist die Vorlage entsprechend angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 12.4:

**12.4 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 64424/03  
Arbeitstitel: Elzstraße in Köln-Sülz  
4615/2011**

Gegenstimmen? - Enthaltungen? -  
Angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 12.6:

**12.6 Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nr. 68400/04  
Arbeitstitel: „Erweiterung Lindenallee 53“ in Köln-Marienburg  
4942/2011**

Gegenstimmen? - Enthaltungen? -  
Angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 12.7:

**12.7 Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan 66452/18  
Arbeitstitel: Glockengasse in Köln-Altstadt/Nord  
4987/2011**

Gegenstimmen? - Die FDP ist dagegen. Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 12.8:

**12.8 Satzungsbeschluss betreffend die vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes 67452/14  
Arbeitstitel: 1. Änderung Groß St. Martin in Köln-Altstadt/Nord**

**5059/2011**

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Einstimmig angenommen. Sehr schön.

Wir kommen zu:

**14 Erlass von Veränderungssperren**

Zu Tagesordnungspunkt 14.1:

**14.1 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Altstadt/Süd  
Arbeitstitel: Südlich Georgsplatz in Köln-Altstadt/Süd  
4164/2011**

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 14.2:

**14.2 Satzung über eine Verlängerung der Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Neustadt/Süd, Köln-Sülz  
Arbeitstitel: Eifelwall in Köln-Neustadt/Süd; Köln-Sülz  
4169/2011**

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 14.3:

**14.3 Satzung über eine Verlängerung der Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Altstadt/Nord  
Arbeitstitel: Brandenburger Straße in Köln-Altstadt/Nord  
4206/2011**

Gegenstimmen? - Enthaltungen? -  
Angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 14.4:

**14.4 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Pesch  
Arbeitstitel: Donatusstraße in Köln-Pesch, 1. Änderung  
4186/2011**

Wer ist dagegen? - Die Fraktion der FDP. Wer enthält sich? - Damit so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 14.5:

**14.5 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Ehrenfeld**

**Arbeitstitel: Ehrenfeldgürtel/nordöstlich Venloer Straße in Köln-Ehrenfeld 4723/2011**

Gegenstimmen? - Gegen die Stimmen der Fraktion der FDP. Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. So angenommen.

Wir kommen zu:

**16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen**

Zu Tagesordnungspunkt 16.1:

**16.1 Zehnte Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln vom 29. Juni 2001 über die Erhebung eines Erschließungsbeitrages 4246/2011**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Wer ist dagegen? - Dagegen ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 16.2:

**16.2 220. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Abs. 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen 4233/2011**

Wer ist dagegen? - Dagegen ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Somit angenommen.

Wir kommen jetzt zu:

**17 Wahlen**

Zu Tagesordnungspunkt 17.1:

**17.1 Wahl einer Vertreterin/eines Vertreters in den Betriebsausschuss der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung aKdN-sozial des Zweckverbandes KDN 3995/2011**

Hier werden als Vertreter Herr Dieter Kruse aus dem Amt für Informationsverarbeitung und als Stellvertreter Herr Winfried Nußbaum aus dem Amt für Soziales und Senioren benannt.

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.2:

**17.2 Antrag der Fraktion pro Köln Stadtentwicklungsausschuss: Neubenennung eines Mitglieds AN/2300/2011**

Anstelle von Herrn Wolfgang Hornemann benennt die Fraktion pro Köln Frau Ellen Sänger als sachkundige Einwohnerin im Stadtentwicklungsausschuss.

Wortmeldungen? - Keine. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Enthaltung der Fraktion Die Linke. Angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.3:

**17.3 Antrag der Fraktion pro Köln Sportausschuss: Neubenennung eines Mitglieds AN/2301/2011**

Anstelle von Frau Ellen Sänger benennt die Fraktion pro Köln Frau Iwana Blaszkiewicz als sachkundige Einwohnerin im Sportausschuss.

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Enthaltung der Fraktion Die Linke. Angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.4:

**17.4 Antrag der FDP-Fraktion Wechsel im Jugendhilfeausschuss AN/2313/2011**

Der sachkundige Einwohner Max Klefenz gibt sein Mandat im Jugendhilfeausschuss zum 19. Dezember 2011 ab. Sein Nachfolger soll Herr Paul Spörl werden.

Als neue stellvertretende sachkundige Einwohnerin schlägt die FDP Frau Kim Denise Beckemeier vor.

Wir stimmen über beides zusammen ab. Wer ist gegen diese Benennungen? - Wer enthält sich? - Damit sind beide Personen so benannt.

Wir kommen jetzt zu:

**18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**



Zu Tagesordnungspunkt 18.1:

**18.1 Genehmigung einer außerplanmäßigen  
Auszahlung im Sinne des § 83 GO NW  
Umbau des Rechenzentrums Chorweiler  
4396/2011**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.  
So angenommen.

Damit ist der öffentliche Teil unserer heutigen  
Sitzung beendet.

(Schluss: 18.43 Uhr)